

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Zeit“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-
 Preisliste. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat.

Ercheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Bekannt für die sechsgehaltene Kolonelle
 oder deren Raum 40 Pfg. für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 25 Pfg.
 „Kleine Anzeigen“, das erste (frei-
 geburte) Wort 10 Pfg., jedes weitere
 Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben
 zählen für zwei Worte. Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 8 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr nachmittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 22. März 1904.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Die Wahrheit über den Herero-Aufstand

Dem „Reichsboten“ wird geschrieben:
 „Wir fragen uns immer wieder, wie ist's gekommen, daß die Hereros, die seit Menschengedenken nie einen Weißen ausgeraubt, ermordet haben, nun auf einmal so greuliche Mörder geworden sind. Ihr ganzer Charakter gegenüber den Weißen war nicht auf Rauben und Morden angelegt, sondern der des Respekts auf der einen und der sklavischen Furcht auf der anderen Seite. Wie ist's nun gekommen, daß die Hereros den Respekt vor so vielen Weißen verloren, sich an denselben vergreifen und so viele Ansiedler und Händler ermordet haben. Wer war ihr Vorbild, ihr Lehrmeister, daß sie so greulich sich vergreifen haben? Der Grund zu den Unthaten ist ja hier und da in der „Kolonialen Zeitung“ etc., wenn auch nur teilweise, beleuchtet worden. Wucher und Raubhandel, durch den der Eingeborene nicht nur um seinen Viehbestand, sondern auch um sein Land gebracht war. Aber neben diesen Ungerechtigkeiten sind noch ganz andre Dinge von Seiten so mancher Weißen geschehen, welche die Hereros früher eingesehen und erlitten hatten, und die ihnen nicht allein allen Respekt gegen die Weißen nehmen, sondern sie auch mit bitterem Haß gegen dieselben erfüllen mußten. Noch kurz vor dem Ausbruch des Aufstandes hatte ein Soldat einem unschuldigen Herero die Schädeldede eingeschlagen und ihn wie ein Stück Vieh behandelt. Wollte man all die Mißhandlungen mit Letzen, Stößen, Rhinocerospeitsche — eine gewöhnliche Strafe oft an Unschuldigen, 25 Hiebe, daß der Verstrafte blutend wie tot dalag —, das Wiedererkennen so mancher Unschuldigen, ganz abgesehen von den vielen Gefängnisstrafen, zusammenstellen, so wird man sich nicht wundern über den Haß der Eingeborenen gegen die Weißen. So etwas war früher unerhört. Auch der Herero kannte seine schwachen Seiten. Häuptlinge und Eltern strafen zum Beispiel ihre Unterthanen, Kinder nie etwa mit einem Stock, denn sie sagten sich, strafen wir mit dem Stock, dem Kirri, so übermann uns der Born, wir vergessen und töten sie dann. Der Fall des Prinzen Arenberg hat jetzt wieder die Zeitungen und den Reichstag beschäftigt und man hat es offen zugeben müssen, daß dieser gebildete Herr solche Gräueltaten begangen hat. Mit Recht hat man gefragt, warum schickt man solche Leute hinaus, die mehr verderben als hundert andre gutmachen können, die auch den Offizierstand bei den Hereros in einem recht bösen Lichte erscheinen lassen. Aber ist man denn klug geworden seit jenen bösen Tagen? Ist denn Hererosland ein Verschickungsland für ungeratene, unbequeme Söhne, deren Vorleben hier die Ursachen des vorigen Aufstandes nicht allein, sondern der ganzen Verrohung der Hereros sind? Warum schickt man solche verkrachte Eriszenzen hinaus, die dem deutschen Namen nur Schande machten und das sonst nicht nach dem Blute der Weißen lästern Volk zur Raube entflammten? Weshalb will man sich das nicht eingestehen? Warum verdeckt man auch bei Arenbergs Fall den Umstand, daß die Mutter des so hingeschlachteten Billy Gains, um in deutscher Sprache zu reden, eine Prinzessin war, eine nächste Anverwandte der jetzt auffälligen Großleute und Oberhäuptlinge? Wird denn hier der Mord einer Person aus königlichem Geschlecht etwa so übersehen? Und die Herero-Verwandten Samuel Maharero, Isa Rinrub, Randjua, sollten diese die Unschuldigkeit des Prinzen Arenberg so bald vergessen haben? Darin täuscht man sich gründlich. Ich möchte die Grafen, die Prinzen Deutschlands sehen, die einen so abscheulichen Mord eines Sohnes ihrer Schwestern nicht erst nach langen Jahren, sondern sofort rächten!
 Nun schreibt man in gewissen Zeitungen von den Gräueltaten der Hereros, daß sie die Frauen der Ansiedler abgeschlachtet und dort auch Männer kastriert hätten. Was letzteres anbetrifft, so haben gewisse Hereros das gethan an Weißen, die sich an ihren Frauen und Mädchen schändlich vergreifen hatten. Viele der unberathenen Ansiedler lebten mit eingeborenen Weibern und stellten den Ehefrauen der Hereros nach. So sittlich tief der Herero auch steht, so hat bei ihm doch auch hier die Unzucht eine Grenze. Wie kam es, daß sie z. B. den Herrn Martens verschonten und seine Nachbarn Friedrichs und Niehl nicht? Und was die Frauen anbelangt, die man hier als abgeschlachtet, den Bauch aufgeschnitten bezeichnete, so ist das als unrichtig erwiesen. Sowohl die Frau Pilet und ihre Schwester auf Frauenstein, Frau Kälbel mit ihren Kindern auf Oriambo, Frau Lange mit ihrer Schwester auf Klein-Barmen, Frau Bremen mit ihren 5 Kindern auf Ojohjoh, Frau Kronewitter auf Ojimbungue, die alle hingeschlachtet sein sollten, leben noch, und zwar durch spezielle Hilfe der so verachteten Herero-Missionsschwestern. Dieses sollte und dürfte nicht verschwiegen bleiben. Frau Pilet und ihre Schwester ist durch den Evangelisten Paul nach Ojohjoh geschickt, Frau Kälbel, die die Eingeborenen wie ihre Schweine schlug, wie Einsender bezeugen kann, kam mit einem Denzettel davon. Die eingeborenen Christen brachten sie und ihre zwei ungetauften Kinder zu Missionar Brodmann auf Ojohjoh, ebenso Frau Pilet und ihre Schwester sowie Frau Bremen mit ihren fünf Kindern ins Missionshaus des Einsenders und stellten sie unter den Schutz des Missionars. Dort verblieben sie vom 14. bis 24. Januar. In der Gemeinde-Messe, Etiphas, bot dem Missionar seine Döfen an selbst auf die Gefahr, daß man sie ihm auf Ojohjoh zurückhalten würde; er solle die Frauen und Kinder mit dem Wagen des Einsenders nach Ojohjoh bringen; denn die Hereros wollten keine Kinder und Frauen morden. Als die Hereros dann am 27. und 28. Januar bei Ojohjoh geschlagen und man die Kanonen dorer auf Ojohjoh hörten, rüßte sich die wenig am Aufstand beteiligte Gemeinde zur Flucht. Etiphas mußte seine Döfen für seine eigene Familie und Kinder gebrauchen und Missionar Brodmann ging am anderen Tage unbeflügelt mit den Frauen und Kindern nach Ojohjoh und zwar

zu Fuß. Rein Herero hat sie beflügelt, für den alleinstehenden jungen Missionar hätte, bei den zusammenlaufenden Horden der Hereros, demnach noch die Lage recht gefährlich werden können. Man hatte ihm auch einen recht berühmten Händler Friedrichs, der gerade auf Ojohjoh in einem Hererohaufe logierte, ins Missionshaus gebracht. Dieser wie ein anderer junger Händler, Franke, sowie Herr Martens waren auch im Missionshaufe. Hätten diese auch nur einen Schuß gekannt, so hätte das selbst für die Missionare gefährlich werden können. Er mußte es aber blutenden Herzens zugeben, daß man beide aus dem Hause rief und fort ins Feld führte und erschoss. Herr Martens hatte nichts zu fürchten, obwohl ein jeder wußte, daß er ein Deutscher war. Dieser Herr Martens, mir gut befreundet, war ein Jahr vorher unter den wildesten Horden in Ojohjohland und Hereroland geteilt, um sich eine Farm zu suchen, und ist ihm nichts zu Leid geschehen, eben deshalb nicht, weil er die Leute freundlich und gerecht behandelte. Frau Lange mit ihrem Kinde und Schwester Frau Kälbel wurden auch zu den Abgeschlachten gezählt. Es ist bekannt, daß Christen von Groß-Barmen das Kind zu Frau Niehl brachten, die die Schwester von Frau Lange mitten durch die Kriegerhorden nach Ojimbungue schickte und dort unverfehrt ankam. Frau Lange war von dem Evangelisten Christian auf Ojohjoh aufgenommen und beschützt. Frau Kronewitter auf Ojimbungue wurde von Kisanor, einem Christen dort, in Hälbichs Feste gebracht. Alles dieses sind Thatfachen, die zeigen, daß die Hereros nicht Lust an Abschlachten von Frauen und Kindern hatten. Ueber den Tod der Frau Diedmanns, sowie über den Tod ihres Mannes schwebt ein Dunkel. Die Hereros in Ojohjohland hatten die Ansiedler dort wiederholt gebeten, nicht mit dem Gewehr herum zu gehen. . . Ich kann nur das sagen: wäre es den Hereros auch um die Frauen zu thun gewesen, so hätten sie dieselben bei der Lage der Häuser und Ansiedler leicht alle hinmorden können.“

Wir haben diesen Ausführungen nichts hinzuzufügen. Sie bestätigen, ja sie verschärfen all das, was wir über den Herero-Aufstand gesagt haben. Dafür sind wir in der reaktionären Presse nicht nur, sondern sogar in liberalen Blättern als vaterlandsloses Gesindel und Kannibalen verdöhnt worden!

Inzwischen haben allerdings einige Blätter den Rückzug angetreten. Zuerst das „Berliner Tageblatt“, jetzt auch die „Kreuz-Zeitung“, die schreibt, daß auch sie nicht wolle, daß man sich bei der Behandlung der Eingeborenen unsrer Schutzgebiete die von den spanischen Conquistadoren des sechszehnten Jahrhunderts erfonnenen Methoden zum Muster nehme, wie das jetzt in gewissen kolonialen Kreisen Mode geworden zu sein scheint, in deren Augen die Eingeborenen nicht mehr Menschen, sondern bloße Tiere sind. Dem werden wir immer mit der vollen Entscheidung widerprechen, die unser christliches Gewissen gebietet.“

Seltam nur, daß dies „christliche“ Gewissen erst so spät zu schlagen beginnt und das Blatt des seligen Hammerstein nicht abgehalten hat, die Sozialdemokratie während zu begeistern, weil sie die Christenpflicht zur rechten Zeit beätigt! Sonderbar auch, daß außer Herrn Stöder kein konservativer Kreuz-Mittler die südafrikanische Schmach zu geistlich unternahm. Und wir werden nicht eher das Christentum der „Kreuz-Zeitung“ für etwas anderes als heuchlerisch tönendes Wort-Christentum zu erklären in der Lage sein, als die „Kreuz-Zeitung“ gemeinsam mit der Sozialdemokratie fordert, daß von der Regierung schleunigst die Anweisungen an die südafrikanischen Truppen gegeben werden, daß jedes Niedermetzeln Verwundeter und Wehrloser kriegsgerichtlich mit rückwärtsloser Strenge abgeurteilt wird!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. März.

Geistliche Schulaufsicht.

Das preussische Abgeordnetenhaus beriet am Montag das Kapitel Elementar-Unterrichtswesen vom Kultusetat. Aus der Debatte wurden von vornherein die Fragen der Schulunterhaltungspflicht und der Lehrerbefoldungsvorhältnisse ausgeklammert, so daß sich inselgefallen die Diskussion hauptsächlich um die Frage drehte, welcher Einfluß auf die Volksschule der Kirche eingeräumt werden soll. Das Centrum, in dessen Namen Abg. Dr. Dietrich sprach, forderte die Konfessionalität der Volksschule und verlangte, daß der Kirche ein weitgehendes Aufsichtsrecht über die Schule zustehen solle. Nach seiner Meinung muß der Unterricht vor allem erzieherisch wirken, den religiösen Sinn und die Vaterlandsliebe erwecken, und das vermag einzig und allein die Kirche. Einen ähnlichen Standpunkt nahmen die Konservativen ein, die nach wie vor die geistliche Schulaufsicht verlangen. Im Gegensatz zu der konservativ-kerikalischen Mehrheit betonte Dr. Gadenberg (nl.) in einer bemerkenswerten Rede, daß man sich nicht dem Irrtum hingeben möge, man könne die Volksschule dadurch, daß man sie mit einigen Religionsstunden mehr belastet, zu einer Erziehungsanstalt machen. Der Abgeordnete trat, obwohl selbst Geistlicher, gegen die geistliche Schulaufsicht auf und wies auch die Bestrebungen, in den Fortbildungsschulen dem Religionsunterricht ein größeres Feld einzuräumen, kurzer Hand zurück. In ähnlichem Sinne hatte sich vorher Febr. v. Jedlik, der Führer der Freikonservativen geäußert, die in Schulfragen nicht mit den Konservativen zusammengehen. Von den Freisinnigen sprach sich Abg. Wolgast entschieden gegen die geistliche Schulaufsicht und die konfessionelle Volksschule aus, während

Abg. Ernst zwar im Princip sich als Gegner der konfessionellen Schule bekannte, ihr aber doch unter gewisser Voraussetzung die Berechtigung nicht abzuspochen wagte. Auch der Kultusminister Studt griff in die Debatte ein, und zwar lediglich zu dem Zwecke, die Schulpolitik der Regierung zu verteidigen. Inwiefern die Regierung bereit ist, dem Drängen der konservativ-kerikalischen Mehrheit nachzugeben und die Volksschule der Kirche auszuliefern, war aus der Rede des Ministers nicht zu entnehmen.

Die Debatte wird am Dienstag fortgesetzt.

Neue gewaltige Flottenvorlage.

Ueber eine neue Flottenvorlage teilt das „Centralblatt der Welt“ mit, daß gegenwärtig im Reichs-Marine-Amt eine Ergänzungskobelle zu den bestehenden Flottengesetzen ausgearbeitet wird. Das Blatt führt weiter aus: Dieselbe wird sich auf die Vermehrung der Schlachtschiffe beziehen. Während bisher für 1903 eine Vorlage, die den Ausbau der Auslands-Kreuzerflotte betraf, in Aussicht genommen war, hat man sich jetzt entschlossen, von letzterer abzusehen und eine erhebliche Verstärkung der Schlachtschiffe zu fordern. In den leitenden Marinekreisen ist man zu der Ueberzeugung gelangt, daß die Seeherrschaft im Falle eines Krieges nur durch Erfolge der heimischen Linienflotte zu erringen und zu behaupten sein wird. So sehr eine Vermehrung der Auslandskreuzer im Interesse der Ausbreitung unsrer handelspolitischen Beziehungen auf dem Meere liegt, so wiegt doch der angegebene Grund so schwer, daß man in erster Linie den weiteren Ausbau der Schlachtschiffe fordern wird. Die Rüstungen der andern Seemächte, die wachsende Handelsmacht des Reiches machen neue Forderungen auf diesem Gebiete zur dringenden Notwendigkeit. Aus diesen Gründen wird man ein drittes Doppelsechswader mit den dazu gehörigen Kreuzern fordern und den bescheidenen Bau derselben neben den in den Flottengesetzen vorgesehene Schiffsbauten verlangen.

Diese außerordentliche Mitteilung des „Centralblattes der Welt“ wird von einigen Zeitungen, die über Marinepläne einigermaßen unterrichtet sein können, so vom Blatte des rheinisch-westfälischen Kohlen- und Eisenkapitals, ohne jeden Zweifel übernommen. Sie entspricht auch den Gerüchten, die seit längerem über die Marinepläne der Regierung umgehen. Auch die erneute Aufstellung von Marinetabellen, die der Kaiser in der Wandelhalle des Reichstages veranlaßt hat, stimmt dazu. Diese Tabellen zeigen die Kriegsschiffsbauten Englands und können nur den Sinn haben, darzutun, daß dem Deutschen Reich noch sehr viele Panzerschiffe bitter nötig sind. Die Kritik einer solchen neuen ungeheuren Flottenvorlage muß zurückhalten, bis die Regierung sich über die Wichtigkeit der Mitteilungen erklärt hat.

Deutsches Reich.

Waldersee und Normann-Schumann.

Der jüngst verstorbene Generalfeldmarschall Graf Waldersee war das, was man einen politischen General nennt. Er war sogar eine Zeitlang der geheime Generalstabschef der äußersten Reaktion, aber er scheint auch das Talent gehabt zu haben, sich diejenigen Ueberzeugungen anzueignen, die gerade Erfolg versprachen. Daher erklärte sich die neuerdings veröffentlichten Briefe, die er an mittelparteiliche Politiker geschrieben hat und in denen er sich als Gegner der von ihm einst begünstigten Hammerstein-Stöderschen Richtung bekennt.

Im letzten Hefte der „Zukunft“ wird der Versuch unternommen, den Grafen Waldersee auf seinen politischen Schleidwegen zu verfolgen. Eine Andeutung dieses Artikels verdient zur Kennzeichnung unsrer inneren Zustände Erwähnung. Es wird da berichtet, der Freiherr v. Marschall sei seiner Zeit deshalb in den Prozeß Lützow-Tausch getrieben worden, weil gewisse Leute gehofft hätten, hinter dem Allertwilsdorfer Normann-Schumann den großen Waldersee zu erwischen.

In der That ist es zweifellos, daß der Agent dieses politischen Generals der wegen Majestätsbeleidigung verfolgte Normann-Schumann war. Im Lützow-Prozeß wurde gerade im entscheidenden Momente die Marstellung abgebrochen. Es wurde auf Zeugen gesessenlich verzichtet, die über die Beziehungen zwischen den beiden eidlische Auskunft hätten geben können.

Neuerdings hat nun der für die Polizei ewig unaussprechbare Herr Normann-Schumann, dem sein Handwert eine Villa in Luzern eingebracht hat, entweder aus Langeweile oder um anderweitige Zwecke zu verfolgen, mit einem gewissen sportsmäßigen Eifer sich darauf verlegt, Zeitungsredakteure zu verfolgen. Einen dieser Prozesse hat er dazu benutzt, um eine geradezu ungeheuerliche Anklage gegen seinen Gönner Grafen Waldersee in die Prozeßkammer zu bringen. Er erklärte nämlich wörtlich: „Fast alle „Saalezeitungs“-Artikel rühren vom Grafen Waldersee her, ebenso der im „Mémorial Diplomatique“. Das heißt, er behauptet, daß der ehemalige Generalstabschef und spätere Generalfeldmarschall der deutschen Armee gegen seinen obersten Kriegsherrn diejenigen Majestätsbeleidigungen begangen oder inspiriert hat, derentwillen Herr Normann-Schumann — wenn auch ohne staatsanwaltlich-polizeiliches Zünderglück — verfolgt wurde. Herr Normann-Schumann hat in diesen Gerichtsakten weiter behauptet, daß er die handschriftlichen Beweise für diese unerhörte Beschuldigung besitze.

Die Behauptungen des Herrn Normann-Schumann wurden vor etwa einem Jahre in einem Teil der Presse öffentlich erörtert. Graf Waldersee rührte sich nicht, und alle Offiziere blieben stumm. Waldersee ist inzwischen gestorben, ohne Gelegenheit genommen zu

Haben, die tolle Anklage seines Geheimagenten zu entkräften. Herr Normann-Schumann aber blieb unbeflößt. Niemand hat dem Lager Willensbestimmungen einen Prozeß wegen Valdersee-Verleumdung gemacht. Er scheint offenbar das Privileg zu besitzen, gegen den höchsten deutschen Offizier die schwersten Beschuldigungen, die überhaupt denkbar sind, ungestraft öffentlich zu verbreiten.

Beim Begräbnis Valdersees war Wilhelm II. nicht anwesend.

Grober Unfug, „Post“ und Staatsanwalt.

Bei der preussischen Abgeordnetenwahl im November vorigen Jahres haben einige sozialdemokratische Wahlmänner des Kreises Teltow-Beeslow das wahrhaftige Dreiklassen-Wahlssystem dem Glächer preisgegeben, indem sie den Scharfrichter Strauß, den Kinderhändler Sternberg, den Nordduben v. Arenberg als ihre Kandidaten zu Wahlprotokoll gaben. Sie geißelten durch ihre keltamen Vorschläge die Thatsache, daß das Geldsack-Wahlssystem die Ungeeignetsten zu Volksvertretern erhebt.

Die bittere Ironisierung erregte den wildsten Jörn der Scharfmacherblätter. Insbesondere die „Post“ empfand die Schmähung des heiligsten Gutes, als das ihr das preussische Wahlssystem gilt, überaus schwer. Sie tobte wider die sozialdemokratischen Lebelthaler und erklärte, das Ende aller staatlichen Autorität sei gekommen, wenn nicht energisch eingeschritten würde. Als das Amtsblatt des Kreises Teltow-Beeslow, offenbar inspiriert vom Landrat v. Stübneraue, dem Wahlkommissar der Rixdorfer Wahl, eine andre Auffassung der Vorgänge vertrat, vermehrte die „Post“ die Ausbrüche des Scharfmacherjornes und erhob in wütender Erregung die Frage, ob der Staatsanwalt seine Pflicht nicht begreife!

Und nun begann der Staatsanwalt wirklich die Pflicht zu begreifen, welche die „Post“ meinte. Es verlangte alsbald, daß Ermittlungen in der Angelegenheit veranlaßt werden sollten. Und thatsächlich hat die Staatsanwaltschaft, angeregt durch die Artikel der „Post“, den Versuch unternommen, gegen die Verpötlung des elendesten aller Wahlsysteme das Strafgeiß zu mobilisieren.

Gegen zwölf sozialdemokratische Wahlmänner ist die Verfolgung wegen Groben Unfugs beantragt worden.

Jedoch, die Ergebnisse in der wütigen Weisheit der „Post“ hat den Staatsanwalt nicht weit geführt. Schon vor der Schwelle des Amtsgerichts ist er gescheitert. Den Angeeschuldigten ist dieser Tage dieser Beschluß zugegangen:

Beschluß
in der Strafsache
gegen
(folgen die Namen)

wird der Antrag der königlichen Staatsanwaltschaft, das Hauptverfahren wegen Groben Unfugs zu eröffnen, abgelehnt.

Nach den Vorermittlungen haben die Angeeschuldigten bei der Abgeordnetenwahl vom 20. und 21. November 1903 als Wahlmänner in der Stichwahl ungültige Stimmen abgegeben, welche sich auf verstorbene oder sonst nicht wählbare Personen, wie z. B. Sinfeld, Strauß, Sternberg, Prinz v. Arenberg usw., bezogen. Wenn sich auch hierdurch eine große Anzahl Wahlmänner mit Recht belästigt gefühlt haben, so kann doch nach der Auslegung, die der § 300 Nr. 11 des Strafgesetzbuches in der Rechtsprechung gefunden hat, und der sich auch das unterzeichnete Gericht anschließt, den Thatbestand des groben Unfugs in der Handlungsweise der Angeeschuldigten nicht erblickt werden, weil das Publikum in seiner Allgemeinheit nicht unmittelbar belästigt und der äußere Bestand der öffentlichen Ordnung nicht gestört oder gefährdet worden ist.

Die Kosten des Verfahrens trägt die Staatskasse.

Rixdorf, den 17. März 1904.

Königliches Amtsgericht.
(Unterschrift.)

Sicherlich wird die „Post“ sich erheben, die Kosten des Verfahrens, zu tragen, da die Schädigung der Staatskasse ihr zartes Gewissen belasten würde. Dann allerdings hat die „Post“ auch das Recht erworben, in neuen Butergüssen gegen das Amtsgericht, gegen die Rechtsprechung und das Strafgesetzbuch zu toben, die nicht im Stande sind, die sozialdemokratische Verunglimpfung des preussischen Wahlsystems zu verhindern. Vielleicht gelingt es der „Post“, den Staatsanwalt zur Beschwerde gegen den ablehnenden Gerichtsbeschluß zu überzeugen!

Bayerische Kriegsminister-Krise. Der durch sein Verhalten gegenüber dem Centrums-Abgeordneten Fischer kompromittierte Kriegsminister Fischer soll nach einem aus München durch Privattelegramm übermittelten, in politischen Kreisen umlaufenden Gerücht demissioniert haben. Als Nachfolger wird General Reichlin-Meldegg genannt.

München, 21. März. Unter den militärischen Beförderungen, die heute das Verordnungsblatt des Kriegsministeriums mitteilt, befindet sich auch diejenige des Generalmajors v. Eudres, des bayerischen Militärbevollmächtigten in Berlin, zum Generalleutnant.

Aus Südwesafrika. Berlin, 21. März. Gouverneur Leutwein telegraphiert unter dem heutigen Tage, daß nach einer Meldung aus Grootsfontein die Sirede längs des Omuramba- und Omatao-Flusses zwischen Ojimat und Ojimatavore vom Feinde frei ist. Oberleutnant Volkman ist angewiesen, die Linie längs des Omuramba- und Omatao-Flusses zu sperren.

Ausland.

Frankreich.

Die Diktatur der Flossenlieferanten! In einer Rede, die Marineminister Pelletan bei einem Zweckessen des republikanischen Wahlausschusses von Bevallois-Bretet hielt, sagte er u. a.: „Es giebt eine Diktatur der Flossenlieferanten, die seit langen Jahren den Staatshaushalt plündert; gegen diese Finanzfeudalitäten kämpfe ich aus aller Kraft; sie wird von einem Manne unterstüzt, der im Haushaltsauschuss eine erste Rolle spielt, und an künftige Minister, oder die es werden wollen, bereits fünfzig Portefeuilles verteilt hat, obgleich es bloß elf giebt. Ich bin von Verrätern umgeben, die Briefe und Urkunden ausliefern. Ich werde das nicht dulden und bis zum letzten Atemzuge gegen solche Zustände ankämpfen.“

Neue Angriffe gegen Pelletan. Der Deputierte Chaumet, der in der Budgetkommission der Kammer heftige Angriffe gegen den Marineminister geführt hat, hat der Kommission wiederum einen von einem pensionierten Admiral herrührenden Bericht unterbreitet, worin zahlreiche Angriffe gegen Pelletan erhoben werden. Darin wird u. a. erzählt, Pelletan habe während seiner Amtsführung nicht ein einziges Mal den höheren Marineat einberufen, auch der Marinegeneralstab sei ausgeschlossen worden. Der Zustand der Flotte und der Arsenalen sei infolge der Untätigkeit des Marineministeriums unter Pelletan befallend. Es sei zu befürchten, daß die Flotte, welche die Marine in Friedenszeiten desorganisiert habe, noch weniger fähig sein werde, sie in Kriegszeiten zu leiten.

Der Deputierte Berry hat Pelletan schriftlich daran erinnert, daß er ihm versprochen habe, nach Beendigung der Untersuchung die Anfragen über die Spionageangelegenheiten Marins zu beantworten. Da die Untersuchung beendet sei, stehe ja nunmehr der Erörterung nichts mehr im Wege.

Spanien.

Anruhen in Barcelona. Die Behörden verhinderten am Sonntag, daß eine geplante anarchistische Versammlung hier abgehalten werde. Viele Punkte der Stadt wurden mit starken Wachtposten besetzt. Zahlreiche Anarchisten wurden verhaftet, später aber wieder freigelassen; ihre Waffen wurden beschlagnahmt.

Die Berichte über die Aufstände in Spanien in der spanischen Presse sind stets mit gewisser Vorsicht aufzunehmen, da die spanische Presse es liebt, wie das überhaupt im Charakter der Südländer liegt, alles ein wenig zu übertreiben. Dennoch ist es eine feststehende Thatsache, daß in ganz Spanien Not und Elend herrscht. Die Kornpreise sind heute derart, wie man sie in den Jahren der traurigsten Mähernten nicht kannte. Die Tenenerge wird immer drückender. In Südspanien, in Malaga, begeben sich Hunderte von Arbeitslosen zum Ayuntamiento (Rathhaus) und verlangen Beschäftigung. Es ist traurig, daß es hier kein Mittel geben soll, um diesen Zuständen ein Ende zu machen. Ein Deutscher, der eine Reihe von Jahren in Malaga lebte, die Verhältnisse dort genau kennt, schreibt in einem Briefe: „Das Leben wird täglich unerträglicher hier, so daß es mir ein Rätsel ist, wie das arme Volk überhaupt noch leben kann. Sie sterben auch wirklich schon vor Hunger. Ich fürchte, daß wir einem Bürgerkrieg entgegengehen, denn so geht es nicht lange mehr weiter, wenn keine Abhilfe kommt.“

In Murcia, Alicante und in vielen andern Städten werden Lebensmittel verteilt.

England.

Das gekunkelte Unterseeboot soll, wie amtlich bekanntgegeben wird, repariert, krastdicht gemacht und dann hoch gebracht werden, da es im gegenwärtigen Zustande infolge der Schwierigkeiten, die seine Lage darbietet, nicht gehoben werden kann. Die hauptsächlichsten Beschädigungen sind am Kommandolurm, an dem die Zeichen des Zusammenstoßes mit dem Dampfer „Verward Cashle“ deutlich sichtbar sind. Eine Prüfung des Rumpfes ergab, daß im Innern des Bootes kein Teil mangelhaft war, dessen Sinnen vielmehr bestimmt durch den Zusammenstoß mit dem Dampfer verursacht wurde. Die Unterseebootstrotille nimmt heute ihre Übungen wieder auf.

Rußland.

Belagerungszustand in Odesa. Arbeiterunruhen.

(Fig. Ver.) In Odesa herrscht im Zusammenhang mit der durch den Krieg heraufbeschworenen Krisis der Arbeitslosigkeit und Teuerung unter der Arbeiterbevölkerung große Depression. Bald dürften auch politische Unruhen beginnen. Bereits hat am 3. März eine regierungsfremde Studentendemonstration stattgefunden, die Panikentanten wurden von den Kosaken niedergemacht; 200 Studenten sind verhaftet und weggeschickt worden. Vom 28. März wird in Odesa der Belagerungszustand verhängt.

In Twer, auf der Baumwollfabrik von Morosow sind Arbeiterunruhen ausgebrochen. Den Anlaß bildete die Empörung der Arbeiter darüber, daß die Verwaltung ihnen heißes Wasser zur Zubereitung der Mittagmahlzeit verweigerte. Aus der Unzufriedenheit ist der Streik entstanden, der sich aber schon am andern Tag in eine politische Demonstration mit den Rufen: Nieder mit dem Absolutismus! Fort mit dem Kriege! verwandelte. Gendarmen und Polizei suchten die Demonstration mit roher Gewalt zu unterdrücken.

Eine ruhmreiche Schlacht in Sibirien. Soeben bekommen wir die Nachricht, daß die Schergen des Absolutismus auf einem Transport mit Verbannten unterwegs, im Regierungsbezirk Jakutsk, eine blutige Meuterei begangen haben. Die Verbannten, 23 und namhaft gemachte Personen, forderten beim Vorbeifahren in einem kleinen Dorf ihr gutes Recht, dort einen Tag rasten zu dürfen, um auszuruhen und sich nach der langen Reise bei mörderischer sibirischer Kälte etwas zu erwärmen. Als Antwort auf dieses Verlangen wurden die Verbannten auf das Geheiß des Offiziers von der Dorfpolizei so bestialisch verhalten, daß zweien der Schädler gespalten wurde! Man erlaubte sodann nicht einmal dem Spitalarzt, ihnen die Wunden zu nähen, sondern fesselte die Schwerverwunden nach einem letzten Verband zusammen mit den andern blutüberströmten Opfern und schleppte sie weiter.

Opfer des Jazismus. Der am 10. d. M. zum Tode verurteilte Anstifter des Mordanschlags gegen den Minister Sobjagin, Veterinararzt Gerschuraj, ist hingerichtet worden. Die Meldungen, daß er um Gnade gebeten habe, befähigten sich nicht. Hingegen hat sein Mitverurteilter Artillerie-Statkapitan Trigorjew, der später die übrigen Verurteilten betrat, nach offizieller Meldung ein Gnadengesuch eingereicht, über das die Entscheidung noch nicht gefallen ist.

Afrika.

Die Pest in Südafrika. Wie „Daily Telegraph“ aus Johannesburg meldet, ist die Pest im Kuli-viertel ausgebrochen. 27 Personen sind bereits der Krankheit erlegen. Es sind energische Maßnahmen getroffen, die farbige Bevölkerung aus der Stadt wegzubringen. Weiße sind bisher von der Krankheit nicht befallen worden.

Dasselbe Blatt meldet aus Söul vom 19. d. M.: Der Kaiser von Korea beabsichtigt, einen Sondergesandten nach der Rückkehr des Marquis Ito nach Japan zu senden, wahrscheinlich den Prinzen Nihivan. Marquis Ito empfängt heute die Vertreter der auswärtigen Mächte.

Vom Kriegsschauplatz.

Petersburg, 20. März. Der russischen Telegraphen-Agentur wird aus Kiaujang von gestern gemeldet, daß die Familien der Ausländer in Kiaujang verlassen haben; nur einige ausländische Kaufleute sind zurückgeblieben. Nur am Tage treffen dort Dampfer ein unter Führung von russischen Lootsen. Die chinesischen Truppen haben sich an das Bestreben des Kiaujang zurückgezogen. General Linewitsch hat an die Truppen der Mandchuren-Armee einen Tagesbefehl erlassen, in welchem er ihnen einschärft, mit der chinesischen Bevölkerung in Frieden und Freundschaft zu leben, niemanden zu beleidigen und zu bedrängen. Einkäufe der Chinesen dürfen nur bei Parzahlung geschehen. Für die strenge Beobachtung dieser Vorschriften haben die Chefs der Truppenteile zu sorgen. Der Tagesbefehl des Generals Linewitsch machte auf die Bevölkerung eine höchst beruhigenden Eindruck. Die Einkäufe von Lebensmitteln, Fourage und Vieh bei der chinesischen Bevölkerung gehen ohne Schwierigkeiten von statten.

Tschifu, 21. März. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Das aus den Kreuzern Hai-tschu, Hai-tschu, Hai-tschu und Haidshu bestehende Bei-jang-Geschwader unter Befehl des Admirals Tschang ist hier angekommen; man nimmt an, es soll nach Kiaujang gehen, sobald der Fluß eisfrei ist.

Kommunales.

Stadtvorordneten-Versammlung.

12. (außerordentliche) Sitzung vom Montag, 21. März, nachmittags 5 Uhr.

Vorsitzer Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung gegen 1/6 Uhr. Da die Verwaltung des Soales nicht gehörig funktioniert, hat insbesondere die Verhinderung auf der Juborttribüne mit außerordentlichen Schwierigkeiten zu kämpfen.

Die Beratung des Stadthaushalts-Etats für 1904 wird fortgesetzt.

Beim Etat für das Armenwesen hat der Ausschuss die vom Magistrat beantragte Erhöhung des Aufwandes an die Armenspeisungsanstalt von 40 000 M. auf 45 000 M. abgelehnt und schlägt dem Plenum vor, die vorjährige Resolution betr. die Reorganisation des Armenarzteswesens zu erneuern. Referent ist der Stadtv. Dr. Witow (Fr. Fr.).

Ohne Debatte tritt die Versammlung bezüglich der Resolution dem Magistrat aus.

Stadtv. Hinke (Soz.): Im Ausschuss wurde lebhaft über das Anwachsen des Armenetats geklagt, der uns uferlose wachse. Auch dieses Jahr wird ein weiteres Anwachsen erfolgen, das ist bei dem

jährlichen Anwachsen der Bevölkerung um 35 000—40 000 Köpfe ganz selbstverständlich. Das immerhin bedeutende Anwachsen des Etats in diesem Jahre um 1 180 000 M. erklärt sich aber hauptsächlich daraus, daß die Armenetats in den letzten Jahren zu niedrig angelegt waren, da sich Defizits von 1/2—2 Millionen herausgestellt haben. Von einem „riesigen“ Anwachsen kann jedenfalls keine Rede sein, ebensowenig von einem Herabgehen der Unterstütionen. Die Zahl der Armenempfänger betrug 1902/1903 33 160, welche etwa 6 Millionen erzielten; in den letzten Jahren hat nur eine Steigerung der Unterstüftung pro Kopf um 68 Pf. stattgefunden. Riefen Sie in Betracht, daß Lebensmittelpreise und Wohnungspreise gestiegen sind. (Stadtv. Wallach: Die Mieten sind gefallen!) Bitte, legen Sie mir den Hauslohn auf den Tisch des Hauses nieder, der bei kleinen Wohnungen die Miete erniedrigt! Das Gleiche trifft auf die Pflegegelder für die Kinder zu. 1899/1900 wurde bei etwa 10 000 Kindern pro Kopf und Monat 6,32 M. gezahlt, bis 1902/03 ist die Zahl auf 6,64 M. gestiegen. Diese Sätze erreichen bei weitem nicht das von Ihnen selbst angelegte Maximum von 9 bzw. 20 (und sogar 25) M. Ebenso verhält es sich mit den Extra-Unterstütionen. Daß die Armenvorsteher im allgemeinen nicht zu viel zahlen, darauf dürfen Sie sich verlassen, denn in vielen Fällen reichen die gezahlten Unterstütionen bei weitem nicht hin, um den armen Leuten das Notwendigste zu gewähren. Nicht die Armenpfleger, sondern die Unterstütionssuchenden haben Ursache zur Mißstimmung. (Rufe: Aha!) Wir haben unter den erstere einige, die ihres Amtes nicht so walten, wie es sich gehört. Im Laufe dieses Monats war eine Frau bei mir, welche ermittelt war; sie hatte eine jährliche Vergangene, das gebe ich zu. Sie fragte, was sie thun solle, da sie nirgends etwas erlangen konnte; ihre Sachen habe sie bei einer Freundin untergebracht, sie solle 7 M. Schlafgeld zahlen. Sie kam um eine Extra-Unterstüftung von 10 M. ein; sie wollte mit dem Rest von 3 M. einen kleinen Wappsteinhandel anfangen. (Rufe: Sie sollte doch arbeiten!) Ja, wenn sie Arbeit findet. Der Armenvorsteher hat ihr die Unterstüftung verweigert, und als sie um Brot bettelte, hat der Vorsteher ihr eine blanke Mark in die Hand gedrückt! Ich war deswegen persönlich bei ihm und hat ihn um nochmalige Prüfung. Die Mark hatte er nicht aus eigener Tasche gegeben, wie ich vermutete, sondern sie mit dem Monatsbericht liquidiert. Ich kann weitere Beispiele anführen. (Große Unruhe.) Eine Witwe S. mit 3 Kindern unter 15 Jahren erhielt bis vor zwei Jahren monatlich 28 M.; ein neuer Vorsteher kam und hatte nichts Siligeres zu thun, als die Summe auf 6 M. herabzusetzen. Der Herr hat mir auch rund heraus gesagt, er denke gar nicht daran, eine Änderung eintreten zu lassen. Die Frau war völlig elend und in ärztlicher Behandlung, auch drei Monate mit der Miete im Rückstande. Ja, er gäbe gar nichts auf das Gutachten des Armenarztes, die Herren schreiben, wie es jeder haben wolle, und damit sei für ihn die Sache erledigt. Stadtrat Münsterberg ist dann für die Frau eingetreten und die Armendirektion vor dazu auch verpflichtet, um die Frau nicht hungern zu lassen. (Rufe: Na also! Erledigt!) Ja, Sie klagen doch über die Mißstimmung der Pfleger. In einer Familie, wo sechs Personen sind und Krankheit und Siedhung herrscht, wird eine Unterstüftung von 8 M. empfohlen! (Unterbrechung durch den Vorsteher. Die Namen möchte ich nicht öffentlich nennen.) Ich trage nur Berichte vor, keine Verleumdungen; es thut Not, daß diese Fälle vorgebracht werden. Wenn ich sie hier nicht vortragen darf, so werden sie in der Öffentlichkeit erörtert. Für einen Mann, der halbverhungert in seiner Wohnung vorgefunden wurde, beantragte der Armenvorsteher eine Unterstüftung von 6 M.! In einem andern Falle überstieg die Rühnheit eines Armenvorstehers alle Grenzen. Es handelte sich um eine Frau, welche schon einmal unterstüht war, weiter krank blieb und nochmals zum Vorsteher kam, weil ihr der Arzt Milch verschrieben hatte. „Was, Sie wagen, sich vom Arzt Milch verschreiben zu lassen?“ Und dabei spie er ihr ins Gesicht. (Unruhe.) Zufällig war ein Zeuge da, und der Herr wurde, weil auch noch andre Dinge gegen ihn vorlagen, schließlich zum Richter veranlaßt. (Rufe: Also doch erledigt!) Daß die Armendirektion direkt zu hohe Summen zahlt, ist auch nicht richtig; die betreffenden geringen Summen sind in den letzten Jahren fortwährend zurückgegangen. Im vorigen Jahre gab es einen Beschwerde-Ausschuss, wo über die schriftlichen Beschwerden im Beisein des betreffenden Armenvorstehers und im Gegenwart des Vorstehers oder zweier Mitglieder der Armen-direktion entschieden wurde. Als berechtigt sind ja durchschnittlich nur fünf Prozent der Beschwerden angesehen worden. Jetzt werden die Beschwerden den Armenkreisen überwiesen; da setzt man die Böde zu Gärtnern, indem die Vorsteher selbst die Entscheidung in die Hand bekommen, schließlich der eine oder der andre nachher auch gegen die Beschlüsse mit erneuten Beschwerden remonstriert und die Sache dadurch hinzieht. So ist in einem Fall eine Familie vier Monate lang ohne jede Unterstüftung geblieben und der Unterstüftungssuchende unzufrieden geblieben. Die schriftlichen Beschwerden müssen doch von der Armen-direktion mindestens nachgeprüft werden. Meiner Ansicht nach ist für unsre hilfbedürftigen Pöbelbürger nicht zu viel, sondern eher zu wenig geschehen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. Dr. Nathan (Soz.-fortsch.): Durchgreifende Besserung wird erst eine anderweite Organisation schaffen, wie sie ja angebahnt ist. Für die vermehrte Teilnahme der Frauen an der Armenpflege muß alles aufgegeben werden. Es liegt belamlich nicht an uns und nicht am Magistrat, daß von der „Eisenbahngeschwindigkeit“ von der Stadtrat Münsterberg sprach, nicht die Rede gewesen ist bei der Durchführung dieser Maßnahmen, sondern an den Vorurteilen der Armenkommissionen. In England hat sich diese Mitarbeit der Frauen glänzend bewährt. Es muß aber daneben größere Decentralisation eintreten, wie man sie ja durchzuführen beabsichtigt.

Stadtv. Tolkdorf (Soz.): In Berlin stirbt jährlich Hunderten von Familien der Ernährer. Wir haben es dann mit Halbweibern zu thun. Heute ist die Praxis so: Wenn wir vier Kinder annehmen, so soll die Witwe eines davon allein ernähren und für drei belame sie eben, nach dem höchsten Sage von 9 M., 27 M. Diese Familien wollen wir doch zusammenhalten. Wenn die Frau nun 20 M. für Wohnung geben soll, so bleiben ihr 7 M. Für dieses Minimum soll sie die Kinder beaufsichtigen und erziehen. Das ist doch gar nicht ausführbar. Hier müssen statistische Ermittlungen stattfinden, damit dann auf Grund derselben eingeschritten werden kann. Ich bitte die Direktion, diese Anregung zu verfolgen.

Stadtrat Münsterberg: Die Ausführungen des Stadtv. Hinke und die Debatte überhaupt überheben mich der Vorführung weiterer Materials. Es ist zum erstenmal ein Etat aufgestellt, der sich an die wirklichen Zahlen hält und mit dem sich voranschreitend ohne Defizit wird wirtschaften lassen. Bei den Armen wie bei den Pflegegeldern ist die frühere mechanische Verteilung im großen ganzen aufgegeben und eine mehr individuelle Behandlung eingetreten; wir haben diese Tendenz in der neuen Geschäftsamweisung möglichst zu stärken und bemüht. Die Gleichstellung der armen Kinder mit den Waisenkindern werden wir nicht erreichen können noch wollen. Auf die Beschwerden des Kollegen Hinke kann ich nicht eingehen, so lange nicht Namen genannt sind. Es ist wohl nicht alles streng der Wahrheit entsprechend, was den Herren zugetragen wird. (Zustimmung.) Berlin weist noch ein sehr hohes Niveau ehrenamtlicher Armenpflegefähigkeit auf; mit solchen Angriffen sollte man doppelt vorsichtig sein. Die Beschwerden müssen ihren ordnungsmäßigen Gang genommen haben; auf andre einzugehen muß ich ablehnen. Ich kann auch nicht zugeben, daß man in den Armenkreisen die Böde zu Gärtnern gesetzt hat betreffs der Beschwerden. Letztere werden von der Armen-direktion sehr sorgfältig geprüft, nötigenfalls vom Plenum. Aber keiner hat Glück damit, „nach oben zu gehen“, der glaubt, damit den geordneten Geschäftsgang auszuhalten. Krasse Fälle, wie sie vorgetragen sind, werden, sobald sie an uns herantreten, sofort an die Kommissionen geleitet; wenn nicht Nebenwege gesucht werden, (Sehr richtig!) finden sie auf diesem Wege vielleicht noch rascher ihre Erledigung.

Der Beteiligung der Frauen können wir nicht föhlig geben; wie stehen der Erscheinung, daß diese Beteiligung minimal bleibt, machtlos gegenüber. Die Kommissionen wünschen keine Frauen oder stellen eventuell sogar Amtsniederlegung in Aussicht. Wo Frauen

thätig sind, haben sie ganz Vorzügliches, mehr als die Männer geleistet. (Hört! hört!) Es sind doch auch keine Phrasen, wenn der Stadtrat und der deutsche Verein für Armenpflege und Wohltätigkeit die Mitwirkung der Frauen für einen Segen erklären. Ich kann nur wünschen, daß die recherchierenden Stadtratsmitglieder auf die Armenkommission in diesem Sinne einwirken. (Weifall.)

Stadtv. Hinge: Die Ablehnung der Frauen durch die Kommissionen kennzeichnet den Geist, der in letzteren herrscht. Die Herren glauben, die Frauen würden zu milde sein. Die Herren wollen aber auch höchst unter sich und in ihrem Conditium allein bleiben; sie nehmen nur ihre Parteifreunde hinein und wir haben doch erleben müssen, daß ein Vorsteher ein Mitglied nicht hinzuzog, weil er ein Parteigegner war und ihm nicht in seinen Kram paßte. Die Namen der Betroffenen nenne ich nicht öffentlich, werde sie aber binnen drei Tagen schriftlich zur Verfügung stellen.

Stadtv. Gombert (A. L.): teilt Fälle mit, wo Arme auch aus Begalen unterstützt sind, ohne daß die Armenkommissionen Meldung erhalten.

Stadtrat Münsterberg: Diese Meldungen werden regelmäßig erstattet; es muß sich da um Xrösauer handeln.

Der Etat für das Armenwesen wird hierauf nach dem Entwurf festgesetzt.

Zum Specialetat **Friedrich Wilhelms-Hospital für Männer und Sickenanstalten in der Fröbelstraße** war im Ausschuss beantragt worden:

den Magistrat zu ersuchen, auf dem Terrain hinter der Gasanstalt in der Greifswalderstraße Baracken aufzustellen, die zur Aufnahme von 50—60 sicken Personen geeignet sind.

Stadtv. Gottfried Schulz (Soc.): Wir haben diese vom Ausschuss abgelehnte Resolution wieder eingebracht. Die Anstalt ist überfüllt. Schon längst hätte das Kuratorium solche Baracken beantragt; der Magistrat kam dem aber nicht nach, sondern setzte Summen für Vermehrung der Zahl der Krankenbetten in den Etat. Das wollen wir nicht; es sollen nicht Schwerkranken, Alte und Schwache abgehoben werden. Die Sterblichkeitsziffer in der Sickenanstalt ist furchtbar, ein Drittel der Gesamtheit, 450 im Jahre. Auch das Wärterpersonal ist sehr schwach und unterliegt stetem Wechsel; nur einer ist drei Jahre da. Es werden zu schlechte Löhne gezahlt, für 30 Mark kann man keinen guten Wärter verlangen. — Einige Besserung ist eingetreten; die Siebzighjährigen und die Tuberkulösen behält man jetzt da, aber erst seit dem letzten Sommer. Aus diesen Gründen bitte ich Sie um Annahme meiner Resolution.

Stadtrat Wieland: Die Barakdenfrage ist deshalb nicht weiter verfolgt worden, weil wir inzwischen das Haus in der Reinickendorferstraße gemietet haben, wo wir demnächst 50—60 Siche werden unterbringen können. Ist erst das Wierchow-Krankenhaus fertig, so wird uns ja eine weitere Anzahl Schwerkranker abgenommen.

Die Resolution wird darauf abgelehnt, der Etat genehmigt.

Es folgen die Etats **Friedrich Wilhelms-Hospital für Frauen, Balliadenstraße, Waisenpflege im engeren Sinne sowie Fürsorge für eingesehene Waisen, Unterbringung vernachlässigter Kinder in Fürsorge-Erziehung.**

Die Stadtv. Tollsdorf und Genossen (Soc.) haben hierzu folgende Resolutionen beantragt:

1. Um die Vereinfachung der Kostpflegestellen herbeizuführen, erucht die Versammlung den Magistrat um eine Vorlage, zwecks Erweiterung der jetzt bestehenden Rummelsburger Anstalt, bezw. zwecks Errichtung neuer Waisenhäuser.

2. Die Versammlung erucht den Magistrat um eine Vorlage, die es ermöglicht, daß die Fürsorgekinder nur in städtischen Anstalten erzogen werden.

Stadtv. Tollsdorf: Seit Erlass des Fürsorgegesetzes hat sich in der Waisenpflege ein Umschwung zu Ungunsten der Waisen vollzogen, dem statistisch nachgegangen und dann abgeholfen werden muß. Die Rummelsburger Anstalt würde für 1000 Waisen Platz bieten, wenn die Räume nicht mehr zu Lazarettzwecken und dergleichen verwendet würden. Namentlich das Waisenschulwesen würde dann auch erheblich verbessert werden und die jetzigen Mißstände beseitigt werden können. Der Vorleser für die Kostpflege der Waisen hegt, sieht wirklich nicht auf der Höhe der Zeit. Speziell für die Säuglinge haben wir in Berlin eine bessere Pflege und Aufsicht als außerhalb, dennoch sind jetzt 482 Säuglinge auswärtig untergebracht! Wie soll da die Aufsicht gehandhabt werden? Wie es mit den ländlichen Pflegevätern für die Waisen manchmal aussieht, ergeben ja unsere amtlichen Berichte, auch kann ich dafür mancherlei interessante Beispiele anführen. Ein Knabe wird mit zerrissenen Ärmeln angetroffen, ein anderer muß barfuß im Walde bei schwerer Arbeit helfen, ein dritter muß Sonntags Gänse hüten, ein vierter gar, ein dreizehnjähriger Junge, wird von seinem Pflegevater weiter vergebend und muß mit einem Ochsen zusammen die Egge ziehen! Dazu kommen der mangelhafte Schulunterricht und die sonstigen Lebensgewohnheiten auf dem Lande. Deshalb sollten wir in Berlin neue Waisenhäuser bauen, wo wir eine wirksame Aufsicht üben können. Wie es jetzt steht, haben wir keine Sicherheit dafür.

Stadtrat Straßmann: Das Waisenhaus in Rummelsburg soll nicht eingehen, noch verkleinert werden; zu einer Erweiterung liegt aber auch keine Veranlassung vor. An dem Kostpflegesystem müssen wir festhalten. Der Zusammenhang in der Familie ist unvergleichlich besser für die Waisen als der Aufenthalt in Waisenanstalten. Wenn neuerdings die Zahl der beantragten Kostpflegestellen zugenommen hat, so liegt das daran, daß der jetzige thätkräftige Revisionsinspektor höhere Ansprüche gestellt hat. In Rummelsburg kann den Waisen die Selbstständigkeit, die sie zum späteren Leben brauchen, nicht so anerzogen werden wie draußen. Belassen Sie es durchaus bei der bisherigen Praxis!

Stadtv. Tollsdorf: Auch der jetzige tüchtige und thätkräftige Revisionsinspektor kann beim besten Willen nicht alles sehen, und wie oft wird auch er noch getäuscht! Ich habe in Beeskow durch andre Kinder erfahren, daß ein Berliner Waisenkind bei seinem Pfleger thätlich auf dem kalten Boden schlief und hungern mußte.

Stadtv. Schulz II: Herr Straßmann hat doch eine merkwürdige Anschauung vorgetragen und der Rummelsburger Anstalt ein Armutszeugnis ausgehändigt. Ei! Ei! Herr Stadtrat! (Große Heiterkeit.) Das ist es nicht, es ist bloß der Kostenpunkt, der Sie abschreckt. Ihnen wird der Verein ehemaliger Rummelsburger Waisenhäuserkinder bekannt sein, das sind alles tüchtige Männer geworden.

Nach einer kurzen Entgegnung des Stadtrats Straßmann wird die Resolution abgelehnt.

Den Antrag wegen der Fürsorge-Erziehung befürwortet ebenfalls

Stadtv. Tollsdorf: Bei der jetzigen Methode haben wir nur 200 Fürsorgezöglinge in eignen Anstalten; alle andern sind in einigen 60 Anstalten auswärtig untergebracht. Da fehlt es uns an jeder Kontrolle. In der Waisenerziehung meinte der Magistratsvertreter, die Anstalten seien alle durch die Regierung genehmigt. Jawohl, genehmigt sind sie, aber wie sehen sie manchmal aus! Wir haben einmal eine Anstalt besichtigt, die etwas draußen liegt, und sofort haben wir die Zöglinge herausgenommen; aber auch näher bei Berlin sind Anstalten, die weder nach ihrer Einrichtung, noch nach den leitenden Personen mir genügend erschienen, um den Zöglingen eine zweckmäßige Erziehung zu geben.

Stadtrat Straßmann: So lange die Zwecke der Fürsorge-Erziehung in der Familienpflege wahrgenommen werden können, ist dieser der Vorzug zu geben. In nicht weniger als 61 auswärtigen Anstalten werden die Fürsorgekinder untergebracht. Machen Sie sich die Konsequenzen klar, die entstehen, wenn die städtischen Behörden alle diese Kinder in eignen Anstalten unterbringen wollten. Die Resolutionen werden abgelehnt.

Im **Etat Arbeitshaus in Rummelsburg** befinden sich wieder die 90 M. für das Photographieren der Korrigenden. Einen Antrag auf Streichung hat der Ausschuss abgelehnt; Stadtverordneter Antrid nimmt diesen Antrag im Plenum wieder auf.

Stadtv. Hoffmann (Soc.): Von den Häuslingen sowohl in Rummelsburg wie in dem Billahospital in Reinickendorf werden

eine Reihe Beschwerden gegen die Artwaikung erhoben. So ist es mit der Kost nicht zum besten bestellt. Bei Ausgängen oder auf Urlaub gewährt man den Häuslingen nicht die Anstaltskleidung. Ehemalige Waisenkinder werden zum Teil als Kartoffelschäfer verwendet. (Zurufe.) Solche kleinlichen Dinge sollte man doch schleunigst abstellen. Die Häuslinge von Rummelsburg giebt man an die Rieselfelder für 40 Pf. ab, während sie der Stadt 70 Pf. kosten. Der Etat bietet doch eine ganz falsche Uebersicht, wenn für diese 70 Pf. nur 40 eingebraucht werden; dem Etat muß das zur Last gelegt werden, was rechnerisch in ihn hinein gehört. Betreffs der Versicherung der Häuslinge in der Rummelsburger Anstalt muß der Fall erwähnt werden, daß ein Maler sich an der Protzschneidemaschine die rechte Hand verletzte, so daß sie dauernd steif blieb; er bekommt jetzt keine Unfallrente. Hier muß die Stadt eingreifen. Die 90 M. für das Photographieren der Häuslinge sind heute — und das ist ein Erfolg unserer Bestrebungen nur für diejenigen bestimmt, welche zum zweitenmal hineinkämen. Dazu hat die Stadt nach keinem Gesetze ein Recht, selbst die preussische Gefängnisverwaltung hat diese Maßnahme nie getroffen. Will die Stadt ein neues Verbrechenalbum anlegen? Die Sache ist nicht eingeführt, weil sie ein Bedürfnis war, sondern sie war ein Sport des Hausvaters und nachher hat es die Stadt übernommen und bezahlt die Kosten.

Stadtrat Fischbed: Das uns spendende Lob ist nicht begründet, die Sache wird gehandhabt wie früher. Herr Hoffmann sucht auf einer irrthümlichen Angabe, die früher von hier aus gemacht wurde. Wir brauchen diese Photographien sehr notwendig, um Ordnung zu halten. In großen Maße finden gerade bei uns Entweichungen statt, die Zahl ist von 157 auf 278 im letzten Jahre gestiegen. Die großen Weiterungen, die wir immerhin damit haben, werden einigermaßen gemindert durch dieses Mittel. Es handelt sich hier nicht etwa um Leute, die mal gelegentlich auf der Walze gebettelt haben. Herr Augustin gab uns voriges Jahr eine rührende Schilderung davon, wie das Photographieren den letzten Resten von Menschenwürde in den Unglücklichen erlied. Es sind Elemente, die uns der Staat zur Korrelationshaft überweist. Was die von Herrn Hoffmann vorgetragene Beschwärden betrifft, so ist er selbst Mitglied der Verwaltungsdeputation für das Arbeitshaus. Solche Beschwerden müssen zunächst dem Vorsitzenden mitgeteilt werden (Große Unruhe bei den Socialdemokraten; Aufse: Darüber haben Sie keine Vorschriften zu machen! Wir lassen uns nicht schulmeistern!), damit er diese Beschwerden prüfen kann. Das ist der gegebene Weg. (Fortdauernde Unruhe.) Dann werden diese Beschwerden auf die Tagesordnung der nächsten Deputations-sitzung gesetzt. Dieser Weg ist hier nicht eingehalten worden, und darum habe ich auch keine Verpflichtung, mich auf die Sache einzulassen. Die Regel wegen der Anträge ist darauf zurückzuführen, daß Leute mit diesen neuen Anträgen ausgerückt sind und sie verheißt und verkauft haben. Den Speisetzettel anlangend, laun ich konstataren, daß gerade in Reinickendorf bei meiner letzten Revision die Häuslinge das Essen für ausgezeichnet erklärten und keiner eine Beschwerde erhoben hat. Wir geben die besten Elemente von Rummelsburg nach Reinickendorf, denen geben wir Urlaub, wenn sie ihn haben wollen. So waren am Sonntag 51 von 96 beurlaubt, die 51 Nationen haben wir erspart und damit das Essen der übrigen verbessert. (Heiterkeit.) Bezüglich der Beschwerde über einen Unfall eines Korrigenden bemerke ich, daß das neue Gesetz über die Unfallversicherung für Gefangene die Sache regelt. Wir haben für den Mann bis zu seiner Heilung alles gethan, was wir konnten. Weiter zu gehen, hatten wir kein Recht.

Stadtv. Hoffmann: Wieviel sind denn auf Grund der Photographie erwischt worden und wieviel sind wieder erschienen? Nach den Aussagen des Direktors sind unter den Korrigenden auch Juhälter, die auf Grund der Denunziation eines Mädchens hingelommen sind, einmal an dem Mädchen ihr Mißgehen fühlen oder das Mädchen besuchen wollen (Heiterkeit) und aus diesem Grunde „entweichen“. Dann sollen einige mit den Anzeigen Mißbrauch getrieben haben, indem sie sie verheißt oder verkauft haben. Also weil einige sich so vergangen haben, werden Unschuldige bestraft und bekommen die Anzüge nicht! Da hört ja alles auf. Deshalb wird die tägliche Naturalversorgung an Ausgehenden: Butter, Brot, Bier usw. in Reinickendorf nicht verabreicht wie im Hospital Rummelsburg? Warum hier die Ausnahme? Herr Stadtrat Fischbed meint, das würde auf die andern verteilt; die andern behaupten, es gäbe auch nicht mehr wie sonst und sie möchten gerne wissen, wo diese Dinge bleiben? In Rummelsburg haben die Hospitalisten Gelegenheit, dreimal zu haben im Monat, in Reinickendorf nur einmal. Die Reinickendorfer haben eine Beschwerde aufgesetzt, in der auch noch andre Dinge stehen. Wo bleibt das Ueberflüssige? Es soll z. B. ein schwinghafter Handel mit Sped a Pfund 40 Pf. getrieben werden. Wenn ein Kurator oder Verwaltungschef sich erkundigt, dann ist die Zufriedenheit, der auch Herr Fischbed begegnete, immer da, denn die Leute wagen ja nicht, ihrer Unzufriedenheit Ausdruck zu geben. Ich lege das Schriftstück mit 31 Unterschriften von Billahospitalisten auf den Tisch des Hauses nieder. (Zurufe.) Ja, Sie sind ja mit Ihren Musteranstellungen immer zufrieden; es gäbe nur ein Mittel, sie zu bessern: Wenn Sie nur ein Jahr hinein mühten! (Große Heiterkeit.) Ueber den Unglücksfall sagt Herr Fischbed, es sei alles gethan worden für den Mann, selbst als die Haft abgelaufen war, weiter zu gehen, wäre man nicht berechtigt gewesen. Darum gerade verlangen wir ja, daß der Magistrat der Sache näher treten soll. Der Mann ist nicht geheilt, er hat eine steife Hand behalten, und wenn wir nicht eintreten, wird er uns durch die Schuld der Stadt als Bettler oder Häusling bald wieder erscheinen.

Stadtrat Fischbed: Die Niederlegung dieser Beschwerdechrift macht auf mich gar keinen Eindruck. Haben die Hospitalisten Beschwerden vorzubringen, so müssen sie an die Stellen kommen, die darüber zu entscheiden haben.

Stadtv. Borgmann (Soc.): Die Verteilung der Dezerenate ist Sache des Oberbürgermeisters. Bei der Besetzung dieses Dezerenats scheint er keine besonders glückliche Hand gehabt zu haben. Die Art, wie Herr Fischbed hier spricht, läßt auch das leiseste Verständnis für die Dinge vermissen. Er sieht in den Häuslingen Leute, welche keine bessere Behandlung verdienen. Das ist eine sehr irrthümliche Auffassung. Auch im Punkte der Verwaltung scheint Herr Fischbed nicht die nötige Kenntnis zu besitzen. Er erzählt uns, er habe Gelegenheit genommen, Erparnisse zu machen; dadurch, daß die Nationen der beurlaubten Kisten zurückgehalten und erspart werden und für die andern dann daraus die Kost verbessert wird. Ein solches Verfahren muß als durchaus unzulässig bezeichnet werden. Es entsteht dadurch ein Durcheinander, welches erst recht Unzufriedenheit erregen muß und auch etatsrechtlich bedenklich ist. Jedenfalls darf gegen den Etat nicht ohne Zustimmung der städtischen Behörden eine Aenderung vorgenommen werden. Bei der Angabe der Zahl der Entwichenen ist die Gesamtzahl der Häuslinge nicht angegeben worden. Infolge des wirtschaftlichen Niederganges haben sich unsere Arbeitshäuser wieder bevölkert durch solche Elemente, welche in besseren Zeiten sich sehr wohl durchbringen konnten. Gerade gegen diese muß human verfahren werden. Wozu solche Leute photographieren und sie ohne Not in einer so ungeeigneten Weise behandeln? Die Behandlung des Beschwärdenrechts durch Herrn Stadtrat Fischbed erinnert recht lebhaft an den preussischen Kriegsminister; der Stadtrat sollte, obwohl selbst Parlamentarier, sich dessen Manieren doch nicht so angewöhnen. Nur bei der Etatsberatung lassen sich solche Dinge zur Sprache bringen und Kollege Hoffmann hat nur von seinem guten Recht Gebrauch gemacht.

Stadtrat Fischbed: Es ist kein Gedanke, daß die Zahl der Insassen in den letzten Jahren sich etwa verdreifacht hätte. Die Steigerung der Entweichungen von 157 auf 278 fiel gerade in eine Zeit der Abnahme der Insassenzahl. Was die Nationenersparnis betrifft, so habe ich gerade, um für diese höchst zweifelhafte Sache einen Rechtsboden zu finden, freiwillig die Angelegenheit hier zur Sprache gebracht.

Die Resolution wird abgelehnt, der Etat genehmigt.

Die Beratung des Etats für das städtische D b d a c h beantragt Stadtv. Borgmann (Soc.) von der Tagesordnung abzusagen, weil der Stadtv. Hoffmann, der zu diesem Etat das Wort ergreifen mußte, heiser ist. Der Antrag wird abgelehnt. Stadtv. Borgmann bezweifelt darauf die Beschlußfähigkeit der Versammlung. Es wird festgestellt, daß die Beschlußfähigkeit bereits eingetreten ist.

Die Verhandlung wird abgebrochen. Am Mittwoch findet eine weitere Extra-Sitzung zur Fortsetzung der Etatsberatung statt. Schluß gegen 9 Uhr.

Aus Industrie und Handel.

Das Ende des Baumwollcrackers.

Nach und nach werden nähere Einzelheiten über den Zusammenbruch der Baumwollhauffe in New York bekannt, und daraus ergibt sich, daß es denn doch größerer Anstrengungen bedurft hat, um die Zahlungseinstellung David J. Sulzys zu erzwingen, als es nach den ersten Telegrammen schien. Der Hauptstoß erfolgte durch starke, konzentrierte Zufuhr von seiten der Händler in effektiver Ware, die den Säben der Union veranlaßte, gegen effektive Ware bedeutende Abgaben am Terminmarkt vorzunehmen, die natürlich auf den Preis drückten. Dazu kam der von den amerikanischen Spinnern befolgte Trick, ihre früher zu niedrigen Preisen erworbenen Baumwollvorräte wieder in großen Mengen auf den Markt zu werfen und dadurch das Angebot weiter zu verstärken: eine Situation, die von den Baissiers plannmäßig zu scharfen Angriffen ausgenutzt wurde. Dennoch widerstand lange die Hauffegruppe dem Gegendruck, bis schließlich sich einzelne Teile, vor allem die Miläuser, erschreckt durch das überall hervortretende Angebot, ansahiden, ihren Besitz abzustößen: ein Vorgehen, dem dann die Panik auf dem Fuße folgte.

Leider beeinflussen die Vorgänge in New York auch den westdeutschen Baumwollmarkt in ungünstiger Weise. Wie die „Kölnische Volkszeitung“ meldet, herrscht auf dem Baumwollgarnmarkt in R. Gladbach und Umgegend infolge des New Yorker Baumwollcracks ungeheure, nie gekannte Aufregung; alle Welt hält mit Käufen zurück, da noch weitere Preisrückgänge befürchtet werden. Die Garnpreise verstehen sich augenblicklich völlig als Kumpreise und stellen sich bereits teilweise um 6—8 Pf. niedriger.

Vielsach wird aus dem Zusammenbruch der Hauffe die Hoffnung geschöpft, daß sich die amerikanischen Großspekulanten ihren Reifall als Lehre dienen lassen werden und der Markt daher in den nächsten Jahren von ähnlichen Preistreibern verschont bleibt. Darauf ist erst dann zu rechnen, wenn nicht nur in den Vereinigten Staaten selbst, sondern auch anderswo eine beträchtliche Ausdehnung des Baumwollbaues erfolgt. Allerdings hat sich in den letzten Jahren in der Union das mit Baumwollstauden besetzte Areal etwas vergrößert; doch könnte noch vieles zur Förderung des Baumwollbaues gesehen; denn nach vorsichtigen Schätzungen eignen sich 75 Prozent der Getreidefelder der Süd- und Südweststaaten auch zum Baumwollbau. Selbst auf den sogenannten Baumwollpflanzungen wird, wie der „Kölnischen Volkszeitung“ berichtet wird, durchschnittlich nur die Hälfte des Bodens zum Anbau von Baumwolle verwendet; so hat z. B. Georgia 16 500 000 Acres Baumwollpflanzungen; bebaut sind davon aber nur 8 000 000; von den 11 000 000 Baumwollpflanzungen in Alabama sind nur 5 600 000 bebaut, von 10 750 000 Acres in Mississippi nur 5 500 000. Selbst in den älteren Staaten, wie in Süd- und Nordkarolina, die von jeher mit Baumwollzucht sich besetzt haben, ist die nicht benutzte Fläche genau so bedeutend, und zwar werden in Südkarolina von 9 200 000 Acres nur 4 500 000, in Nordkarolina von 4 300 000 Acres nur weniger als 2 000 000 bebaut. Von den in den letzten zehn Jahren neu angekauften Flächen entfallen nicht weniger als 89 Proz. auf Texas, das Indianerterritorium und Oklahoma, also nur ein verschwindender Bruchteil auf die älteren Staaten. Allerdings eignet sich Texas auch vorzugsweise zum Baumwollbau; es liefert auf seinen 12 000 000 bebauten Acres ein Drittel der Gesamtmenge der Vereinigten Staaten. Nach Ansicht von Fachleuten könnten aber 25 bis 30 000 000 Acres bebaut werden, um so mehr, als, trotzdem der Bau dort erst seit einigen Jahren betrieben wird, dort weit weniger Düngemittel benötigt werden als in manchen Südstaaten, in denen seit mehr als einem halben Jahrhundert Baumwolle gezogen wird.

Die japanischen Zollserhöhungen. Zur Deckung seiner Kriegsausgaben hat Japan, wie kürzlich berichtet wurde, eine Erhöhung verschiedener Zölle, vornehmlich auf Jucker und Gewebe, in Aussicht genommen. In dieser Richtung schreibt die Centralstelle zur Vorbereitung von Handelsverträgen: Der Spielraum für Tarifserhöhungen ist durch die von Japan abgeschlossenen Tarifverträge sehr erheblich eingeschränkt. Japanische Tarifverträge bestehen mit Großbritannien, Deutschland, Frankreich, Dänemark, Ungarn. Jedem dieser Länder ist für seine Hauptexportartikel eine Reihe besonderer Zollserhöhungen oder Bindungen zugestanden, kraft des Weisbegünstigungsrechts hat jedes einzelne dieser Länder einen Anspruch auf die Gesamtheit aller vertragsmäßigen Zugeständnisse Japans. In der deutschen Ausfuhr nach Japan steht Jucker an erster Stelle (5,4 Millionen M. im Jahre 1902), die Möglichkeit einer Tarifserhöhung ist hier nur gegeben, soweit es sich um Jucker unter der holländischen Standard Nr. 16 handelt. An zweiter Stelle stehen wollene Tuch- und Zeugwaren, umbeudekt (4,1 Millionen Mark), auch hier ist die vertragsmäßige Bindung der Zölle sehr weitgehend. Dasselbe gilt von der Position „Wollengarn“ und „baumwollene dicke Gewebe“, deren Ausfuhrwert sich im Jahre 1902 auf 2,6 und 1,5 Millionen Mark stellte. Ausgeschlossen ist eine Erhöhung des Zolles auf Anilin- und andre Teerfarbstoffe, an denen Deutschland für 3,2 Millionen im Jahre 1902 nach Japan ausfuhrte.

Soziales.

Kerzte und Krankenkassen.

Eine Versammlung von Kassenmitgliedern in **Braxlau** nahm nach einer Versprechung der Kerzestfrage folgende Resolution an:

Die Versammlung erklärt sich nach eingehender Aussprache gegen die Einführung der freien Arztwahl, als nicht im Interesse der Kassenmitglieder liegend. Sie erkennt aber an, daß es für diejenigen Mitglieder der Kassen, die nur aus zwei oder drei Kerzten angewiesen sind, allerdings eine Härte bedeutet. Um aber diese Härten zu beseitigen, hat der Kerzestgeber in dem § 46 des K. V. G. Mittel und Wege geschaffen, daß sich die Kassen vereinigen können zum Zwecke der Anstellung gemeinschaftlicher Kerzten. Die Versammlung weist ferner die Behauptungen des Herrn Dr. Mugdan — gethan am 26. Januar im deutschen Reichstag —, als seien nur die Kassenvorstände und die Beamten, aber nicht die Kassenmitglieder gegen die freie Arztwahl — ebenso die parteipolitischen Unterstellungen — ganz entschieden als unzulässig zurück. Die Kassenmitglieder wissen sich eins mit ihren Vorständen und empfehlen den demnächst stattfindenden Generalversammlungen, den Kassenvorständen anzugeben, unter Berücksichtigung realisierbarer Kerzestforderungen dahin zu wirken, daß mit den Kerzten langfristige Verträge abgeschlossen werden.

Der Bericht der badischen Fabrikinspektion ist, als zweiter in der Reihe der diesjährigen Berichte, erschienen. Den Anfang machte diesmal der bayrische Bericht. Der preussische soll demnächst erscheinen.

Welches Gewerbegericht ist für die Arbeiter der Firma A. Borfig, Betrieb Borfigwalde, zuständig? Der Modellstecher W., der in

Vorsitzwalde gearbeitet hatte, war mit einigen Einbehaltungen von Lohnbeträgen nicht zufrieden. Er sagte, und zwar wandte er sich an das Berliner Gewerbegericht. Er hielt dieses für zuständig, weil der Hauptsitz der Firma K. Vorfis seiner Meinung nach Berlin ist. Der Vertreter der Firma wandte vor dem Kammer 4 des Berliner Gewerbegerichts vor allem ein, das Gericht sei unzuständig und zuständig sei das Gewerbegericht in Tegel. In Berlin befände sich nur die Hauptkasse mit mehreren Bureau-Beamten und zwei Prokuristen. Letztere mühten dort sein, weil doch hier eine Leitung zu unterzeichnen wäre. In Tegel dagegen wären 3400 Arbeiter, ein sehr großer Beamtenstab und fünf Direktoren. Auch die beiden Chefs seien Tag für Tag in Tegel. — Der Kläger bestritt die behauptete Tatsache nicht, blieb aber zunächst dabei, daß das in Berlin befindliche Centralbureau der Firma für die Zuständigkeit maßgebend sei. Auf jeden Fall sei auch Berlin ein Sitz der Firma. — Die Kammer IV erachtete jedoch das Berliner Gewerbegericht nicht für zuständig. Von den Bestimmungen des Gewerbegerichts-Gesetzes über die Zuständigkeit lämen hier nur die in Frage, daß maßgebend sei der Ort, wo die ständige Verpflegung zu erfüllen wäre oder sich die gewerbliche Niederlassung des Arbeitgebers befände. Zu erfüllen sei nun die Verpflichtung in Tegel gewesen, wo der Kläger seinen Lohn zu erhalten pflegte. Für die Frage, ob Berlin zuständig sein könnte, bliebe nur übrig die Feststellung, wo sich die gewerbliche Niederlassung befände: die sei in Tegel. Selbst wenn man aber auch Berlin als Ort der gewerblichen Niederlassung der Firma Vorfis gelten lassen wollte, so wäre doch immer, wenn es das Gesetz auch nicht sage, der Sitz der gewerblichen Hauptniederlassung ausschlaggebend. Da die in Tegel sei, so müsse Kläger beim dortigen Gewerbegericht klagen. — Aus diesen Erwägungen heraus gab der Gerichtshof dem Kläger den Rat, die Klage wegen örtlicher Unzuständigkeit zurückzunehmen. W. kam dem nach.

Zur Frage der Zulässigkeit der Rückforderung eines Geschenks hatte die Kammer 6 des Berliner Gewerbegerichts wiederholt Stellung zu nehmen. Gastwirte, Hoteliers u. betrachten ihre in Betriebe beschäftigten Köchinnen, Handdiener und „Dienstmädchen“ oft als Gesinde und verlangen bei gewerblichen Streitigkeiten mit ihnen gewöhnlich das Weihnachtsgeschenk zurück. Nach der Praxis des Gewerbegerichts sind nun derartige Angestellte, die vorwiegend oder ausschließlich beim Betriebe der Gastwirtschaft, des Hotels, der Pension u. dergleichen, nicht Gesinde, sondern gewerbliche Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Bestimmungen der Gesinde-Ordnung finden auf sie nicht Anwendung. Für die Rückforderung von Schenkungen kommt zunächst § 530 des Bürgerlichen Gesetzbuchs in Frage, worin es heißt: „Eine Schenkung kann widerrufen werden, wenn sich der Beschenkte durch eine schwere Verschwendung gegen den Schenker oder einen nahen Angehörigen des Schenkers groben Unbunds schuldig macht.“ Nach § 531 erfolgt der Widerruf durch Erklärung gegenüber dem Beschenkten. Ist die Schenkung widerrufen, so kann die Herausgabe des Geschenks nach den Vorschriften über die Herausgabe einer ungerechtfertigten Bereicherung gefordert werden. Was nun speziell die Schenkungen angeht, die der Arbeitgeber den Angestellten macht, so nimmt das Gewerbegericht an, daß es sich dabei um belohnende Schenkungen, um eine besondere Erkenntlichkeit für Leistungen handle, und daß dies wieder Schenkungen im Sinne des § 534 des Bürgerlichen Gesetzbuchs seien. Nach § 534 unterliegen aber überhaupt nicht der Rückforderung und dem Widerruf solche Schenkungen, durch die einer sittlichen Pflicht oder einer auf den Anstand zu nehmenden Rücksicht entsprochen wird. Die Rückforderung von Weihnachtsgeschenken, welche Restaurationsdienstmädchen, Hotelköchinnen u. dergleichen erhalten hatten, wies deshalb die Kammer 6 des Gewerbegerichts als unberechtigt ab. —

Aus der Frauenbewegung.

Der Frauen- und Mädchen-Bildungsverein zu Schwaberg und Umgegend hielt am 14. März seine regelmäßige Vereinsversammlung im Klubhaus ab. Frau Dr. Hoffmann hielt einen Vortrag über „Die Entwicklung der wirtschaftlichen Lage der Frau“. Nach Beendigung der sehr lehrreichen Ausführungen wurde der Rednerin reichlicher Beifall gespendet. Unter Vereinsangelegenheiten wurde bekannt gegeben, daß am 23. April ein Frühjahrsfest im „Wilhelmshof“, Ebersstr. 80/81, stattfindet. Es gelangen dabei zur Aufführung: „Komm, Karoline, komm“, aufgeführt von Erwachsenen; „Früher — Einst — Jetzt“, Langreigen, aufgeführt von sechs Kindern; „Sieg des Lichts“, aufgeführt von Erwachsenen. Hieraus hat die Vorsitzende um recht rege Beteiligung an dem Feste, da dasselbe ein geglückter Abend zu werden verspricht. Es erfolgte hierauf Schluß der Versammlung.

Gewerkchaftliches.

Das Reichsgericht gegen die Maßregelungs-Bureau.

Der Guspinger St. wurde anfangs des Jahres 1901 von der Eigengieberei-Altkien-Gesellschaft, vormals Reyling und Thomas in Berlin, wegen seiner Agitation für die Gewerkschaft der Metallarbeiter in Berlin entlassen. Als St. einige Zeit darauf bei der Firma Gebr. Arndt wieder Arbeit gefunden hatte, wurde er schon nach fünf Tagen ohne Angabe jeglichen Grundes wieder entlassen. Als St. wieder auf das Bureau der Metallindustriellen kam, um nach Arbeit zu fragen, wurde ihm bedeutet, daß er überhaupt keine Arbeit mehr erhalten werde, also dauernd ausgesperrt sei. Sein früherer Chef, Reyling, ist zweiter Vorsitzender der Vertrauenskommission der Metallindustriellen Berlins und dieser hatte den Antrag auf dauernden Ausschluss St.s von der Arbeit gestellt, welchem die Kommission auch zustimmte. St. blieb nichts übrig, als sich in einem andern Berufszweige Arbeit zu suchen, wo er freilich mit weniger Arbeitsverdienst zufrieden sein mußte.

Eine gegen die Firma Reyling u. Thomas von St. angestrichene Schadenersatzklage wegen Vrolosmachung in Höhe von 800 Mark wies die 10. Zivilkammer des Landgerichts I in Berlin mit dem Hinweis ab, daß der Tatbestand des § 826 des Bürgerlichen Gesetzbuchs (Verstoß gegen die guten Sitten), auf den sich St. mitbezogen hatte, nicht gegeben sei. In einer Auseinandersetzung, die St. mit Reyling in dessen Fabrik gehabt habe, habe St. zu erkennen gegeben, daß er auch weiterhin agitieren werde. Ein solcher Arbeiter eigne sich jedoch nicht zur Beschäftigung in Fabriken (11). Die gegen das Urteil eingelegte Berufung an das Kammergericht in Berlin wurde am 19. Mai 1903 vom neunten Zivilsenat verworfen. Die Gegenpartei St.s hatte hier besonders geltend gemacht, daß von den 46 bestehenden Firmen der Branche nur 41 dem Verbands der Metallindustriellen angehörten, dieser also nicht absolut ausgeschlossen war, da er bei den fünf nicht organisierten Firmen nach Arbeit fragen konnte. In der Verhandlung vor dem Reichsgericht machte der Vertreter des Klägers, Rechtsanwalt Justizrat Haber, geltend, daß eine dauernde Aussperrung von der Arbeit wegen Agitierens für die Gewerkschaft doch wohl eine zu harte Maßregel sei und daß ein solches Vorgehen sicher gegen den § 826 verstöße. Daß St. durch die Aussperrung Schaden erlitten habe, sei festzustellen. Auch der Einwand sei hinfällig, St. hätte bei den fünf nichtorganisierten Firmen nach Arbeit fragen können. Er konnte nicht wissen, daß diese dem Verband nicht angehörten und von ihrer Existenz überhaupt keine Ahnung haben. Noch verfehlt sei der Einwand in der Urteilsbegründung, daß nicht der Beklagte Reyling den St. von der Arbeit ausgesperrt habe, sondern die Kommission. Der Beschluß der Kommission sei doch erst eine Folge des Reylingschen

Antrages auf Aussperrung. Die von Herrn Haber geltend gemachten Gründe sah der 6. Senat für genügend an, um zu folgendem Urteil zu gelangen: „Das Urteil des 9. Zivilsenats des Kammergerichts in Berlin wird aufgehoben und in der Sache selbst auf die Berufung des Klägers das Urteil der 10. Zivilkammer des Landgerichts I in Berlin vom 13. Oktober 1901 dahin abgeändert, daß der Klage-Anspruch dem Grunde nach für gerechtfertigt erklärt wird. Die Sache selbst wird zur anderweitigen Verhandlung an das Landgericht zurückverwiesen. Die Entscheidung über die Kosten der Revisionsinstanz werden dem Endurteil überlassen.“

Dieses Urteil wird unter den Scharfmachern ein wahres Wutgeschrei hervorrufen. Ihre ganze Organisation gründet sich nach dem Muster des Rühnemänner-Verbandes darauf, daß man „mitleidige“, weil gewerkschaftlich organisierte Arbeiter durch die sogenannten Arbeitsnachweis, richtiger Maßregelungs-Bureau dauernd „unschädlich“ macht und in keinem Betriebe mehr beschäftigt. So haben's die Rühnemänner seit Jahren getrieben, so treiben's ihnen noch die Crimmishauer, so haben's die Bauunternehmer zu treiben beabsichtigt, und Herr Sued ist bemüht, diese Methode für das gesamte deutsche Unternehmertum zu verallgemeinern. Welche Maßlosigkeit hat auch das terroristische Treiben des Rühnemänner-Verbandes erreicht, daß auch das Reichsgericht ihm entgegenzutreten mußte.

Berlin und Umgegend.

Au die Arbeiterschaft Berlins.

In keinem andern Berufe sind derartige Uebelstände zu verzeichnen, wie in dem unsrigen. Unser Beruf ist einer der rücksichtslossten, die wir überhaupt zu verzeichnen haben. Das Personal in den Krankenhäusern erhält dort wahre Hungerlöhne, die Verpflegung ist losernemäßig, die Behandlung seitens der Vorgesetzten wie der Schwestern im militärischen Ton gehalten. Die Arbeitszeit beträgt täglich 14—16 Stunden. Technisch sind die Verhältnisse in den Bade-Anstalten: kein Lohn, auf die Gnade der Tringeldgebenden angewiesen, erniedrigt man die Angehörigen unreservert in einer Weise, daß es mit deren Leistungen und Pflichten unfern Kranken und schwachen Arbeitsbrüdern gegenüber nicht in Einklang zu bringen ist. Im endlich dieses elende Tringeldsystem zu beseitigen und unsre Forderungen der Arbeiterschaft Berlins bekannt zu geben, findet am Mittwoch, den 23. März, eine öffentliche Versammlung im Reuen Klubhause, Kommandantenstraße 72, statt. Tagesordnung: Welche Forderungen stellt das in den Badeanstalten Berlins beschäftigte Personal und warum müssen wir uns organisieren? Referent: Stadtverordneter Otto Antrie.

Wir appellieren an Euer Solidaritätsgefühl und bitten, das Personal auf diese wichtige Versammlung hinzuweisen. Ebenfalls bitten wir, bei Gelegenheit des Besuchs der Krankenhäuser oder Bade-Anstalten Berlins stets das Personal nach der gelben Kontrollkarte zu fragen. Nur diejenigen sind organisiert, die sich im Besitze einer derartigen Kontrollkarte befinden.

Centralverband des Massage-, Bade- und Krankenpflege-Personals Deutschlands, Filiale Berlin.

Metallarbeiter! Sämtliche Former, Gießereiarbeiter, Dreher, Schlosser und Hilfsarbeiter der Firma Knoll, Pflanzstraße 105, haben am Montag die Arbeit niedergelegt. Die Kollegen hatten der Firma durch eine Kommission schriftlich einige Forderungen unterbreitet, um die traurigen dort bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse den in den sonstigen Berliner Metallgewerbetreibenden anzupassen. Der Chef gerichtete das Schriftstück mit den Forderungen und warf es in den Papierkorb; dabei bemerkte der Herr: „Entweder Sie sind mit den bestehenden Verhältnissen einverstanden oder Sie sind sofort entlassen.“ Zur Durchführung der geringen Forderungen ist es notwendig, daß alle Berliner Metallarbeiter diesem Betrieb fernbleiben. Der Kampf der Verzweiflung, der hier in einer der traurigsten Berliner Metallgewerbetreibenden geführt wird, muß selbst die Unterstützung der Arbeitgeber haben, da hier eine Werkstatt in Frage kommt, welche auf Kosten der Arbeiter jeder Konkurrenz die Spitze hat.

Zugung ist streng fernzuhalten. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck geboten.

Achtung, Töpfer!

In der am 10. d. M. stattgefundenen Generalversammlung des Verbandes wurde der Ortsverwaltung übertragen, Stellung dazu zu nehmen, ob noch vor dem 1. April Bauten ohne verglaste Fenster in Angriff genommen werden können. Eine größere Sitzung, an der die Bezirksleiter und der Gesellenauschuss teilgenommen haben, empfiehlt nun den Kollegen, bei günstiger Bitterung die Arbeit bei unerglasten Fenstern aufzunehmen, da wir leider, wie in den Vorjahren, feststellen mußten, daß lange vor dem von dem lgl. Polizeipräsidium festgesetzten Termin (15. März) die andern Bauherren sich in keiner Weise mehr an diesen Bestimmungen gebunden hielten. Wir haben daher keine Veranlassung, unsern Kollegen andres zu empfehlen.

Charlottenburg. Am Montag haben ca. 125 Bauarbeiter (einschließlich Einseger) in zehn Betrieben wegen Nichtbewilligung des Nototarfs die Arbeit niedergelegt. Die Löhler hatten den Tarif mit drei Tagen Bedenkzeit überreicht. Da nach Verlauf derselben keine bindende Erklärung erfolgt ist, hielten sie sich zu obigem Schritt veranlaßt.

Es wird ersucht, den Zugang von Bauarbeitern und Einseger nach Charlottenburg fernzuhalten.

Deutsches Reich.

Achtung, Schuhmacher! In der Schuhfabrik von Malek in Rudowwalde ist wegen Maßregelung die Arbeit niedergelegt. Zugang ist fernzuhalten. Die Agitationskommission der Schuhmacher.

Achtung, Wäschenäherinnen und Plätterinnen!

Da die Firma Altkienolaget Stenströms Lohfabrik (Wäsche-fabrik) in Schweden ihren Arbeiterinnen gegenüber Kontraktbruch verübt hat, ist dieselbe für Näherinnen und Plätterinnen gesperrt, bis die Differenzen beigelegt sind.

Obige Firma wird versuchen, Arbeitskräfte aus Deutschland heranzuziehen und ersuchen wir, bei eventuellem Engagement nach Schweden erst Erkundigungen bei untenstehender Adresse einzuholen.

Verband der Wäsche- und Strawattenbranche Deutschlands.

Paul Keller, Vorsitzender, Berlin NO., Greifswalderstr. 218 II.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden höflichst um Abdruck gebeten.

In Dessau lehnte die Betriebsleitung der dortigen Waggonfabrik erslich ein Eingehen auf die Forderungen der Holzarbeiter ab; nachher suchte sie die Sache zu verschleppen, indem sie einen Beschluß darüber bis zum 28. März zu fassen versprach und das, obgleich sie schon am 13. d. M. deswegen angegangen worden war. Infolgedessen stehen seit gestern früh (21. März) sämtliche 35 Tischler und Stellmacher im Ausstande. Die Forderungen sind äußerst minimal. Es ergibt hiermit an alle Holzarbeiter das dringende Ersuchen, den Zugang nach Dessau fernzuhalten.

Ausland.

Die Aussperrung in der Diamantindustrie.

In seinem Interventions-Telegramm hatte der Minister Kappeler unter anderem gesagt, daß auch der Verlauf der Angelegenheit in Antwerpen ihn veranlasse, auf sein bekanntlich schon zu Anfang der Aussperrung gemachtes Angebot, zu vermittel, zurückzukommen. Der Minister hat damit jedenfalls in richtiger Erkenntnis der Sachlage sagen wollen, daß auf Grund der Verhältnisse in Antwerpen ein voller Sieg der Unternehmer wohl nicht

zu erwarten ist. So hat auch die bürgerliche Presse in Holland die Worte aufgefaßt, und sie bemüht sich nun, die Auffassung des Ministers als irrig hinzustellen. Das „Amsterdamer Handelsblad“ will aus guter Quelle vernommen haben, daß die Arbeitgeber in Antwerpen mit dem Verlauf der Angelegenheit „sehr zufrieden“ sind. Auch die Antwerpener Arbeitgeber selbst suchen der Deffektivität weiszumachen, daß ihre Sache sehr günstig lände. Sie haben am Freitag in den Zeitungen angekündigt, daß sie in Anbetracht dessen, daß viele Anfragen von Arbeitern, die die Arbeit zu den Bedingungen der Arbeitgeber wieder aufnehmen wollen, an sie ergangen seien, die Fabriken am Montag wieder eröffnen wollten. Im Gegensaße dazu steht die Meldung, daß sich eine Schlichtungskommission aus Notabeln in Antwerpen gebildet hat, die den Vorschlag macht, den Reunionsvertrag einzuführen und 150 Lehrlinge zuzulassen, und daß die Arbeitgeber zur Annahme dieses Vorschlages geneigt zu sein schienen.

Die Aussperrung der Buchbinder in Dänemark ist am Sonnabend zur Thatfache geworden. So weit es sich bis jetzt feststellen läßt, haben sämtliche Mitglieder der Buchbinder-Zunft von Kopenhagen ihre männlichen und weiblichen Arbeiter in einer Anzahl von ca. 400 ausgesperrt. In den Provinzialstädten sind von den Mitgliedern der dort bestehenden Centralvereinigung der Buchbindermeister ca. 130 Gehilfen ausgesperrt und, wie „Nygaaus Bureau“ meldet, streift dort außerdem ein Teil der Arbeiterinnen. (Der Aussperrungsbeschluss der Centralvereinigung bezog sich nur auf die „Gesellen“, die dem Buchbinder-Verband angehören, während der von der Zunft in Kopenhagen gefasste Beschluß auch die Aussperrung der weiblichen Verbandsmitglieder ankündigte). — Die Zunft hatte übrigens am Tage vor der Aussperrung einen nicht ernst zu nehmenden Vergleichsvorschlag gemacht, indem sie den über 1 1/2 Jahre als Gehilfen thätigen Arbeitern eine Lohnerhöhung von zwei Dore anbot, sonst jedoch keinerlei Zugeständnisse machte, dafür aber verlangte, daß ein auf fünf Jahre geltendes Uebereinkommen geschlossen werde. Die angekündigte Aussperrung sollte gleichwohl unter allen Umständen, auch wenn der Vorschlag von den Arbeitern angenommen wurde, erfolgen und so lange dauern, bis auch für die Provinzen ein Uebereinkommen getroffen war. Daß die Arbeiter ein derartiges Angebot ablehnten, ist selbstverständlich. —

Volksgerecht über Gerichtsurteil.

Die Wähler des 32. Kommunal-Wahlbezirks hatten sich gestern überaus zahlreich im „Swinemünder Gesellschafts-haus“ versammelt, um zur Neubewertung des von ihnen zu vergebenden Stadtverordneten-Mandats Stellung zu nehmen. Bisher hatte dieses Mandat der Redakteur des „Vorwärts“, Genosse Karl Leib, inne. Anlässlich seiner Verurteilung im Kaiserinsele-Prozess ist es ihm jedoch als ein aus öffentlicher Wahl hervorgegangenes Amt durch Gerichtsurteil aberkannt worden. Mit der färslich erfolgten Festsetzung des Urteils durch das Reichsgericht ist das Mandat also erloschen. In der Versammlung wies Genosse Paul Singer als Referent zunächst auf diese Ursachen der Neubewertung hin und gab dann einen großzügigen Ueberblick über die Thätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion im Stadtparlament. Demnach der Beifall durchbrachte den Saal, als er den Anwesenden empfahl, den Genossen Leib als Kandidaten wieder aufzustellen, denn über dem Gerichtsurteil stehe das Urteil des Volkes, und der sozialdemokratisch gestimmte Teil des Volkes wird beweisen, daß die Ehrenhaftigkeit des Verurteilten unerschütterlich ist. Es sei somit eine Ehrenpflicht der Wähler, dahin zu wirken, daß sie dem Genossen Leib nach Verbüßung seiner Strafe das neue Mandat am Gefängnisthore als Anerkennung für seine parteigenössigen Dienste überreichen können.

Hierauf wurde Genosse Leib als Kandidat vorgeschlagen und als solcher einstimmig wieder aufgestellt. Der so Geehrte richtete alsdann noch einige bewegte Worte des Dankes und gleichzeitig des vorläufigen Abschiedes an die Versammlung, indem er der Hoffnung Ausdruck gab, nach Verbüßung seiner Strafe wieder wie vordem nach Kräften im Interesse der Partei wirken zu können.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Eine Enghilfa des Papstes.

Rom, 21. März. (B. Z. B.) Der Papst erließ heute anlässlich des Jahrestages des Todes Gregors des Großen eine Enghilfa, welche die Verletzung der Gesellschaft beim Beginn des Papsttums Gregors schildert und dessen reformatorische Thätigkeit auf dem Gebiete des gesamten sozialen Lebens darlegt. Der Papst erklärt, daß auch er sich von Gefahren und Feinden umringt sehe, und daß er sich wie Gregor voll Vertrauen unbefleglich und gefestigt auf dem Felde der Kirche fühle, die göttliche Versprechungen bestreue. Er berufe die Völker zu dieser Kirche, die allein der Welt den Frieden sichern könne, und beharre auf der Notwendigkeit des Einvernehmens zwischen der geistlichen und der weltlichen Macht, die beide durch Gottes Willen bestanden und bestimmt seien, sich gegenseitig zu unterstützen. Er werde versuchen, die unerschütterliche Festigkeit Gregors nachzuahmen, indem er es sich zum Vorjah mache, die Rechte und Privilegien, deren Wächter und Beschützer vor Gott und den Menschen das Papsttum sei, um jeden Preis zu verteidigen. Die gegenwärtigen Verhältnisse seien schwieriger als die zur Zeit Gregors. Die Völker seien ermüdet durch die Anforderungen, die das Leben an sie stelle. Es handle sich nicht mehr allein um Kezerei, sondern man lege die Art an die Wurzeln der Bäume, die die Kirche bedeuten. Man leugne das Wirken Gottes in der Schöpfung, Ordnung und Regierung der Welt und die Möglichkeit von Wundern. Daher sei die historische Wissenschaft auf Irrwege geraten. Die Folge hiervon sei, daß die einen, verblendet durch die Entwicklung des wissenschaftlichen Mißtrauens, ihren Glauben verlieren, und daß andre, die fest im Glauben stehen, die wissenschaftliche Kritik beschuldigen, daß sie den Glauben untergrabe, was ein nicht berechtigter Vorwurf sei. Der Papst betont dann die moralischen Folgen, die sich hieraus ergeben und setzt auseinander, welche Aufgaben die Bischöfe für ihre Person und bezüglich der Auswahl und der Leitung ihres Klerus hätten, besonders hinsichtlich ihrer Lehrthätigkeit und ihres sozialen Wirkens zu Gunsten der Schwachen.

Schiffuntergang.

Dublin, 21. März. (B. Z. B.) Ueber den Zusammenstoß der deutschen Bark „Rona“ mit der englischen Bark „Lady Cairns“, der gestern beim Rish Leuchtthurm folgte, werden noch folgende Einzelheiten gemeldet: Die beiden Schiffe rannten mit großer Gewalt aufeinander. Die Seitenwände der englischen Bark wurden aufgerissen, als wenn sie von Papier gewesen wären. Das Schiff kenterte und verschwand im Wasser. Die „Rona“ wurde schwer beschädigt. Die Boote der „Rona“ wurden klar gemacht, sie konnten aber nicht herablassen werden, da die „Rona“ vor dem Winde trieb. Der Zusammenstoß ereignete sich bei sehr trübem Wetter. Mit der „Lady Cairns“ sind 22 Personen untergegangen.

Shanghai, 21. März. (Meldung des „Reuterischen Bureaus“.) Etwa 1000 Opiumsmuggler unter Führung eines gewissen Huon erregten einen Aufruhr und schlugen die gegen sie vorgehenden Regierungstruppen 70 Meilen südlich von Tschungting in der Provinz Szechwan. Die Truppen verloren 88 Mann, der Rest floh. Die Behörden von Tschungting senden Verstärkungen.

Parteigenossen und Genossinnen!

Alle organisierten Arbeiter, welche das lebhafteste Interesse hegen, sich sowohl in der politischen, als auch in der gewerkschaftlichen Bewegung zu betätigen, haben es stets als einen argen Mißstand empfunden, daß recht oft von beiden Seiten Versammlungen mit wichtiger Tagesordnung am selben Tage einberufen worden sind, und daß es dadurch einer ganzen Anzahl Genossen unmöglich gemacht war, pflichtgemäß in Partei- und Gewerkschaftsangelegenheiten thätig zu sein.

Um diesem Uebelstand abzuhelfen, haben die Unterzeichneten folgendes Abkommen getroffen:

Dienstags und an jedem zweiten Mittwoch im Monat dürfen keine Gewerkschafts-Versammlungen einberufen werden, da diese Tage für die Partei reserviert sind, — Donnerstags und jeden 1., 3. und 4. Mittwoch im Monat dürfen keine politischen Versammlungen einberufen werden, da diese Tage gänzlich für die Gewerkschaften frei bleiben.

Abgewichen von der Vereinbarung darf nur werden bei plötzlich ausbrechenden Streiks und ähnlichen Differenzen oder wenn Protest-Versammlungen schnell zu veranstalten sind.

Wir machen hiermit den Versuch, eine Regelung des gewerkschaftlichen und politischen Lebens herbeizuführen und bitten alle Einberufer von Versammlungen, diese Vereinbarung von heute an streng durchzuführen. Gleichzeitig bitten wir die Vororte, sich diesem Abkommen so bald als möglich anzuschließen.

Berlin, den 20. März 1904.

Die socialdemokratischen Vertrauenspersonen Berlins. Die Vorstände der socialdemokratischen Wahlvereine Berlins.

Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission. Der Ausschuss des Berliner Gewerkschaftskartells.

Abgeordnetenhaus.

47. Sitzung vom 21. März 1904, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertische: Dr. Studt.

Die zweite Beratung des Kultusgesetzes wird fortgesetzt beim Kapitel Evangelische Geistliche und Kirchen.

Auf Antrag des Abg. v. Pappenheim (l.) wird gemäß einem Vorschlage des Berichterstatters der Kommission beschloffen, die Frage der Volksschul-Unterhaltung und der Lehrerbeförderung nicht beim Etat, sondern später bei Beratung des diese Fragen behandelnden Initiativantrages Hr. v. Zedlitz (freil.) zu behandeln.

Zunächst wird in eine allgemeine Debatte über das Volksschulwesen eingetreten.

Abg. Dittrich (c.):

In unserer heutigen Volksschule wird der Erziehungszweck viel zu sehr vernachlässigt, er tritt vollkommen zurück hinter den Unterrichts-zweck. Die Folge ist eine zunehmende Verrohung der Jugend. Eine Besserung wird nicht eintreten, wenn nicht der Kirche ein größerer Einfluß auf die Volksschule eingeräumt wird. Aus der Kreislaufinspektion wird die katholische Geistlichkeit immer mehr verdrängt.

Abg. Ernst (fr. Bg.):

In unserer heutigen Volksschule wird der Erziehungszweck viel zu sehr vernachlässigt, er tritt vollkommen zurück hinter den Unterrichts-zweck. Die Folge ist eine zunehmende Verrohung der Jugend. Eine Besserung wird nicht eintreten, wenn nicht der Kirche ein größerer Einfluß auf die Volksschule eingeräumt wird. Aus der Kreislaufinspektion wird die katholische Geistlichkeit immer mehr verdrängt.

Abg. Freiherr v. Zedlitz (fl.):

wünscht Befestigung des großen Lehrermangels in den polnischen Provinzen. Die Folge dieses Lehrermangels sei, daß viele deutsche Familien ihre Heimat verlassen, weil sie ihren Kindern keinen genügenden Unterricht verschaffen könnten. Die Ueberzeugung hat immer mehr Platz gegriffen, daß die Schulinspektion mit Erfolg nur wahrgenommen werden kann durch praktisch erfahrene Fachleute. (Sehr wahr! links.) Dagegen sollten die Geistlichen in der lokalen Schulverwaltung Sitz und Stimme erhalten. (Wraho! rechts.) Vor allem ist es nötig, daß die große Kluft ausgefüllt wird, welche zwischen der Entlassung der Jugend aus der Schule und ihrer Einstellung in das Heer besteht. Es muß dafür gesorgt werden, daß unsere heranwachsende Jugend zur Vaterlandsliebe, Religiosität und monarchischen Gesinnung erzogen wird. (Wraho! rechts.)

Kultusminister Dr. Studt:

Die traurigen Vorgänge der letzten Wochen haben uns ein Bild von der Bewahrlosung der Kinder in manchen Familien gegeben. Hier kann nicht die Schule allein helfen, es ist Aufgabe der menschlichen Gesellschaft, der Privatwohlthätigkeit, hier fördernd und unterstützend einzugreifen. Wir sind stets bemüht, in katholischen Gegenden auch katholische Schulinspektoren heranzuziehen. — Der von Herrn Ernst angeführte Fall in Bromberg ist mir nicht bekannt.

Abg. Wolgast (Hsp. der fr. Sp.):

Das Hauptziel der Volksschule darf nicht sein, für den Himmel zu erziehen, sondern brauchbare Erdenbewohner zu schaffen. (Sehr richtig! links.) Das Konfessionelle darf nicht in den Vordergrund gestellt werden. Allerdings verkennen wir nicht, daß die Religion sehr wohl dazu dient, den Menschen sittlich zu härten in dem Kampfe ums Dasein. Ich halte es mit den Worten des edlen Menschenfreundes v. Gaidy: „Nicht Religion neben unserm Leben, sondern unser Leben selbst Religion“. Die Simultanschule liegt im Interesse des konfessionellen Friedens. Die Lehrer-Vorbereitung sollen nicht in kleine Orte verlegt werden, und man sollte statt der Internate mehr Externate errichten. Ich habe es bedauert, daß am Sonnabend einzelne Ausnahmefälle von Mißhandlungen in Oberschlesien derartig verallgemeinert wurden, als ob die Lehrer in Oberschlesien überhaupt nichts anderes thäten, als die Schüler zu mißhandeln. In Bezug auf die Schulansprüche sehen sich unsere Ansichten diametral gegenüber. Wir wünschen im Interesse der Volksschule eine vollständige Umkehrung nach zwei Seiten: Erstens eine Aufhebung der Kreislaufinspektion und zweitens Aufsicht durch Fachleute. Es giebt heute in Preußen keinen Stand, der mehr beaufschlagt wird, wie die Volksschullehrer. (Sehr richtig! links.) Jedenfalls ist die Geistlichkeit nicht im Stande, das Amt des Vorgesetzten der Volksschullehrer zu übernehmen. Die Aufhebung des § 2 des Justizgesetzes ist von weiten Kreisen als ein Symptom dafür angesehen worden, daß man der Kirche einen noch größeren Einfluß auf die Schulverwaltung einräumen will. (Anrufe im Centrum.) Für die Weiterbildung der Volksschullehrer müßte mehr geschehen. Tüchtige Volksschullehrer sollten zum Universitätsstudium zugelassen werden. Gegen die Verrohung der Jugend zu wirken

sind die Volksschullehrer vor allem berufen und gewillt. Sehr zu begrüßen ist es, daß die Bestrebungen zur Pflege der Kunst im Leben des Kindes von der Unterrichtsverwaltung Förderung erfahren.

Abg. Dr. Hadenberg (natl.):

Die Klagen über Bewahrlosung der Jugend sind gewiß berechtigt. Nicht richtig aber ist es, daß die Schule ihre erzieherischen Aufgaben vernachlässigt. Die Lehrer halten es mit unserm Altmeister Goethe, der einmal gesagt hat: „Der ist ein armer Mensch, an dem der Kopf das Beste ist.“ Ob der Unterricht erzieherisch wirkt liegt nicht an dem Gegenstand — auch der Religionsunterricht kann wenig erzieherisch wirken —, sondern an der Art des Unterrichts. (Sehr richtig! links.) Die Volksschullehrer haben ein Recht darauf, von sachmännlich ausgebildeten Kräften beaufsichtigt zu werden. (Wraho! links.) Nicht von einem Einfluß der Kirche auf die Schule sollte geredet werden, sondern lediglich von einem Zusammenarbeiten zwischen Kirche und Volksschule. Ich schließe mit dem Wunsche, daß die Unterrichtsverwaltung und dieses Haus es nie an dem rechten Interesse für die gesunde Fortentwicklung unseres Volksschulwesens fehlen lassen möge. (Wraho! bei den Nationalliberalen.)

Abg. v. Pappenheim (l.):

bedauert, daß die Lehrer in ihrer erzieherischen Thätigkeit nicht immer die richtige Unterstützung der Familie und der Kirche fänden. Die Förderung der Familienbande ist ein Hauptgrund für die Entfaltung der Jugend in allen Ständen auf dem Lande und in den Städten.

Abg. Stychel (Pole):

führt Beschwerde über Ausbreitungen von Lehrern in Posen gegenüber polnischen Schülern. Ein Lehrer hatte einen Schüler nur deshalb geprügelt, weil derselbe im Auftrage des Probstes die Bitte vorgebracht hat, daß die katholischen Schüler am Abendmittwoch beurlaubt werden mögen. Welsch sind in überwiegend polnisch-katholischen Gegenden die überwiegende Anzahl der Lehrer Protestanten, die kein Verständnis für die katholischen Institutionen und häufig nicht die geringste Kenntnis der polnischen Sprache haben. (Sehr richtig! bei den Polen.)

Kultusminister Dr. Studt

erklärt auf die einzelnen von dem Vorredner vorgebrachten Fälle nicht eingehen zu können, da er sie nicht kenne; es liege System in dem fortwährenden Vorbringen derartig unkontrollierbarer Erzählungen.

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 11 Uhr.

Partei-Nachrichten.

Socialdemokratische Druckereikonferenz.

Am Sonnabend und Sonntag fand in Berlin eine Besprechung der Geschäftsleiter der Partei- und derjenigen Privatdruckereien statt, in welchen Parteiblätter hergestellt werden. Zur Verhandlung standen neben der Mitteilung des Ergebnisses der statistischen Aufnahmen, deren Grundinhalt bereits letzte Woche durch den „Vorwärts“ veröffentlicht worden ist, die Frage der Anwendung des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches, der Ferien, des gemeinsamen Papierbezugs für die gesamte Parteipresse und endlich die Frage, ob die Parteipresse im sogenannten getrockneten Gelde oder im Vereinen hergestellt werden solle. Die Frage des gemeinsamen Papierbezuges, in deren Erörterung auch die Stellung zum Syndikat eine gewisse Rolle spielte, wurde nach grundsätzlicher Bejahung einer Kommission zur weiteren Verhandlung überwiesen, diejenige des Berechnens oder des gewissen Geldes wurde unter Berücksichtigung der verschiedenartig gelagerten lokalen Verhältnisse nach der Seite hin beantwortet, daß heute um so weniger Veranlassung vorliege, auf Beseitigung des Berechnens hinzuwirken, als ja die weitere Einführung von Sechsmaschinen diese ganze Streitfrage des Berechnens für die größeren Druckereien ohnehin verüberlässe.

Die Verschiedenartigkeit der finanziellen Leistungsfähigkeit der Parteidruckereien und insbesondere der Privatdruckereien, in denen Parteiblätter hergestellt werden, ergab bezüglich der Ferien und sonstiger, den Arbeitern über den Tarif hinaus zugestandenen Vorteile ein sehr weit auseinandergehendes Bild. Als erste Aufgabe dieser Geschäfte wurde neben praktischer Durchführung des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches zum Vorteile der Arbeiter — denn die im Nachdruckertarif vorgesehene Regelung bedeutet thatsächlich nur eine Aufhebung dieses Paragraphen zum Vorteile der Unternehmer — die Verkürzung der Arbeitszeit angehen. In Bezug auf weitere Vorteile soll vor allem danach gestrebt werden, daß die Vorteile, die heute bereits in einer Anzahl von Parteidruckereien den Arbeitern gewährt werden, von den kleineren oder weniger leistungsfähigen Geschäften nach Maßgabe ihrer Kräfte möglichst bald eingeführt werden. Es wurde daher folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die heutige Konferenz der Vertreter der Parteidruckereien beschließt:

A.

In Bezug auf den § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches sollen den Arbeitsordnungen folgende Bestimmungen beigelegt werden:

- 1. Arbeiter, die mindestens ein Jahr ununterbrochen in Dienste der Partei-Druckereien beschäftigt sind, erhalten bei militärischen Übungen von nicht mehr als vierzehn Tagen zwei Drittel des Lohnes, wenn sie verheiratet oder Ernährer von Familienangehörigen sind. Bei länger als vierzehn Tage dauernden Übungen wird der bezeichnete Teilbetrag des Lohnes nur für die ersten vierzehn Tage gezahlt.
2. Allen Arbeitern wird bei Arbeitsverräumnis infolge von Teilnahme an Kontrollversammlungen, Aushebungen und Wastungen sowie infolge von Erfüllung staatsbürgerlicher Pflichten für die Dauer der hierzu notwendigen Abwesenheit der Lohn weiter gewährt; wird für solche Funktionen andertweit eine Entschädigung gewährt, so ist diese anzurechnen.
3. In andern Fällen, z. B. Wahrnehmung gerichtlicher Termine in eigener Sache, Geschäftsleitungen, Todesfällen oder schwerer Erkrankung der nächsten Angehörigen, wird ein fagbarer Anspruch auf Zahlung des Lohnes für die verjämte Arbeitszeit nicht ausgeschlossen; ebenso wenig findet ein Anspruch auf Entschädigung bei Krankheitsfällen statt.

B.

Die Parteigeschäfte verpflichten sich, thunlichst bald

- a) die achtstündige effektive Arbeitszeit in ihren Betrieben einzuführen;
b) für alle mindestens ein Jahr im Betriebe beschäftigten Arbeiter Ferien bis zur Dauer von einer Woche zu gewähren unter Fortzahlung des Lohnes;
c) die Beiträge zur Invalidenversicherung ganz zu bezahlen;
d) die Differenz zwischen Lohn und Krankenkassen-Entschädigung bei im Geschäft erlittenen Unfällen zu vergüten.

Der Herausgeber der „Dokumente des Socialismus“, Genosse Ed. Wernstein, teilt mit, daß er vor der Notwendigkeit stehe, gegebenenfalls das Unternehmen einzustellen, da es sich nicht decke. Er wolle jedoch, bevor er sich zu diesem Schritt entschließe, den Lesern von diesem Stande der Dinge Kenntnis geben.

„Sollte sich“, so heißt es in dem Circular, „eine genügende Anzahl von Freunden finden, die den Wunsch haben, den Fortbestand der „Dokumente des Socialismus“ gesichert zu sehen, und die in der Lage sind, Opfer — etwa in der Form von Beiträgen zu einem Garantiefonds — dafür zu bringen, so werde ich mit dieser Gütigkeit die Zeitschrift fortführen. Eine andre Möglichkeit, sie fortzuführen zu lassen, sehe ich nicht.“

Sobiel an dieser Stelle. Die näheren Einzelheiten werden denjenigen, die sich dafür interessieren, brieflich mitgeteilt werden.“

Ueber das Befinden des Genossen Braun-Königsberg, der beklammlich von deutschen Behörden des Hochverrats gegen Rußland angeklagt ist, erfährt unser Königsberger Parteiblatt ungünstiges. Sein Leiden hat nicht zur Heilung geführt, weshalb er sich vor einigen Tagen einer Operation unterworfen hat.

Der dritte Gantag der Socialdemokratie in Nordbayern tagte am Sonnabend und Sonntag im Saale der Goldenen Rose zu Nürnberg. Der Gantag war sehr stark besucht, von 98 Vereinen waren 64 durch 102 Delegierte vertreten. In der Diskussion über den Vorstandsbericht wurde allenfalls die Thätigkeit des Vorstandes als nützlich für die Partei anerkannt, aber es wurden auch die alten Klagen wieder erhoben, die sich auf allen Tagungen unserer Partei wiederholen: daß die ländlichen Orte bezüglich der Versorgung mit Abgeordneten als Redner zu sehr vernachlässigt würden. Es lagen auch verschiedene Anträge vor, die darauf hünzielen, in dieser Beziehung Besserung zu schaffen, sie wurden aber abgelehnt, da es nicht in der Macht des Vorstandes liegt, allen solchen Wünschen Rechnung zu tragen, und weil allgemein anerkannt werden mußte, daß der Vorstand sich bemüht hat, allen derartigen Wünschen Rechnung zu tragen, soweit es ihm möglich war; wo dies nicht möglich war, lag dies eben nicht an den leitenden Personen, sondern an der Macht der Verhältnisse.

Auch der Mangel an geeigneten Personen für die Land- agitation wurde lebhaft beklagt und es wurde ein Antrag, der Gauvorstand möge sich die Or-anbildung von Agitatoren speziell für die Provinz angelegen sein lassen, dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen, ebenso ein Antrag, daß bei der Agitation die kleineren Orte von den Reichs- und Landtagsabgeordneten mehr zu berücksichtigen seien. Ferner wurde beschlossen, daß jedem Agitator vom Gauvorstand das nötige Material unentgeltlich zur Verfügung zu stellen ist, die erwachsenden Kosten sind auf die einzelnen Vereine proportional zu verteilen. Einem andern Beschlusse zufolge hat der Vorstand eine Broschüre ausarbeiten, in der die Wahlrechtsreform in Bayern ausführlich dargelegt wird. Die Broschüre soll zur Agitation für die kommenden Landtagswahlen dienen und unentgeltlich zur Verteilung gelangen. Dem Landesvorstand überwiesen wurde ein Antrag auf Herausgabe eines Wochenblattes für das platt Land. In allen Orten, wo ein Verein besteht, soll eine aus mindestens drei Genossen bestehende Preschkommission gewählt werden, die die Vertreterschaft für die Presse und die Agitation zur Verbreitung derselben zu besorgen hat.

Anträge, die darauf abzielen, von sämtlichen Einnahmen 50 Prozent an den Gau abzuführen, wovon 10 Prozent an die Parteikasse in Berlin zu senden seien, während der Gau sämtliche Agitationsausgaben zu übernehmen habe, wurde abgelehnt.

Ueber die Wahlrechtsfrage hielt Genosse Segig einen instruktiven Vortrag, in dem er der Meinung Ausdruck gab, daß die nächsten Wahlen noch unter dem alten Wahlgesez, aber mit einer neuen Wahlkreis-einteilung stattfinden werden. Die Zeit bis dahin müsse durch eine intensive Agitation ausgenützt werden, um bei der Wahl möglichst große Erfolge zu erzielen. Ob die politische Situation uns zwingt, mit andern und mit welchen Parteien Wahlbündnisse abzuschließen, werde sich erst ergeben, wenn die neue Einteilung vorliege; als Grundsatze werde wohl zu gelten haben: unter allen Umständen eine Zweidrittelmehrheit für die Wahlreform! Dabei müsse aber der Wahlkampf um so principieller geführt werden, damit in unsren Reihen keine Verwirrung entstehe.

Zum Internationalen Kongreß in Amsterdam referierte Genosse Dr. Braun, der dafür eintrat, daß Nordbayern einen eignen Delegierten entsende mit Rücksicht auf die wichtigen tatsächlichen Fragen, die dort verhandelt werden. Ein hürther Genosse trat ebenfalls dafür ein und bemerkte gegenüber einigen Ausführungen, wonach ein Delegierter aus ganz Bayern, der auf dem Landesparteitag zu wählen sei, genüge, dann werde jedenfalls Genosse Wolmar gewählt werden, der aber gerade in Fragen der Taktik einen andern Standpunkt einnehme, wie die große Mehrzahl der Genossen in Nordbayern. Auf Vorschlag des Genossen Segig wurde beschloffen, die Sache dem Landesparteitag zu überweisen, es soll dort darauf hingewirkt werden, daß beide Richtungen auf dem Kongreß vertreten sind.

Nach einem weiteren Beschlusse wird ein befohlener Gaubeamter vom Gantag gewählt, derselbe hat zu gleicher Zeit die Kassengeschäfte mit zu übernehmen. Als Gaubeamter wurde Genosse Raab, der seit zwei Jahren den Gau leitet, gewählt.

Von den Vertretern der Provinzortie wurde lebhaft gewünscht, daß die Leitung des Gaus von dem Nürnberger Parteisekretariat vollständig zu trennen sei, der Antrag wurde aber gegen eine starke Widerheit abgelehnt. Als Ort der nächsten Tagung wurde Bamberg bestimmt.

Bei der Gemeinderatswahl in Langenbielau erhielten Stimmen: Fabrikanten-Partei 176 bis 179, Hausbesitzer-Verein 77 bis 81 und die Genossen Rißn und Feldmann je 108 Stimmen, so daß unsere Genossen in die Stichtwahl gelangt sind. Ein erfreuliches Resultat für Langenbielau.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

„Objektive“ Mißwirtschaft.

Vor dem Schöffengericht in Essen hatte sich am Sonnabend der Reklamer der „Bergarbeiter-Zeitung“, Genosse Leim p e t e r s, wegen Verletzung des Betriebsführers Alhoff von der Lodge „Graf Deust“ zu verantworten.

Die „Bergarbeiter-Zeitung“ brachte in Nr. 47 vom 28. November v. J. eine Notiz über Mißstände auf genannter Lodge, die in grober Weise gegen die bergpolizeilichen Vorschriften verstößen. Behauptet wurde, daß während der Seilfahrt Kohlen und Leute zugleich gefördert würden, d. h. auf einer Etage des Korbes befanden sich Leute, während auf der andern Etage Kohlenwagen warteten. Dann sollte es vorgekommen sein, daß auf einer Etage 16—18 Mann gefördert wurden, obwohl die bergpolizeiliche Vorschrift nur 8—10 Mann gestattet. Weiter sei vorgekommen, daß die Leute, auf der oberen Etage über Tage angekommen, so lange hätten hängen müssen, daß sie es vorzogen, von der Etage durch das Fördergerüst auf die Hängebank zu klettern. Eine Handlungsweise, die streng verboten und äußerst gefährlich ist, denn bei der kleinsten Verwundung der Fördermaschine würden die Leute rettungslos in Stöße gerissen werden. Als letzter Mißstand war behauptet worden, daß das Waschwasser oft sehr ungenügend erwärmt sei, daß die Bergleute sich oftmals in kaltem Wasser hatten waschen müssen.

Die Beweisführung ergab, daß mehrfach Kohlen und Leute zugleich gefördert wurden, was bei „Andershalb“ machen fast regelmäßig vorkam. Das gab auch die als Belastungszug genadene Anschläge zu, beklundeten aber, daß der Betriebsführer davon nichts gewußt habe. Ebenso wird bemerkt, daß nicht nur 10—18 Mann auf einer Etage ausführen, sondern 20—22, und das sogar ohne Vorhängung der Schußhären. Der fast ungläubliche Anflug, daß Leute, während der Förderkorb im Schacht hing, ohne auf die Kaps geachtet zu sein, von der oberen Etage durch das Schachtgerüst nach der Hängebank geklettert sind, ist sogar sehr oft vorgekommen, wie selbst ein Ankläger zugiebt, nur habe der Betriebsführer davon — nichts gewußt, d. h. „amtlich“ hat ihm niemand das gemeldet.

Auch das das Wasser oft ungenügende Temperatur hatte, wurde festgestellt.

Das Gericht fällte folgendes Urteil: Der Angeklagte ist der öffentlichen Beleidigung schuldig, da es aus dem Artikel deutlich hervorgeht, daß ihm nicht um das Rügen der Mißstände zu thun, sondern nur darum, dem Privatkläger eins auszuwichen. Wäre es ihm um Abstellung der Mißstände zu thun gewesen, so hätte er, anstatt den Artikel aufzunehmen, dem Privatkläger oder dem königlichen Oberbergamt davon Mitteilung machen müssen, die dann schon für Abschaffung der gerügten Mißstände gesorgt hätten. Obektiv sei der Wahrheitsbeweis zwar erbracht, selbst wenn man auf die Aussagen einiger Zeugen, die unzweifelhaft übertrieben hätten, nicht allzuviel Wert lege; dahingegen sei aber nach seiner Richtung bewiesen, daß der Privatkläger von den Uebertretungen seiner Untergebenen gewußt habe. Darum wird der Angeklagte zu 150 M. Geldstrafe verurteilt.

Charakteristisch ist, daß drei Zeugen, sobald sie die Vorladung bekamen, um gegen die Musterzeuge zu zeugen, sofort bei Anzählung von 6 Schichten entlassen worden sind.

Der Handelsminister Müller sagte im preussischen Landtag, daß im Ruhrrevier die Gruben täglich kontrolliert würden. Wie sind aber solche Zustände bei einer täglichen Kontrolle möglich?

Auch eine Beleidigung.

Am 17. Dezember stand vor dem Kriegsgericht der 7. Division in Magdeburg ein Prozeß zur Verhandlung gegen zwei der Mißhandlung angeklagte Feldwebel und gegen zwei Soldaten, die als Zeugen unter Eid in Abrede gestellt hatten, mißhandelt worden zu sein. Auf Veranlassung des Gerichtsvorsitzenden, Kriegsgerichtsrat Koch, wurde die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Darauf veröffentlichte die Magdeburgerische „Vollstimme“ folgende von ihrem verantwortlichen Redakteur Nitsch, der als Berichterstatter in der Verhandlung war, geschriebene Notiz:

Wenn das Kriegsgericht der 7. Division unter Leitung des Kriegsgerichtsrat Koch der Meinung ist, daß der Skandal in der 11. Compagnie deshalb weniger an die Öffentlichkeit kommt, so dürfte es sich getäuscht haben. Die Presse hat die Pflicht, alles zu thun, was zur Beseitigung der Soldatenmißhandlungen beitragen kann. Dazu gehört in erster Linie die Bekanntgabe derjenigen, die sich Mißhandlungen der Söhne des Volkes schuldig machen. Ein Vertuschen ist heute nicht mehr möglich, das sollte doch auch Herr Kriegsgerichtsrat Koch wissen. Das Urteil werden wir, sobald es gefällt ist, natürlich bekanntgeben.

Dadurch fühlte sich Herr Kriegsgerichtsrat Koch beleidigt und stellte Strafantrag. Das Gericht verurteilte den Genossen Nitsch thätlich wegen Beleidigung zu 50 M. Geldstrafe. In der Begründung heißt es:

Die beanstandeten Sätze könnten an sich als ziemlich harmlos gelten, aber der ganze Artikel zeige, daß es dem Angeklagten darauf angekommen sei, dem Kriegsgerichtsrat Koch eins auszuwichen. Schon daß der Angeklagte immer den Namen dieses Herrn nenne, statt seine Bemerkungen gegen das Kriegsgericht zu richten, beweise das.

Die Zustände im Saarrevier

werden demnächst wieder in einem großen Beleidigungsprozeß erörtert werden. Auf Antrag des Vergras Hilger ist gegen den Herausgeber des kürzlich beschlaggenommenen Flugblattes, den gemäßigten Bergmann Krämer, das Strafverfahren wegen Beleidigung eröffnet worden. Auch gegen den Verleger Genossen Sasse will man Anklage erheben. Da dieser jedoch seine Immunität als Reichstags-Abgeordneter geltend macht, soll, wie das „Vollblatt“ für Vordum berichtet, die Anklage auf das gesamte Druckerpersonal ausgedehnt werden. Die öffentliche Erörterung der bestehenden Zustände ist für das Saarrevier sehr nützlich. Wie es dort zugeht, zeigt folgender öffentlicher Ausschlag auf den Gruben:

Bekanntmachung.

Wer socialdemokratische Tendenzen verfolgt, die Socialdemokratie durch Abonnement ihrer Zeitungen unterstützt und insbesondere die „Deutsche Bergarbeiter-Zeitung“ liest, wird, wenn er selbige bei dem bevorstehenden Quartalswechsel nicht abbestellt, auf dem Wege der Klündigung entlassen.

Rgl. Vergnügungsinspektion V, Sulzbach.

gez. Stöcker.

Verfassungen.

Erster Wahlkreis. Der socialdemokratische Wahlverein hielt am Montag in Dräfels Saal eine gut besuchte öffentliche Versammlung ab. Reichstags-Abgeordneter Buchwaldt-Altenburg sprach daselbst über „äußere und innere Kolonisation“. Redner legte eingehend klar, weshalb unsere Partei die deutsche Kolonialpolitik verwirft. In der Hand der Statistik und gestützt auf die Auswanderungsstatistik, sowie die Handels- und Verkehrsberichte des Kolonialamts wies er die völlige Unrentabilität unserer Kolonien nach. Diese erscheinen immer mehr als eine Last für das Reich, die dem Volke nur Kosten verursacht und außerdem erhebliche moralische Nachteile im Gefolge hat. Dagegen würde es von ungleich größerem Vorteil für Deutschland sein, wenn die zur

Erhaltung der auswärtigen Kolonien berechneten Summen zur Urbarmachung der großen Strecken heimischen Oed- und Unlandes verwendet würden, ganz abgesehen von all den andern Gebieten des socialen Lebens, auf denen Verbesserungen notwendig seien. Aus all diesen Gründen würde es das Beste sein, die ganze Kolonialfrage einfach aufzugeben, dadurch könnte Deutschland an Macht, Ansehen und Einfluß nur gewinnen. — Eine Diskussion schloß sich an den beifällig aufgenommenen Vortrag nicht an. Der Vorsitzende, Genosse Seiler, richtete zum Schluß noch einen warmen Appell an die Anwesenden, für die Stärkung des Wahlvereins und die noch größere Verbreitung des „Vorwärts“ zu wirken und ermahnte gleichzeitig, die Werbung von der beabsichtigten Auflösung des Reichstages genügend zu beherzigen, damit allen Eventualitäten ruhig entgegengesehen werden könne.

Sechster Wahlkreis. Am Dienstag hielt der Socialdemokratische Wahlverein in Schmidts Gesellschaftshaus eine gut besuchte Distriktsversammlung für die Dranienburger Vorstadt ab. Reichstags-Abgeordneter Buchwaldt-Altenburg sprach auch hier über „äußere und innere Kolonisation“. Dem Standpunkte der socialdemokratischen Partei entsprechend behandelte Redner in allen Einzelheiten das Wesen und die völlige Unrentabilität der deutschen Kolonialpolitik mit ihren widerlichen Begleitererscheinungen und ermahnte die Anwesenden, ständig für die Ausbreitung unserer Meinungen auch auf diesem Gebiete zu wirken, damit die Partei einst die Macht gewinne, dieser Art Weltpolitik ein Ende zu machen, indem sie die Regierung auf die Bahnen einer vernünftigen und notwendigen inneren Kolonisation drängt. In der Diskussion vertret ein Herr Diekmann, der sich als bürgerlicher Demokrat vorstellte, Ansichten über die Kolonialpolitik, wie sie etwa bei den Nationalsozialen zum Ausdruck kommen. Er beurteilte zwar die Art und Weise der offiziellen deutschen Kolonialpolitik, weil sie ihm nicht menschlich genug betrieben wird; im übrigen aber wünschte er die weitere Gründung und Ausdehnung von Kolonien sogar nach alldemselben Muster — in Südamerika. Genosse Freythal er antwortete dem Herrn in treffenden Ausführungen und schloß dann die Versammlung mit einem Appell an die Erschienenen, immerwährend für die Stärkung des Wahlvereins thätig zu sein.

Ueber Karl Marx' ökonomische Lehren sprach Genosse Bartels in einer Versammlung des Socialdemokratischen Wahlvereins für den sechsten Wahlkreis, die am Dienstag im Roabiter Kasino stattfand. Der Redner, der die großen leitenden Gedanken der gewaltigen Geistesarbeit von Marx, soweit es in einem kurzen Vortrage möglich war, darlegte, bezeichnete es als eine der wichtigsten Aufgaben in dieser Zeit, wo eine neue Socialistenhölle hereinzubrechen droht, dafür zu sorgen, daß die Massen vom Gedanken der Socialismus immer mehr durchdringt, und von einer Gefühlsüberzeugung zu einer Gedankenüberzeugung geführt werden. Der Vortrag, der in dem Maße anklang, daß, was auch kommen mag, der Socialismus unter allen Umständen mit Notwendigkeit siegen muß, fand lebhaften Beifall. — Zur Diskussion verlangte niemand das Wort. Der Vorsitzende gab bekannt, daß Genosse Bartels in der nächsten Versammlung im selben Lokale über das Erfurter Programm sprechen wird.

Holzarbeiter-Verband. Die am Mittwoch im Gewerkschaftshaus tagende Versammlung der Vertrauensleute befaßte sich eingehend mit der Frage der Einführung eines Lokalausschusses zu der am 1. April für den ganzen Verband in Kraft tretenden Arbeitslosen-Unterstützung. Aus Anlaß des Kampfes gegen den Zimmungsnahtweis hat die Berliner Holzstelle bereits seit längerer Zeit eine lokale Arbeitslosen-Unterstützung an arbeitslose Mitglieder aus eigenen Mitteln gezahlt, was sich infolge des damals um 25 Pf. erhöhten wöchentlichen Lokalauftrags denn auch mit Leichtigkeit ermöglichen ließ. So ist im Jahre 1903 die örtliche Unterstützung für 7502 Arbeitslosen-Wochen ausgezahlt worden. Da nun wegen des andauernden Kampfes gegen den Zimmungsnahtweis eine Herabsetzung des Lokalauftrags nicht zu erwarten ist, andererseits aber die Berliner Holzarbeiter einen Wochenbeitrag von 35 Pf. Verbands-plus 25 Pf. Lokalauftrag, zusammen 60 Pf. entrichten — so hat die Ortsverwaltung die Einführung eines Lokalausschusses zur Verbandsunterstützung befürwortet und unterbreitete der Versammlung folgenden Vorschlag:

Vom 1. April ab beträgt die aus der Hauptkasse des Verbandes zu zahlende Arbeitslosen-Unterstützung bei einwöchentlichem Karenzzeit nach einer Mitgliedschaft von:

	Der Lokalaufschlag soll betragen	Zusammen
1 Jahr = 6 W.	1 M.	7 M.
2 Jahren = 7 "	2 "	9 "
3 " = 8 "	3 "	11 "
4 " = 9 "	4 "	13 "
5 " = 10 "	5 "	15 "

Ferner sollen, solange der Kampf gegen den Zimmungsnahtweis dauert, die bisher gezahlten 5 M. pro Woche an arbeitslose Mitglieder, die 26 Wochen, aber noch nicht ein Jahr dem Verbande angehören, aus lokalen Mitteln weiter gezahlt werden. Des Weiteren ging der Vorschlag dahin, ausgerechneten Mitgliedern,

also solchen, die länger als 6 Wochen in einem Jahre arbeitslos sind, für weitere drei Wochen eine Lokalaufschlagung von 6 M. pro Woche zu zahlen. — Nach mehrstündiger lebhafter Debatte wurden vorstehende Vorschläge der Ortsverwaltung mit großer Majorität angenommen. — Man hat berichtet sodann, daß seit der letzten Vertrauensmänner-Versammlung 38 Werkstatt-Differenzen gemeldet waren. Die meisten davon sind ohne Arbeitsniederlegung zu Gunsten der Arbeiter erledigt worden; nur in einigen Werkstätten ist es zum Streit gekommen.

Centralverband der Maurer. In der am Freitag abgehaltenen Generalversammlung des Zweigvereins Berlin hielt Genosse Eduard Bernstein einen beifällig aufgenommenen Vortrag über „Das Reich der Gewerkschaften und seine Grenzen“. — Hierauf befaßte sich die Versammlung mit geschäftlichen Angelegenheiten. An Stelle Rabes, der von der Kandidatur zum zweiten Bevollmächtigten zurückgetreten ist, wurden Müller, Hofe und Redans auf die Mandatensliste gesetzt. Dann nahm die Versammlung die Berichterstattung der Delegierten von der Gaunonferenz entgegen, woran sich eine Diskussion schloß.

Verein der Zimmerer Berlins. In der am Sonntag abgehaltenen Mitgliederversammlung erhaltete Hoff Bericht von der fünften Konferenz der Freien Vereinigung der Zimmerer Deutschlands. Die Versammlung erklärte sich mit den Beschlüssen der Konferenz und der Haltung ihrer Delegierten einverstanden. Hierauf erfolgte die Wahl des Ausschusses. Gewählt wurden Hoff, Weisel und Mansi. Hinsichtlich der Reise wurde beschlossen, dieselbe auch in diesem Jahre in der bisherigen Weise zu begehen und am 1. Mai, nachmittags 1 Uhr, eine Versammlung abzuhalten. Zum Schluß erledigte die Versammlung einige interne Vereinsangelegenheiten.

Der Arbeiter-Sängerbund hielt am 13. März seine erste Ausschußsitzung im neuen Geschäftsjahr ab. Aufgenommen in den Bund wurde der Verein „Veritas“, Berlin. Als Bundesdirigent wurde Herr Richard Floebel wiedergewählt. Abdann erfolgte die Wahl der Revisoren und Kontrollen. Es wurde nun in die Diskussion über die Abhaltung des Sängertages 1904 eingetreten. Als geeigneter Ort wurde Friedrichshagen („Rüggelschloß“) vorgeschlagen und das Fest selbst auf Sonntag, den 7. August, festgesetzt. Die Abhaltung des Provinzial-Sängertages in ihren Räumen wünschten Ludenwalde und Spandau, in der Sitzung selbst meldete sich noch Jochenid. Ludenwalde zieht seinen Antrag zurück, da dort schon im Juli das Kreis-Turnfest stattfindet. Von den meisten Vertretern wurde die Ansicht vertreten, daß Spandau wohl nicht in Betracht käme. Eine Beschlusseffassung über den Ort des Provinzial-Sängertages wurde bis zur nächsten Ausschußsitzung hinausgeschoben, da vielleicht bis dahin noch andre Städte sich melden würden. Dem Verein „Freie Sänger“, Josen, war die Abhaltung eines Massenballes von der dortigen Polizeibehörde inhibiert worden, was nach Meinung der Mitglieder zu Unrecht geschehen sei. Der Verein wünschte dieserhalb vom Bund die Gewährung von Rechtschutz. Da aber ein Erfolg ausgeschlossen erscheint, wurde derselbe vom Ausschuss abgelehnt. Von dem aufgelösten Verein „Sangeslust“ klagen einige Mitglieder gegen den Verein „Rosenrot“ um Herausgabe des früher dem Verein „Sangeslust“ gehörenden Inventars. Dieses ist dem Verein „Rosenrot“ von einigen früheren Mitgliedern von „Sangeslust“, die ihm beigetreten sind, geschenkt worden. „Rosenrot“ beantragt Rechtschutz. Nach längerer Diskussion wird die Sache dem Vorstande überwiesen. Der Verein „Niederzweig“, Hermsdorf, hat ein Vergnügen in einem gesperrten Lokale abgehalten und wurde dieserhalb aus dem Bunde beantragt, doch wurde die Sache bis zur nächsten Ausschußsitzung zurückgestellt. Als letztes verliest der Vorsitzende ein Ansprechen der „Vierergemeinschaft“ an den Bund, worin auf den diesjährigen Delegiertentag hingewiesen wird, auf dem verschiedene einschneidende Fragen verhandelt würden. Auch diese Angelegenheit wurde bis zur nächsten Ausschußsitzung vertagt.

Der Socialdemokratische Agitationsverein für den Reichstags-Wahlkreis Bismarck-Schwiebus-Krossen-Sommersfeld nahm in seiner letzten Mitgliederversammlung einen Antrag auf Anschließung an den Central-Wahlverein einstimmig an. Unter Vereinsangelegenheiten gab der Vorsitzende bekannt, daß in nächster Zeit Versammlungen stattfinden, um die aus dem Kreise hier arbeitenden Bauhandwerker dem Verein zuzuführen. Genossen, welche gewillt sind, dem Verein beizutreten, können sich bei dem Kassierer, Genossen Eitner, Fruchtstr. 69, vorn 4 Tr. rechts, melden.

Arbeiter Bildungsschule Berlin. Die letzten beiden Unterrichts-abende in Rede-Übung finden Dienstag, den 22. und 29. März statt. Der Unterricht in Rede-Übung für Fortgeschrittene nimmt Sonntag, den 10. April, seinen Fortgang.

Kaufmännische Kranken- und Sterbekasse von 1885 (E. D. 71.) SO. 16, Reanderstr. 4, Dienstag, den 22. März cr., abends 9 Uhr, im Restaurant Prädich, Alte Kalobstr. 69: Sitzung.

Deutscher Zenerfelder-Bund, Mitgliedschaft Berlin. Heute abend 8 1/2 Uhr im Restaurant Niesel, Stralauerstr. 57: Mitgliederversammlung und Vorstandssitzung.

Landsm. Verein von Plauen i. N. und Umgegend zu Berlin tagt jeden Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, in den „Vorjünglingen“, Schwanenstraße 9a. Gäste willkommen.

Wichtig für jede Hausfrau!!!

Darstellung des Eiweißgehaltes, den man für eine Mark bei Fischen und Fleisch erhält. Nach den Untersuchungen über den Nährwert der Seefische von Prof. Dr. Lehmann, Göttingen.



Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“

Grösste Hochseefischerei Deutschlands mit 32 eignen Fischdampfern. Filiale: Bahnhof Börse, Bogen 8-10.

Filiale II: Prinzenstr. 30 (am Moritzplatz). | Niederlage: Madalstrasse 22 (im Schlesischen Bahnhof).

Prämiert auf der Internationalen Fischerei-Ausstellung in Wien 1902 mit der höchsten Auszeichnung: Staats-Ehrendiplom und Ehrenpreis für hervorragende Leistungen auf dem Gebiete der Hochseefischerei, des Fischhandels und des Fischtransportes.

Prämiert auf der 7. Berliner Kochkunst-Ausstellung 1904.

Umfangreiche Fischkochbücher erhalten Käufer gratis.

Cabliau

zum Kochen und Braten sehr zu empfehlen
ganze Fische ohne Kopf 20 Pf.
im Anschnitt 22 Pf.

Seelachs

pro Pfund 22 Pf.
im Anschnitt 28 Pf.

Fernsprecher: Amt III, 8904.

Die

Tuchfabrik-Niederlage

Koch & Seeland
Berlin C., Ross-Str. 2.

verkauft spottbillig
direkt an Private

Herren-Stoffe

für Anzüge, Paletots,
Kinderanzüge etc., Damen-
Kostüme.

Damen-Tuche, feinste Glanzware,
Billardtuche & Pulttuche.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Dienstag, den 22. März.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. 8. Sinfonie-Abend.
Schauspielhaus. Geschlossen.
Neues König. Opern-Theater.
Geschlossen.
Deutsches. Drama von Bergerac.
Berliner. Wasserfest.
Leipzig. Kapfenreich.
Weiten. Voccaccio.
Neues. Königrecht.
Reichens. Der feurige Casimir. Vorher: Die Empfehlung.
Central. Das Schwalbennest.
Belle. Alliance. Götterweiber.
Thalia. Resemanns Rheinfahrt.

Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Ballner-Theater.)
Uriei Acosta.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt.)
Die Wildente.
Reines. Des Pastors Rieke.
Luisen. Das Schloß am Meer.
Trianon. Das erste Gebot. — Der Dieb.
Carl Weisk. Zwei Frauen. Hierauf: Kapfenreich.
Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n großen Teich.
Casino. Walden - Gostspiel.
Gehr. Herrsch. Nur eine Nacht.
Winter-Garten. Die Götterweiber.
Constantine Bernardi. Spezialitäten.
Apollo. Frühlingst. Blütenhochzeit. Spezialitäten.
Metropol. Ein tolles Jahr.
Reichshallen. Steffiner Sänger.
Passage-Theater. Caicedo. Spezialitäten. Anfang 5 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Um 8 Uhr: Das Land Tirol.
Invaliden-Str. 57/62.
Sternwarte. Invaliden-Str. 57/62.
Um 8 Uhr: J. Hoelling: Die Bewegung der Himmelskörper.
Um 8 Uhr: J. Hoelling: Die Bewegung der Himmelskörper.

Neues Theater.
Schiffbauerdamm 4a-5.
Königsrecht.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Salome. Logik des Horzans.

Central-Theater.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Nur noch einige Aufführungen.
Das Schwalbennest.
Operette in 3 Akten von R. Ordonneau.
Musik von Henry Herbiat.
Donnerstag: Zum 75. Male:
Das Schwalbennest. Jede Dame erhält ein elegantes Souvenir!

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Benedict für Eva Böttstein.
Zum erstenmal:
Das Schloss am Meer.
Mittwoch: Egmont.
Donnerstag: Aton.
Freitag: Das Schloß am Meer.
Sonabend: Uriei Acosta.
Sonstagnachm.: Egmont.
Abends: Das Schloß am Meer.

Kleines Theater.
Unter den Linden 44.
Des Pastors Rieke.
Anfang 8 Uhr.
Metropol-Theater.
Zum 11. Male:
Ein tolles Jahr.
Gr. dramatisch-satirische Revue in 5 Bildern von Julius Freund.
Musik von Victor Hollaender.
In Szene gesetzt vom Direktor Richard Schultz.
1. Bild: Am Kleinkindersee.
2. Bild: Was giebt's Neues.
3. Bild: Das Ordensfest.
4. Bild: Der neue Zapfenstreich (Parodie).
5. Bild: Briefe, die ihm erreichten (Ballett).
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Apollo-Theater.
8 Uhr: **Frühlingst.**
mit dem **Blütenhochzeit.**
9 1/2-11 Uhr: Das grosse **Specialitäten-Programm.**
Mad Dersy. Les Brunis. Tom Hearn. Robert Steidl. X. Heinrich Blank. Boston Ball Tanz-Ensemble.
Sonntag, den 27. März.
nachm. 3 Uhr: **Frühlingst.** und **Specialitäten.**

Residenz-Theater.
Direktion S. Lautenburg.
Abends 7 1/2 Uhr:
Die Empfehlung.
Abends 8 Uhr:
Der kensche Casimir.

Stadt-Theater Moabit.
AH-Moabit 47/49.
Dienstag, den 22. März cr.:
Bernhard Rose-Theater-Ensemble.
Auf eigenen Füßen.
Große Besse mit Gesang in 6 Bildern von Wolf und Wilken.
Anfang 8 Uhr:
Donnerstag, den 24. März: Die **Veritieren und ihr Kind.**

Reichshallen.
Steffiner Sänger
Dienstag
zum vorletztenmal:
Die Berliner bei den Pereros.
Anfang 8 Uhr.
Börsentag 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.

Reichshallen.
Steffiner Sänger
Dienstag
zum vorletztenmal:
Die Berliner bei den Pereros.
Anfang 8 Uhr.
Börsentag 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.

Reichshallen.
Steffiner Sänger
Dienstag
zum vorletztenmal:
Die Berliner bei den Pereros.
Anfang 8 Uhr.
Börsentag 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O.
(Ballner-Theater).
Dienstag abends 8 Uhr:
Uriei Acosta.
Trauerspiel in 5 Aufzügen von Karl Gutzkow.
Mittwoch abends 8 Uhr:
College Crampton.
Donnerstag abends 8 Uhr:
College Crampton.
Freitag abends 8 Uhr:
Uriei Acosta.
Schiller-Theater N.
(Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).
Dienstag abends 8 Uhr:
Die Wildente.
Schauspiel in 5 Aufz. v. Dentil Olsen.
Mittwoch abends 8 Uhr:
Lumpacivagabundus.
Donnerstag abends 8 Uhr:
Lumpacivagabundus.
Freitag abends 8 Uhr:
Die Wildente.

Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73. Amt IV 4440.
Anf. 7 1/2 Uhr. Direction Jean Kren
Heute und folgende Tage:
Resemanns Rheinfahrt.
Schwank in 3 Akten.
Sonntag nachmittag 3 Uhr:
Charleys Tante.
Belle-Alliance-Theater.
Belle-Alliancestr. 7/8. Amt VI 283.
Anf. 7 1/2 Uhr. Direction Jean Kren
Heute und folgende Tage:
Götterweiber.
Aussat. - Besse mit Gesang und Tanz.
Sonntag nachm. 3 Uhr bei H. Breiten:
Deborah.

Der Cirkus bleibt nur noch kurze Zeit!
Cirkus Schumann.
Heute Dienstag, den 22. März 1904, abends 7 1/2 Uhr:
Geschw. Hodgins
Doppel-Draht-Attraktion von Geschwister Jungmann.
Ringkampf-Parodie des Clowns Cottrell.
Freres Skremka, die Wunderkünstler.
Cake Walk zu Pferde von Geschwister Meers.
Herrn Jul. Seeths 25 Kaiser-Löwen.
Babel. Größte Ausstattungs-Pantomime der Gegenwart.
Gebürder

Urania. Herrnfeld-Theater.
Taubenstr. 48/49.
Um 8 Uhr im Theater:
Das Land Tirol.
Sternwarte Invaliden-Str. 57/62.
Um 8 Uhr: J. Hoelling:
Die Bewegung der Himmelskörper.

CASTANS PANOPTICUM
Friedrichstr. 165.
Afrika in Berlin!!!
Tunesen-Truppe.
Grosse Völkerchan.
Die schönen Harems-Damen in Tunis.

Passage-Theater.
Anfang Sonnt. 3. Wochentags 5 Uhr.
Anfang 6. Abendvorstellung 8 Uhr.
Sensationelles Engagement:
Caicedo
der berühmte Drahtseilkönig.
Das Publikum schreit vor Lachen bei dem Redestreit der beiden feindlichen Improvisatoren.
Holländer u. Steinitz.
14 neue erstklassige Nummern.

HEUTE: 210.
AUFFÜHRUNG.
Anfang 8 Uhr.
Ende 10 Uhr 30.
Deutsch-Amerikanisches THEATER
Königsplatzstr. 67.
Jeden Abend:
Gastsp. Ad. Philipp Ueborn
GROSSEN TEICH.

Casino-Theater.
Lothringersstr. 37. Anf. 8. Sonnt. 7 1/2.
Der Raub der Sabinerinnen.
Stelle: Max Walden a. G.
Kaiser. russ. Hofschau. It. Mitglied des Schiller-Theaters.
Vorher: Das brill. März-Programm.
Die beste Dress-Nummer: Der Weltfriede. Sonstagnachm. 4 Uhr: Hotel Klingebusch.

Trianon-Theater.
Georgenstraße, zwischen Friedrich- und Universitätsstraße.
Das erste Gebot.
Hierauf: **Der Dieb.**
Anfang 8 Uhr.
Sonstagnachmittag: „Biscotto.“

Stadt-Theater Moabit.
AH-Moabit 47/49.
Dienstag, den 22. März cr.:
Bernhard Rose-Theater-Ensemble.
Auf eigenen Füßen.
Große Besse mit Gesang in 6 Bildern von Wolf und Wilken.
Anfang 8 Uhr:
Donnerstag, den 24. März: Die **Veritieren und ihr Kind.**

WINTERGARTEN
Keine erhöhten Preise!
Yvette Guilbert
Paulon u. Doley Komische Radfahrer
Karnavals-Geister-Tanz-Divertissement.
Imro Fox Zauberkünstler.
Leo Billward Komischer Jongleur.

Madeleine Nocé Sängerin.
Prosper-Truppe Akrobaten.
Costantino Bernardi
Verwandlungsschauspieler.
Elastisch-equilib. Akt.
The Soldoms Plaas. Darstellungen.
Biograph.

Maifest-Abzeichen.
Abzeichen für Gesangsvereine u. Turnvereine mit Text: „Frei-Heil.“
Katalog kostenlos und franco.
Albin Langer, Chemnitz,
Brühl 22. 45992*

Cirkus Busch.
Große internationale
Ringkampf-Konkurrenz
um die Weltmeisterschaft. — Die 24 besten Ringer der Welt.
Es treten in Konkurrenz:
Franz Sauerer (München) gegen **Roebnack** (Berlin).
Bech Olsen (Dänemark) gegen **Paul le Neulier** (Frankreich).
Palissotti (Italien) gegen **Peyrouse**, den Löwen von Valencia.
Roepel (Berlin) gegen **Dirk van den Berg** (Holland).
Der Ringkampf beginnt um 9 Uhr.
Der Bar als Kunststreiter.
Das letzte Wort!!! Miss **Jacksons Schleife** und **Todessprung** in einem Tempo.
Mademoiselle de **Holstein**, Schulfreierin.
Bemerkenswert:
Zum 90. Mal: **Aus den Alpen.** Der **Automobilsturz.**

W. Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Ein modernes Scheubrotel.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Donnerstag und Freitag: Auf vielseitiges Verlangen: **Eva.**

Königstadt-Kasino
Holzmarktstr. 72. Ecke Alexanderstraße.
Täglich:
Franz Sobanski.
Die März-Specialitäten.
Zum Schluß:
Kufide auf Sommerwohnung.
Besse mit Gesang.
Nach der Vorstellung: Mittwoch, Sonnabends u. Sonntags: **Tanz.**

Sansouci.
Kottbuser Thor — Stat. der Hochbahn.
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger
Nach der Soiree: **Tanz.**
Dienstag, den 22. März:
Theater-Abend.
Das neueste Haupt-Schauspiel in 4 Aufzügen von **Robert Benedix.**

Andreas-Garten
Andreas-Str. 26.
Kleine und große Säle zu Veranlassungen, Hochzeiten und Festlichkeiten noch einige Sonnabende zu vergeben. Fremdenlogis. Regelmäßig.
Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt. 42772*
Franz Merkowski.
Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich **Meyerbeerstr. 9** eine **Schankwirtschaft** übernommen habe. Achtungsvoll
28236 **Paul Sprenger.**

Bruch - Pollmann
empfehlen sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradhalter, Spritzen, Suspensoren, sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege.
Eigene Werkstatt.
Lieserantf. Preis-u. Hilfs-Frankenloschen
Berlin C.,
30. Finien-Str. 30.
NB. Alle Bruchbänder mit elastischen Belagten, angenehm und weich am Körper. 38252*

Marienburger Geld-Lotterie
Ziehung schon
14., 15. u. 16. April.
8840 Goldgewinn bar ohne jeden Abzug zahlbar, im Beirage von Mark
355 000
Hauptgewinn:
60 000 M.
Lose à 3 M. (Porto u. Liste 30 Pf.)
Oscar Bräuer & Co.-Nachf.
G. m. b. H. Bank-Geschäft
Berlin W., Friedrichstr. 151.
Filialen:
NW. Wilsnackerstr. 63.
O. Andreasstr. 45 a.
SO. Oranienstr. 177.

Wedding - Park
Müllerstr. 178. Carl Maschke.
Sonntag 1. Mai frei.
Empfehle meinen Saal u. Garten zu Sommerfesten und Ballen.
Sonabend: Mat. Juni frei.

Hühner
1903er, feht fleißig legend, Brutputen, Brutierer verkauft reell und billig!
F. Wegner, Berlin, Rortannenstr. 34.

Wirtshaus „Schloß Woltersdorf“.
Neu erbaut, vis-a-vis der Schleiße, herrlich am Havelsee gelegen. Von Bahnstation Ortner in 15 Minuten auf wunderbarer Waldpromenade zu erreichen; mit Dampferboot, Terrassen, waldem Park, großem Tanzsaal, geräumigen Hallen, Familien-Kaffeeläden, eignen Spielplätzen im Walde, Ruderbooten etc. — Etwa 2000 Personen fassend. Den geachteten Gewerkschaften, Vereinen, Familien usw. zu höchsten ansehnlichen empfohlen.
Achtungsvoll **Friedrich Saewert, Fernsprecher Amt Erkner No. 49.**

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Afer 5.
Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabake.
Specialität: Nordhäuser Kautabak
stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 3958L*
Amt 4, 3014.

Arbeiter-Gesangverein Linde I.
(Mitglied d. Verb.-S.-B.)
Hierdurch zur Nachricht, daß unser langjähriger Gesangsbruder
Leopold Gosslau
nach langen schweren Leiden am 19. März verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am 22. März, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause Lyngenerstr. 7 aus statt. 2845b
Treffpunkt der Sänger Lyngenerstr. 8.

Verband der Kupferschmiede Deutschlands.
Filiale Berlin.
Am Sonnabend, den 19. März, verstarb unser Kollege
Heinrich Kosemund.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Dienstag, den 22. d. Mts., nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gethemane-Kirchhofs in Nieber-Schönhausen-Rixdorf aus statt. 100/2
Um recht zahlreiche Beteiligung bitten
Der Vorstand.

Dankfagung.
Für die herzlichen Beweise unger Teilnahme bei der Beerdigung unseers verstorbenen Bruders
Heinrich Breiding
unsern innigsten Dank. 46052
Die trauernden Hinterbliebenen.

Dankfagung.
Für die herzliche Teilnahme und zahlreichen Kranzpenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des **Fischer's**
Wilhelm Fischer
sagen wir allen Bekannten und Verwandten sowie der Firma Th. Wellenbaum und allen Kollegen derselben Firma unsern innigsten Dank.
Minna Fischer nebst Kindern.

Dankfagung.
Für die rege Beteiligung bei der Beerdigung meines lieben Mannes und unseers lieben Vaters sagen wir allen Freunden und Genossen, insbesondere dem Wahlverein für Osten, Centralverband der Bürger und Gesangverein der Bürger sowie dem Kaufklub „Kampff“ für die zahlreichen Kranzpenden unsern herzlichsten Dank.
Hwe. Krause und Söhne.

Ausritt des russischen Reformators
in
J. Narodnij Berlin
findet **Mittwoch, den 23. März, in den Johannis-Sälen, Johannisstraße 30, statt.** 28145
Verhandlung einer realen und natürlichen Zukunftsreligion der Menschheit. (Deutsch.)
Anfang 8 Uhr abends.

Kranz- und Blumenbinderei
von **Robert Meyer,**
nur **Mariannen-Str. 2.**
Vereins-Kränze, Balmen u. Blumenarrangements, Bouquets, Guirlanden usw. werden fein u. preiswert geliefert.
Kranz- und Blumenbinderei
von **H. Rodewald,**
Alexandrinenstr. 1a.
Kränze mit Widmungsschleifen, Kranz zu Festlichkeiten, Bouquets, Lophgewächse jeder Art etc. preiswert.
Apotheke z. goldenen Adler
Alexandrinestr. 41.
Hämorrhoidalikör
a Flasche 1 Mark, 7 Flaschen 6 Mark.

Herren-Moden
eleg. Ausführung, geringe Teilzahlung.
J. Kurzberg, Neue Königstr. 47.
direkt am Alexanderplatz.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41,
Specialarzt für **76/16***
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12 2-4.
Für Laubenbauer
Breiter, Latten, Stiele, Dachpappe, Spalierleisten billig. 44212*
Charlottenburg, Bismarckstr. 89.
Empfehle den Genossen meine
Kranz- und Blumenbinderei
speziell **Vereinskränze**
2162b*
E. Ebel, Adlerstr. 33.

Kranz- u. Blumenbinderei
von **H. Eckert,**
98, Kottbuser Damm 98. 19632

Blumen- und Kranzbinderei
Richard Engelke,
Reichenberger-Str. 164,
Ecke Mariannenstr.
Specialität: **Vereinskränze**

Leihhaus
verkauft täglich zu enorm billigen, festen Preisen
Herrn-Anzüge
8,50-30 M.
— feine Qualität —
Paletots 7,50-25 M. prima
Hosen 2-9 M. prima
Kellner-Anzüge 11 M.
Leihhaus Friedrichstr. 131d
1. Etage, Ecke Karlstrasse, Eingang nur Friedrichstr.
NB. Beileihung und Ankauf jeder Wertsache.

Grosse Freiburger Dombau-Lotterie.
Ziehung: 23.-26. März.
Gewinn: 100 000, 40 000, 20 000, 10 000 M. usw.
Lose: 3,30 Lose 30 Pf.
J. Rador, Haupt-Kollektor, Mainz.

Wurst! Speck!
Speck, mag. Wd. 65 Pf., bei 5 Wd. 60 Pf.
jeller 65 „ 60
Pantoffeln in ganz u. halb 95
Delikatesschinken o. Knochen 105
Frankfurter Weinsturst 90
Thüringer Rohwurst 50
hollische Zwiebelwurst 50
f. Leberwurst 90
Pommersche Fleischwurst 90
Polnische und Metzgerwurst 65
Gut Pommersche Schmalwurst und Salami 95
Paul Klähn, Chaussee-Str. 27.

Secreta
Bewegliche künstl. Menschen-Augen fertigt direkt nach der Natur in Gegenwart der Patienten
W. Müller, Albrechtstr. 16.
Einziger Augenärzter Berlins.
Anatomisch richtige Formen für jede Augenbildung, ohne jede Beschwerden, unter Garantie.
Künstliche Augen vom Lager zu Copier-Preisen. 41462*

Gelegenheitskäufe
in **Damen-Konfektion!**
Kostime von 12 M. 50 Pf. an
Paletots von 7 M. 50 Pf. an
Röcke von 3 M. 50 Pf. an
Reisemuster spotbillig
Damenmäntel-Fabrik
Taubenstr. 20, 1. Etage.

Herrn-Garderobe
Detail-Verkauf zu Engros-Preisen in der Betriebswerkstätte Kaiserstr. 28, 1. Treppe (kein Laden), Anzug von 12 M. an. 45132*

A. JANDORF & Co

Spittelmarkt 16/17
Ecke Leipzigerstrasse.

Belle Alliance-Strasse 1/2
Am Blücherplatz.

Grosse Frankfurter Strasse 113
Ecke Andreasstrasse.

Von Dienstag den 22. März bis Donnerstag den 24. März soweit der Vorrat reicht.

Kostüme

Blusen-Façon
mit farbigem Krage n,
garniert, gestr. Stoffe **10⁷⁵**
M.

Blusen-Façon
mit Achselgarnitur und
farbigem Krage **14⁵⁰**
M.

Eaton-Façon
mit farbiger Weste und
Blenden-Garnitur, Rock
7 teilig und fussfrei **16⁷⁵**
M.

Jacket schwarz
gefüttert Sacco-Façon mit
Revers u. Achselgarnierung **8⁷⁵**
M.

Kostümrock
fussfrei, neueste marengo
und graue Stoffe **4⁹⁵**
M.

Kostümrock fussfrei **6⁴⁵**
M.
marine Cheviot

Kostümrock fussfrei **9⁸⁵**
M.
schwarz-weiss kariert

Kostümrock schwarz-
weiss kariert **9⁸⁵**
M.
auf Futter, mit gezogenem
Volant und Stoffblende

Jacket schwarz
Blusen-Façon in elegant.
Ausführung **14⁵⁰**
M.

Bluse moderne **1¹⁵**
M.
Bulgaren-Muster

Bluse neueste Wasch-
stoffe, aparte Dessins **2⁴⁵**
M.

Bluse imit. Waschseide **2⁷⁵**
M.
in schönen Streifen

Ein Posten
Sack-Paletots

graue, und mode-
farbige Stoffe, gute
Verarbeitung **9⁷⁵, 12⁵⁰**
M.

Jupon in mode, rot, **1⁶⁵**
M.
bleu und marine

Jupon grau
Waschstoff **2⁴⁵**
M.
mit gebranntem Volant und
Spitzen-Ein- und Ansatz

Jupon
Satin - Augusta, schwarz-
weiss-gestreift m.gebrannt.
reich garniertem Volant **2⁷⁵**
M.

Jupon Alpacca
in schönen neuen Farben,
Volant gebr. m.Spitz. garn. **3²⁵**
M.

Jupon Moiré
in schönen neuen Farben,
Volant gebrannt m. Borte **3⁶⁵**
M.

Ein Posten
Frühjahrsblusen **1⁷⁵ 3⁷⁵**
M. M.
zum Aussuchen

Ein Posten
Alpacca-Jupons **7⁵⁰**
M.
in vielen neuen Farben, Volant aufgesetzt, mit Spitzeneinsätzen, Säumchen
und Seidenband garniert

Einsegnungs-Anzüge von 12-27 Mk.
Anzüge nach Mass von 25 Mk. an.

M. Schulmeister, Dresdenerstr. 4
am Kottbuser Thor.
Schneidermeister.

44682*

Hâkim-Cigaretten

sind nach dem
einstimmigen Urteil aller Sachverständigen
die **feinsten 2 Pf.-Cigaretten!**
Höchste Leistung!

Jede Uhr
zu reinigen kostet
bei mir unter Garantie nur **1,50 Mk.**, außer Bruch. Kleine Repara-
turen billiger. **Traurige** in jedem Gold und Double zu billigsten
Preisen in jeder Verstellung und Nummern stets am Lager. **Großes
Ketten-Lager** zu allen Preisen. 38992*

Emil Rothert, Uhrmacher und Goldarbeiter,
Andreas-Strasse 62. - Frankfurter Allee 114.

Stettin. Filialen in Berlin.
Mass-Anzüge **Mass-Paletots**
24 und 30 Mark.
Unter Garantie des tadellosten Sitzes bei peinlichst
gewissenhafter **Anprobe** liefere ich von prima
Partie-Stoffresten mit guten Zuthaten Anzüge nach
Mass zu obigen Preisen.
Indem gewisse Angestellte sich speziell auf mein
gutes Renommee stützen, mache ich darauf aufmerksam
im Interesse des werten Publikums, sich direkt zu
wenden an 43741.*

Sonnenschein Herren-Moden
nach Mass
Chausseestr. 54 I - Lindenstr. 95 I.

Ungewitters Kautabak
W als bester seit 40 Jahren in Berlin bekannt und gern gekauft.
Verlangt **Ungewitters Kautabak**.
Zu haben in Cigarren-Specialgeschäften. 44702*
Für Wiederverkäufer
zu haben bei: **Fritz Hämmerer**, Berlin, Frankfurter Allee 33.

Aelteste Steppdeckenfabrik
Special.
von Ph. Bernfeld, seit nur Andradstr. 22 I.
Gr. Auswahl eleganter Handarbeit-Decken zu spottbilligen Preisen.
Alle Decken werden ausgearbeitet. 43602*

Engelhardt
Caramel-
Malz-Bier
pasteurisiert, ganz alkoholfrei



Vielfach ärztlich empfohlen. Seit vielen Jahren bevorzugt.

Überall käuflich! Preis **10** ca. 1/10 Liter-Flasche Pfenning

Brauerei
Ernst Engelhardt Nachf.
BERLIN N.
Abt. I Chausseestrasse 33
Abt. II Bergstrasse 22

Nur 1,50 Mk. kostet jede Uhr

bei mir zu reparieren u. reinigen unter Garantie des Gut-
gehens (ohne Bruch), kleine Reparaturen billiger. **Grosse**
Auswahl in Uhren u. Goldwaren zu billigsten Preisen. **Goldene**
Damen-Remontoir, 10 Steine, v. 18.-, **Goldene Herren-Doppel-**
kapsel-Remontoir v. 50.-, **Silberne Remontoir v. 9.-, Regu-**
lators, **Frischwinger, Wecker- u. Wanduhren. Goldene Herren-**
u. **Damen-Ketten, Ringe, Schmucksachen** in moderaten Preisen
für jeden Geschmack. Für jede bei mir gekaufte Uhr
leiste **3 Jahre Garantie.** 38971.*

Karl Lux, Uhrmacher, **Chausseestr. 34.**

5 3/4 Pfund Brot
Bakware **50 Pf.**
6 Stück 10 Pf.
Albrechts Bäckereien:
Wangelstraße 9, Krantstraße 19,
Falkensteinstr. 28, Gauslerstr. 2,
Karlshalle Güterstr., Stand 222/23,
Narkthalle Andradstr., Stand 16/18.

DAS BESTE
"APENTA"
BEI ER BITTERWASSER

Vorwärts-Buchhandlung
SW., Lindenstr. 69, Laden.
Reden und Schriften
von
Ferdinand Lassalle.

Lassalle, F., **Reden und Schriften.**
Neue Verlagsausgabe. Heraus-
gegeben im Auftrage des Vorstandes
der Socialdemokratischen Partei
Deutschlands von Ed. Bernstein.
Vollständig in 3 Bänden, zusammen:
brochirt 10 Mk., in Leinen gebd. 14,50 Mk.
Einzelausgaben:
**Ueber Verfassungswesen. - Was
nun? - Macht und Recht.** - 35 Mk.
Die Wissenschaft und die Arbeiter.
Eine Verteidigungsrede. - 30 Mk.
Meine Ätzen-Rede. gehalten
vor den Geschworenen zu Düsseldorf
am 3. Mai 1849 gegen
die Anklage, die Bürger zur
Bewahrung gegen die könig-
liche Gewalt aufgereizt zu
haben. - 40 Mk.
Arbeiterprogramm. - 15 Mk.
**Die indirekte Steuer und die
Lage der arbeitenden Klassen.** - 60 Mk.
Der Lassalle'sche Kriminalprozeß.
II. und III. - 50 Mk.
**Offenes Antwortschreiben an das
Centralkomitee zur Berufung
eines Allgemeinen Deutschen
Arbeitertages zu Leipzig.**
Neue Auflage. - 30 Mk.
**Die Feste, die Presse und der
Frankfurter Abgeordnetentag.**
Drei Symptomte des öffentlichen
Geistes. - 25 Mk.
Au die Arbeiter Berlins. Eine
Ansprache. - 20 Mk.
**Der Reichsrath, Prozeß wider
Reich. Lassalle.** - 40 Mk.
Kleine Aufsätze: - 15 Mk.
**Die Migration des Allgemeinen
Deutschen Arbeitertages und
das Verprechen des Königs von
Preußen.** - 25 Mk.
**Herr Ballin's Schulse v. Teltow
oder Kapital und Arbeit.**
1.- Mk.
**Herr Julian Schmidt, der
Literaturhistoriker.** - 75 Mk.
**Vorrede zum Ethem der er-
worbenen Rechte.** - 20 Mk.
Franz von Sickingen. 2.- Mk.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Dienstagabend 8 1/2 Uhr finden zwei Wahlvereins-Versammlungen statt, und zwar erstens bei Büchse, Dammwegstr. 13. Genosse Stücken spricht hier über „Die Socialdemokratie im Kampfe gegen die herrschenden Gewalten.“ Die zweite Versammlung ist im Hofjäger-Palast, Halenheide 52/53. Genosse Förster spricht über „Die Entwicklung der Zoll- und Handelspolitik.“ Gäste sind willkommen. Zahlreichen Besuch erwünscht.

Der Vorstand. Schöneberg. Heute, Dienstagabend, findet im Döbbschen Saale, Weiningerstr. 8, eine Versammlung des Wahlvereins statt. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Genossen Dr. Maurer-Brecher: „Die Militärdebatten im Reichstage.“ Gäste — auch Frauen — haben Zutritt.

Wilmersdorf. Reichstags-Abgeordneter Sadekum spricht in der morgen, Mittwochabend, im Wilkes Volksgarten, Berlinerstr. 40 stattfindenden Volksversammlung über die socialpolitischen Aufgaben der Gemeinde. Diese Versammlung ist die letzte vor den am Donnerstag beginnenden Wahlen zur Gemeindevertretung. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Verfigwalde und Dalldorf. Dienstag, von 10 bis 3 Uhr, finden im Lokale von Krause, Dalldorf, Hauptstraße, die Wahlen zur Gemeindevertretung statt. Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, sein Wahlrecht auszuüben und dadurch unsern Kandidaten, dem Cigarrenfabrikanten Ariedel, zum Siege zu verhelfen.

Waidmannslust und Lütbars. Mittwoch, mittags von 1 bis 3 Uhr, findet die Gemeindevwahl der dritten Abteilung im Lokale von Müller in Lütbars statt. Unser Kandidat ist der Arbeiter Fritz Wiemel in Waidmannslust. Trotz der ungünstigen Zeit darf keiner der Wahl fern bleiben.

Röpenitz. In der heutigen Versammlung des Wahlvereins bei Seidel in der Grünauerstraße hält Genosse Kogke über „Die Ideen des März“ einen Vortrag.

Lokales.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Die Beratung des städtischen Etats für 1904 schreitet im langsamsten Tempo fort. Die gestrige Sitzung war ganz den Etats des Armenwesens gewidmet.

Fast bei sämtlichen Einzelstats, die gestern erledigt wurden, führten die von den Vertretern der Socialdemokratie beigebrachten Vorschläge und Anträge zu längeren Erörterungen. Die scharfe Kritik, die da an den betreffenden Verwaltungszweigen geübt wurde, war dem Magistrat und seinen Freunden in der Versammlung nicht angenehm. Die Freisinnigen hätten am liebsten den gesamten Armenetat debattelos bewilligt.

Ueber die gewaltige Steigerung des Etats der Armen-direktion ist im Ausschuss von freisinniger Seite bitter geklagt worden, und man hat gesagt, das dürfe so nicht weiter gehen. Gestern sagte unser Genosse H i n y e auseinander, daß die Höhe der einzelnen Unterstellungen keineswegs besonders stark zugenommen hat. Es fällt keinem Armenvorsteher ein, mit vollen Händen zu geben. Daß die Unterstützungsbedürftigen sich auch in anderer Hinsicht keines übergroßen Entgegenkommens zu erfreuen haben, zeigte H i n y e an einer Reihe von recht bösen Vorlesungen aus der Praxis der Armenvorsteher. Die Mehrheit lärmte, weil sie diese Dinge nicht hören wollte, und auch der Vorsteher suchte unsern Genossen in seiner Redefreiheit zu beschränken, aber H i n y e schenkte ihnen nichts. Nachdem dann Stadts. K a t h a n („soc.-fortsch.“) zur Sprache gebracht hatte, daß die Frauen immer noch sehr spärlich zur Mitarbeit in der Armenpflege herangezogen werden, rügte Genosse T o l l s d o r f die geringe Höhe des Pflegegeldes, das den Witwen für ihre Kinder von der Armen-direktion gezahlt wird. Stadtrat K a n s t e r b e r g suchte die Ausführungen der socialdemokratischen Redner zu widerlegen. Er sprach dabei in einem ruhigen Tone, der vortheilhaft abstand von dem provozierenden Auftreten anderer Mitglieder des Magistrats.

Zum Etat der Sickenanstalten war von unserer Fraktion beantragt worden, Baracken aufzustellen, um dem Platzmangel abzuwehren. Genosse S c h u l z begründete diesen schon vom Ausschuss abgelehnten Antrag. Was Schulz über die Mißstände sagte, zu denen der in den Sickenhäusern herrschende Platzmangel geführt hat, suchte Stadtrat R i e l e n z mit dem Trost abzuwehren, daß es später einmal besser werden solle. Gegen den von unserm Redner geäußerten Wunsch, Sicken in Außenpflege zu geben, hatte der Herr Stadtrat nichts einzuwenden. Der Antrag, Baracken aufzustellen, wurde abgelehnt.

Zu den Etats der Waisenspflege und der Fürsorge-Erziehung hatten unsere Genossen beantragt die Kostpflege durch Erweiterung und Vermehrung der Waisenhäuser überflüssig zu machen und die Fürsorgekinder nur eignen Anstalten der Stadt zu überweisen. Genosse T o l l s d o r f schilderte die oft recht bedenklichen Zustände der Kostpflege, aber Stadtrat S t r a h m a n n erklärte die Erziehung in fremden Familien für „unvergleichlich besser“ als die Erziehung in Anstalten. Als T o l l s d o r f weitere Beispiele vorbrachte und Genosse S c h u l z die größere Willigkeit der Kostpflege als das wahre Motiv ihrer Bevorzugung bezeichnete, erwiderte Herr Strahmann naiv, die Kostpfleger würden ja durch die Waisenväter ständig beaufsichtigt. Von dem Erfolg dieser waisenväterlichen Aufsicht sind früher im „Vorwärts“ ein paar drastische Proben mitgeteilt worden. Der Antrag, die Fürsorgekinder nur städtischen Anstalten zu überweisen, wurde gleichfalls von T o l l s d o r f begründet. Auch hier hatte Herr Strahmann die Erwiderung, das sei nicht nötig. Beide Anträge wurden — gegen die Stimmen der Socialdemokraten — abgelehnt.

Beim Arbeitshaus-Etat kam es zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen unserm Genossen H o f f m a n n und dem Stadtrat F i s c h e r. Hoffmann brachte eine Reihe von Mißständen aus dem Arbeitshaus und den damit verbundenen Hospitälern zur Sprache. Herr Fischel antwortete kühl ablehnend und tadelte dann, daß Hoffmann seine Beschwerden öffentlich vortrage, statt sie zunächst der Deputation vorzulegen. Hoffmann erwiderte, er bringe seine Beschwerden vor, wo es ihm passe. Eine nicht minder kräftige Abfertigung erhielt Herr Fischel dann noch von unserm Genossen V o r g a n n. Der zum Arbeitshaus-Etat gestellte Antrag wurde, wie zu erwarten war, abgelehnt.

Ueber die Zustände im Döbbsch wird sich die Versammlung erst am Mittwoch unterhalten. Die Sitzung mußte wegen Verspätung unfähigkeit vertagt werden.

Die Ehrenrettung des Propheten Jesaja. Nach dem unergründlichen Aufschub eines Polizeikommissars ist dem „Vorwärts“-Kranz auf dem Friedhofe der Märzgefallenen bekanntlich die Kranzschleife entzissen worden. Sie trug die Worte Jesajas: Es werden gebüßt zu die kommen, Die dich unterdrückt haben.

Da bisher das alte Testament und seine Propheten im polizeitechnischen Sinne nicht als „die öffentliche Ruhe und Ordnung gefährdend“ betrachtet worden sind, hielten wir es für unsere Pflicht, die Prophetenworte vom Polizeibann zu befreien und haben uns beschwerdeführend an das Polizeipräsidium gewandt. Um jeder Mißdeutung vorzubeugen, haben wir zum Beweise des Autorrechtes Jesajas vierzig Beschwerte eine Originalbibel hinzugefügt. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß unsern Kampfe um die Bibel der Erfolg nicht ausbleiben wird.

Auch ein Beitrag zur socialpolitischen Rückständigkeit Berlins. Durch Urteil des Mannesgerichts ist festgestellt worden, daß die Frauen, welche von Schültern zum Reinigen von Schulräumen angenommen und beschäftigt werden, nicht als in deren Diensten, sondern im Dienste der Stadt stehend zu betrachten sind und daß demgemäß letztere, d. h. der Magistrat, die Beiträge für die Krankenkassen etc. zu tragen hat. An rückständigen Beiträgen hat der Magistrat nicht weniger als 10 863 M. für die Reimachfrauen an die Betriebs-Krankenkasse der Stadt Berlin zu zahlen, was dieser Klasse sehr zu statten kommt.

Zu einem merkwürdigen Kotau sollen die Arbeiterausschüsse der Staatswerkstätten in Spandau veranlaßt werden. Am Grabe der Märzgefallenen war von einem Spandauer Parteigenossen ein Kranz niedergelegt worden, der die Aufschrift trug: Gewidmet von Arbeitern der Staatswerkstätten in Spandau. Den Namen des Ueberbringers hatte die Polizei notiert, damit er gehörigen Ortes denunziert werde. Die Direktion der Spandauer Staatswerkstätten haben nun dem „Berliner Tageblatt“ zufolge besondere Ermittlungen darüber angestellt, wer die Arbeiter sind, die den Kranz gestiftet haben, und das Resultat war selbstverständlich, daß kein Arbeiter die Dummheit beging, sich durch Nennung seines Namens brotlos machen zu lassen. Dieser ärgerliche Mißerfolg soll nun gegen den Mann ausgenutzt werden, der die Ehrung am Grabe vollzogen hat. Dem erwähnten Mann zufolge haben nächstens die Arbeiterausschüsse der Staatswerkstätten zusammenzutreten, um über eine Beleidigungsklage gegen den Mann zu beraten, der den Kranz niedergelegt hat. Ob die Arbeiterausschüsse der Not gehorchend sich zu diesem Kotau hergeben werden und ob überhaupt an der ganzen Erzählung etwas Wahres ist, wissen wir in diesem Augenblick nicht. Wenn aber die Klage wirklich angestrengt würde, so müßte die Leitung der Staatswerkstätten von der allen Thatsachen ins Gesicht schlagenden Fiktion ausgehen, daß in diesen Werkstätten überhaupt keine Arbeiter vorhanden sind, die Ehrfurcht gegen vor den Gelbden von 1848 haben, um in ähnlicher Weise ihr Andenken durch einen Kranz mit roter Schleife zu ehren. Eine solche Annahme wäre ebenso unflüchtig wie die, daß das durch und durch socialdemokratische Spandau, wo die „Königstreuen“ Arbeiter an den Fingern herzugreifen sind, keine socialdemokratischen Arbeiter in die Staatswerkstätten entsende. Wir sind ja in diesen Tagen viel gewohnt geworden; aber die erwähnte Beleidigungsklage wäre wohl das Ärgste, was einem beträchtlichen Teile der in den Staatswerkstätten beschäftigten Arbeiter zugenutzt werden könnte.

Das Projekt der Fortführung der Hochbahn nach dem Stadlinnern, zunächst vom Potsdamer nach dem Hausvogtei-Platz, ist, wie verlautet, von den Aufsichtsbehörden genehmigt worden. Es ist demselben die Linienführung Potsdamer—Leipzig-Platz—Vohlschtrasse zu Grunde gelegt, welche vor dem Umwege durch die Königgräber nach der Vohlschtrasse unstreitig den Vorzug verdient. Die Haltestelle „Potsdamer Platz“ ist als Umsteigestation angeordnet und erhält daher wie die Stadtbahn-Stationen einen Mittelperron, der sich von den jetzigen Eingängen am Potsdamer Bahnhof bis zur Mitte des Leipziger Platzes erstrecken würde. Die neuen Zugänge würden sich an der Königgräberstraße und neben dem Standbilde des Grafen Brangel befinden, und zwar liegt die südliche Treppe etwa in der Mitte der jetzt vorhandenen Zugänge zum Unterpflaster-Bahnhof, wodurch eine kleine Verschiebung der Zufahrtstraße nach der bekannten Minnenhalle an der Kirchhofsmauer erforderlich wird. Da mit den Vertretern der Stadt alle Einzelheiten dieses Projektes schon in zahllosen Konferenzen durchberaten worden sind, so dürfte die Genehmigung der städtischen Behörden nicht lange auf sich warten lassen, und es könnte dann endlich, nach siebenjährigen Verhandlungen, mit dem Bau der Teilstrecke Potsdamer—Hausvogtei-Platz begonnen werden, wenn — ja, wenn der Protest der Großen Berliner Straßenbahn gegen den Bau dieser Strecke nicht vorläge.

Kathaus und Rathensturm. Täglich erscheinen im Rathause Personen, besonders Fremde, die das Rathaus besichtigen und den Rathensturm besteigen möchten. Das Rathaus ist aber nur von 10—3 Uhr, außer Donnerstag und Freitag zu besichtigen. Der Rathensturm ist in der Regel während der Sommermonate zu besichtigen. Der Beginn der diesjährigen Periode der Besteigung des Turmes, von dem man eine großartige Fernsicht über Berlin genießen kann, ist auf Montag, den 4. April d. J. festgesetzt und gegen ein Eintrittsgeld von 20 Pf. gestattet.

Ein internationaler Juwelenraub treibt hier wieder sein Unwesen. In einem der größten hiesigen Geschäfte trat er als Dr. Kosta auf und gab sich den Anschein, als ob er nur französisch spreche. Er ließ sich alles mögliche vorlegen, konnte sich aber über den Preis mit dem Juwelier nicht einigen. Dieser merkte erst später, daß der vermeintliche Kunde ein Dieb war und ihm eine ganze Anzahl Brillanten, Ringe, Rubinen usw. gestohlen hatte. Die Angabe des Diebes, daß er im Hotel de Rome wohne, erwies sich natürlich als falsch. Ermittlungen über die Persönlichkeit ergaben, daß derselbe Mann im Oktober v. J. auch in Wien aufgetreten ist. Dort nannte er sich auch Student Hector Ribaira aus Lissabon und Dr. August Konfalves.

In dem Verdacht, ein Einbrecher zu sein, ist ein Kriminalbeamter vom hiesigen Polizeipräsidium geraten. Ein früherer Versicherungsagent Josef Robert, der als einer der größten Wohnungseinbrecher eine Anzahl Jahre im Zuchthaus geübt hatte, wurde vor drei Wochen aus der Strafanstalt entlassen und bewarb sich nun vergeblich um eine Agentur bei einer hiesigen Gesellschaft, die gegen Einbruch versichert. Bald nach seiner Abweisung begannen wieder Einbrüche nach Robertischer Art. Der Kriminalkommissar, der den Mann früher unschädlich gemacht hatte, ließ nun Robert auf Schritt und Tritt beobachten. Robert fuhr nach Nirdorf, Tempelhof, Mariendorf, Schöneberg, Scharfensee und lebte erst abends nach Berlin zurück. Sobald er ein Haus betreten und wieder verlassen hatte, hielt einer der Beamten Umfrage, ob jemand befohlen worden sei, während andre den Verdächtigen weiter beobachteten. Viele Tage war die Wache umsonst. In Scharfensee führten sie schließlich zum Ziel. Robert war zehn Minuten in einer Villa gewesen, ohne daß ihn einer der Insassen bemerkt hatte. Als er sie wieder verlassen hatte, eilte ein Kriminalbeamter hinein, wies sich durch seine Marke aus, erhielt aber die Auskunft, daß ein Einbruch nicht verübt sein könne. Erst eine Stunde später nahmen die Bewohner wahr, daß man sie doch bestohlen hatte, und machten schleunigst Anzeige bei der Polizei. Ihren Verdacht lenkten sie auf den Mann mit der Marke. Der meinte sie, habe jedenfalls den Hauptthäter „gedeckt“, indem er sich fälschlich für einen Kriminalbeamten ausgab. Als der Beamte wieder

nach dem Präsidium kam, erfuhr er zu seiner Ueberraschung, daß er mittlerweile als Einbrecher signalisiert worden war. Das Ende aber war, daß Robert nun wieder verhaftet wurde. Ohne Zweifel hat er außer diesem Einbruch noch mehr auf dem Kerkerhof. Der Unberberliche ist ein Mann mit einem Schmir- und Spitzbart und kleidete sich immer elegant.

Die Halsabschneider. Zum Selbstmord des Ircanischen Gesandtschafts-Attaches Dong ist bereits kurz mitgeteilt worden, daß ein Untersuchungsverfahren gegen mehrere Geldgeber eingeleitet worden ist. Unter denselben befindet sich auch ein Bucherer, gegen den bereits vor zwei Jahren ein leider erfolglos abgelaufenes Verfahren schwebte. — Die Geldgeber bieten ihren Klienten nur selten bares Geld, bedenken sich gegen die scharfen Bestimmungen des Wuchergesetzes dadurch, daß sie mit ihren Opfern regelrechte Handelsgeschäfte abschließen. Die Geldbedürftigen laufen gegen Wechsel Möbel, Pferde oder andre Sachen zu hohen Preisen und erhalten von dem Verkäufer einen Nachweis, wofür die gekauften Sachen sofort zu Geld gemacht werden können. — Natürlich erhält der Geldsuchende nur einen Bruchteil des wirklichen Wertes der Ware, die wieder von dem ersten Verkäufer mit einem geringen Aufschlag, dem Verdienst der Mittelsperson, wieder erworben wird.

Der widerpenfische Vorhang. Die gestrige Vorstellung im Metroopol-Theater wurde auf eine eigenartige Weise abgebrochen. Als nach dem zweiten Akt die Pause zu Ende gegangen war und der eiserne Vorhang wieder in die Höhe gezogen werden sollte, stellte es sich heraus, daß die eisernen Ketten, die ihn trugen, gerissen waren. Es war unmöglich, den Schaden noch am selben Abend wieder zu reparieren, so daß sich die Direktion endlich dazu entschließen mußte, das Publikum nach Hause zu schicken. Die alsbald aufgeworfene Frage, ob das Publikum ein Recht auf Wiedererstattung des gezahlten Eintrittsgeldes hat, mußte vorläufig ungelöst bleiben, da der Kassierer bereits mit der Abendkasse das Theater verlassen hatte. Die Direktion sieht auf dem Standpunkt, zur Rückzahlung des Eintrittsgeldes nicht verpflichtet zu sein, da bereits zwei Drittel der Vorstellung vorüber waren; sie betrachtet im übrigen das Ereignis als force majeure, unter der das Publikum wie sie selbst leiden muß. Ein Teil des Publikums ist natürlich anderer Ansicht, so daß es noch zu einer Auseinandersetzung zwischen beiden Auffassungen kommen dürfte.

Der 19 Jahre alte Schneider Max Schneider, der am 4. Januar d. J. der Allgemeinen Electricitäts-Gesellschaft mit einer großen Summe durchbrannte, ist jetzt festgenommen worden. Der junge Mann, der den Leuten vorhinwandelte, er sei der Sohn eines verstorbenen Staatssekretärs, während sein Vater in Wirklichkeit ein kleiner Privatsekretär war, hatte die Erlaubnis, für einen Direktor der Automobilabteilung in Ober-Schöneweide während dessen Abwesenheit Geld anzunehmen. Er unterschlug eine große Summe, meldete sich kurz vor der Rückkehr des Direktors krank und brannte mit der Leute durch. Jetzt wurde er in Wien ergriffen. Seine Geliebte, die Tochter einer hiesigen Handwerkerfamilie, ist noch nicht ermittelt.

In der Trunkenheit vergiftet hat sich die 40 Jahre alte Keßnerfrau Martha G. aus der Stargarderstraße. Die Frau lagte Hausgenossen öfter, daß sie das Leben nicht lassen könne, das werde noch einmal ein böses Ende nehmen. Am Sonntagnachmittag war sie schon um 3 Uhr betrunken und wollte Lyol nehmen. Nachdem ihr eine Nachbarin die Flasche aus der Hand geschlagen hatte, ging sie nach Pankow. Von dort kehrte sie um 8 Uhr noch säuerer betrunken zurück, legte sich ins Bett und trank jetzt eine große Menge Lyol. Auf ihr Hilfesgeschrei holten die Nachbarn einen Arzt, der ihr den Magen auspumpte und sie in ein Krankenhaus bringen ließ.

Von einem Schlächterwagen überfahren wurde gestern vormittag um 9 1/2 Uhr der 20 Jahre alte Radfahrer Max Zimmermann von Nicolaischen Buchhandlung an der Ecke der Durg- und Neuen Friedrichstraße. Der Kutscher Karl Brumow aus der Frankfurter Allee fuhr sehr scharf um die Ecke, so daß er nicht mehr anhalten konnte, als Zimmermann ihm mit seinem Dreirad begegnete. Der Radler wurde von dem schwer beladenen Fuhrwerk überfahren und blieb mit komplizierten Ober- und Unterarmverletzungen liegen. Während ein Schuttmann den Verunglückten, dessen Rad zertrümmert wurde, mit einer Droßke nach der Charité brachte, versuchte das empörte Publikum, sich des Kutschers zu bemächtigen, um ihn durchzugrignen. Nur das Einschreiten mehrerer Schuttmänner bewahrte ihn vor einer derben Nüchtlung. Brumow wurde nach der Reberwache in der Neuen Friedrichstraße gebracht und nach Feststellung des Thatbestandes wieder entlassen.

Feuerbericht. Am Montagmittag hatte die Feuerwehre in der bekannten Gemischen Fabrik vormals E. Schering auf dem Wedding (Müller- und Fernstraße) wieder einmal ein gefährliches Feuer zu löschen. Dort stand ein Keller, in dem hauptsächlich Oele und Säuren lagerten, in Flammen. Brandinspektor Julius ließ vom 16. Juge mit zwei Schlauchleitungen kräftig Wasser geben, wodurch die Gefahr auf den Keller beschränkt blieb. Erkrankungen, wie bei andren Bränden in der Fabrik, sind bis jetzt nicht zu verzeichnen. Gleichzeitig hatte die 4. Compagnie unter Leitung des Brandmeisters Wende in der Kurfürststr. 184 zu thun, wo durch Unvorsichtigkeit Spiritus in Brand geraten war und Frau Oberlechner Müller, die in der Küche beschäftigt war, lebensgefährliche Brandwunden erlitten hatte. Die ihre sofortige Ueberführung nach dem Elisabeth-Krankenhaus erforderlich machten. Wegen eines Wohnungsbrandes wurde der 13. Zug nach der Artilleriestr. 1 gerufen. Ein Sauerstoffapparat wurde in der Josephstr. 4 gebraucht. Außerdem hatte gestern die Feuerwehre noch an einigen andern Stellen zu thun.

Die Feuerwehre wurde Sonntag früh um 4 Uhr nach der Kaserne des 4. Garde-Brigadierregiments in der Rathenowstraße 10/12 (Roabit) und abends 8 1/2 Uhr nach dem Reichskanzler-Palais in der Wilhelmstraße 77 gerufen, kam aber in beiden Fällen nicht in Thätigkeit. Im Reichskanzler-Palais brannte ein Schornstein. Die Feuerwehre ließ zur Beobachtung des Brandes eine Wache zurück. Als Branddirektor Hiersberg zu dem Brande kam, konnte er zwei Pferde der Feuerwehre am Durchgehen verhindern. Die Pferde der Handspitze versuchten in demselben Augenblick durchzugehen, als der Fahrer den Vord bestiegen wollte. Der Branddirektor warf sich den Tieren entgegen und brachte sie zum Stehen, noch bevor Unheil entstanden war.

Märzfest der Freien Volkshöhne.

Auf dem Programmzettel war ein Bild voller Märzsturm: Daumiers „Volksbewegung“ auf der „Straße“. Schimmer hellen Frühlinglichtes fallen auf die dahineilenden Männer und Frauen, die nicht schnell genug ihren noch in Nacht und Anechtsthum dunkel schmachenden Brüdern und Schwestern den Morgenröth der Freiheit verkünden können. — Im Programm selbst sollten Deutschland, Frankreich und Anpland in Dichtung und Musik zu Worte kommen. Man darf ja nicht zu engberzig sein, wenn es darauf ankommt, nicht allein vergangene und kommende Märzstürme zu feiern, sondern auch seinem großen Publikum den bekannten gemächlichen Abend zu bieten; und so soll nicht gescholten werden, daß Valentins Gebet und die Arie des Escamilo, sowie einige andre mit der Revolution nur in losem Zusammenhang stehende Konzertsätze vorgetragen und mit Recht beifällig aufgenommen wurden. Die Kunst an sich wirkt ja auch befriedend, und in diesem tolerant zu deutenden Sinne fanden Gluck und Wagner, Verlioz und Gounod, Smetana und Rubinstein Anerkennung und Verständnis. Aber es fehlte auch nicht an Dichtung und Gesang, worin die Mägen der Unterdrückten, ihr Schrei nach Licht, ihr wider Jom in prasselnder Glut emporschlugen. Die Mägen, ja, sie rühren das Herz und zwingen ein empfindsames

Gemüt zu Tränen, aber im Befreiungskampfe kommt ihnen doch nur ein recht unbeträchtlicher Wert zu. Kein zahlungsfähiger Unternehmer hat sich den Appetit auf Äuftern verlimmern lassen und noch weniger etwas von seinem vermeintlichen Herrenrechte deswegen abgelassen, weil es seinen Arbeitern gar zu erbärmlich ging. Da sind andre Mittel notwendig als der Appell ans Gemüt, und eine erfreulich deutliche Sprache redeten in dieser Hinsicht trotz ihres Französisch die Worte der von Frauheim Martha Meyer und Herrn H. Hensel wirkungsvoll gesungenen Carmagnole. Auch zur Recitation, in der Herr Licho vortrefflich den Ton zu treffen wußte, hatte man das Rechte ausgewählt. „Das Jarenmahl“ von Della Grazie und die patriotische Posse „Egtes Deutschtum“ von Sallet zündeten prächtig. Da die Leistungen des Philharmonischen Blasorchester unter der Direktion des Herrn v. Blon aus diesmal alles Lob verdienen, so verließ der Abend in künstlerischer Hinsicht nach Wunsch. Wenn nur eine Unannehmlichkeit nicht wäre! Das Seidelgessner während des Vortrages ist auf den Veranstaltung der freien Volksbühne wie auf den meisten Arbeiterkonzerten ja so einigermassen befähigt. Geblieben ist aber die weite Ausdehnung des Programms. Das Konzert begann gegen 9 Uhr und dauerte bis 1 Uhr. Wer kann so lange bei der Sache ausharren? Ohne Not sollte auch ein Arbeiterkonzert nicht über zweieinhalb, höchstens aber auf drei Stunden ausgedehnt werden.

Die Arbeiter-Bildungsschule hat am Sonntag einen Volks-Abend in der Werkzeughalle veranstaltet. Eigentlich war der Abend mehr, nämlich eine Feier zum Andenken an Joh. Gottfr. Herder, dessen 100-jähriger Todestag vor wenigen Monaten begangen wurde. Hatte unsere Parteipresse diesen hervorragenden Mann mehr in seiner Bedeutung für die Menschheitskultur gewürdigt, so galt es am Sonntag, ihn als Dichter, als Sammler der berühmten Stimmen der Völker in Liedern zu ehren. Herr Dr. Rudolf Steiner wurde dieser Aufgabe zunächst in einem einleitenden Vortrage gerecht, worauf die Damen Käthe Albrecht und Ella Goede, sowie Herr Ernst Heinemann eine Auswahl von Liedern aus den Stimmen der Völker vortrugen. Es waren Kompositionen von Brahms, Schumann, Schubert und anderen Lieddichtern. Einige weitere Liedervorträge, so der von Schuberts „Haidenröslein“ und Löwes „Der Birnin Lächlerlein“ folgten. So vortrefflich die Lieder gesungen wurden, so müssen wir doch gestehen, daß das Programm auch für einen intimen Abend etwas einseitig ausfiel. Gewiß hätten Kammermusik oder Klavierstücke sich schlecht mit dem Charakter des Abends vereinigen lassen, wenn man ihn nun einmal als ganz dem Volkslied gewidmet gelten lassen wollte. Aber das wäre unrespektvoll auch nicht erforderlich gewesen; wenn etwa der letzte Teil des Programms auch Instrumentalmusik geboten hätte oder wenn wenigstens ein Geigenkünstler mitgewirkt hätte, so wäre schon eine lebhaftere Färbung hineingekommen. Wie alle Sonntagskonzerte der Arbeiter-Bildungsschule, so war auch dieses so gut besucht, daß auch der letzte Stuhl im Saale seinen Liebhaber fand.

Die Ringkämpfe bei Busch. Bei der am Sonnabendabend im Circus Busch stattgehabten Ringkampf-Konkurrenz siegte im ersten Gange der Berliner Paul Velling gegen den Belgier Jean van Dyl in 7 Minuten glänzend; im zweiten Gange, der wohl als der interessanteste des Abends zu bezeichnen, siegte der Münchener Franz Sauerer, ein überaus routinierter Kämpfer, über den glückselig und athletischen Schweden Ewertien nach Ablauf von 10 Minuten, und im dritten Gange trug der Däne Wich Olsen nach kurzem, 4 Minuten währendem Kampfe, über den Deutschen (Wesfalen) Eigemann den Sieg davon.

Aus den Nachbarorten.

Gemeindevorwahlen. In Reinickendorf errangen unsere Genossen einen glänzenden Sieg. Im Bezirk Westen wurde Genosse G. Schilling mit 141 gegen 1 Stimme gewählt, während im Bezirk Osten Genosse J. Prange mit 179 Stimmen über seinen bürgerlichen Gegner Landisch, welcher 157 Stimmen erhielt, siegte.

In Grünau wurden der bisherige Vertreter und Kandidat der Bürgerpartei Fuchs mit 118 Stimmen gewählt. Genosse Emil Rehen erhielt 104 Stimmen.

Aus der Spandauer Stadtverordneten-Sitzung. Die Stadt geht mit dem Plan um, die staubfreie Müllabfuhr einzuführen. Zur Vorberatung der Angelegenheit wird eine sechsgliedrige Kommission gewählt. Von sozialdemokratischer Seite wurde die Uebernahme der gesamten Müllabfuhr in städtische Regie angeregt. Bei einer weiteren Vorlage empfahl unser Genosse Duda, die der städtischen Sparkasse zustehenden Hypothekenzinsen von den betreffenden Hypothekenschuldnern regelmäßig abholen zu lassen. Hierbei ertüchtigte sich Genosse Dieger, welche Stellung der Sparkassen-Vorstand gegenüber der Scherischen Sparlotterie einnehme. Die Antwort lautete dahin, daß der Vorstand erst demnächst hierüber Bescheid fassen und den Stadtverordneten natürlich entsprechende Mitteilung machen werde.

Zur Herstellung einer Entwässerungsleitung in der Charlottenburger Chaussee wurden die geforderten 6700 M. bewilligt. Hierbei erfuhr die Versammlung, daß die Allgemeine Electricitäts-Gesellschaft sich nun doch dazu bequemen will, die Straßenbahnlinie Spandau-Spandauer Vorstadt bis zum 1. Oktober d. J. fertigzustellen.

Die Ermäßigung der Gebühr für Ausfertigung in Einwohnern-Registern von 30 Pf. auf 25 Pf. wurde genehmigt. Ebenso wurden 1078 M. für die Einrichtung einer Fernzander-Anlage für die Straßenlaternen in der Streifstraße bewilligt. Sechzehn Punkte der Tagesordnung mußten schließlich verlagert werden, da die Debatten trotz der Unbedeutendheit der zur Beratung stehenden Gegenstände sich über Erwarten weit ausdehnten. — von unsern in der Versammlung anwesenden neun Genossen hatten allein acht, zum Teil wiederholt, in die Verhandlung eingegriffen! — in Rotweh nämlich.

Lichtenberg. An der letzten Gewerbegerichtswahl haben sich die Arbeiter schwächer beteiligt, als an den vor zwei Jahren. Während damals die Liste der Gewerkschaften 1500 Stimmen auf sich vereinigte, wurden diesmal nur 1342 Stimmen abgegeben. Eine größere Beteiligung wäre geboten gewesen, wenn auch Gegner nicht zu bekämpfen waren. Auf der Arbeitgeberliste wurden für die Unpolitischen 99 Stimmen abgegeben, für die Kandidaten der Gewerkschaften 20 Stimmen. Die Unpolitischen hatten unter Ausschluß der Deffentlichkeit ein Flugblatt verbreitet, das an Unanständigkeit nichts zu wünschen übrig ließ. Die Lichtenberger Arbeiter, soweit sie nicht der tariflosen Buchdrucker von Koch und den „Arbeitswilligen“ in der Vaußlererei von Pohl angehören, werden auf dies Pamphlet wohl die gebührende Antwort geben.

Friedrichshagen. In der letzten Gemeindevorwahlen-Sitzung wurde nach einer Specialdebatte der Gemeindehaushalts-Etat für das Rechnungsjahr 1904 angenommen. Der Etat schließt ab in Einnahme und Ausgabe mit 372 000 M., gegen das Vorjahr ein Mehr von 35 200 M. Bei dem Einnahmestitel „indirekte Steuern“ stimmten unsere Genossen Barth, Kramm und Sonnenburg gegen die Vier- und Fünftelsteuer. Zu einzelnen Ausgabeposten brachten unsere Genossen verschiedene Wünsche vor. Einer Anregung von ihnen, bei trockener Witterung mit der Straßensprengung nicht wie in den Vorjahren erst mit dem 15. Mai, sondern schon früher zu beginnen, wurde Folge gegeben und beschlossen, die Sprengung vom 1. Mai an vorzunehmen. Bei dem Titel „Volksschule“ richteten unsere Genossen an den Gemeindevorsteher das Ersuchen, der Vertretung alljährlich einen Bericht vorzulegen, welcher einen Überblick gibt über die Frequenz der einzelnen Klassen, über die Einteilung des Lehrplanes, über die Stellvertretung erkrankter Lehrer, über die verausgabten Summen zur unentgeltlichen Lieferung von Lehrmitteln an hilfsbedürftige Schüler sowie über alle wichtigen Vorkommnisse in der Volksschule. Der Gemeindevorsteher versprach, den Wunsch der

Schulaufsichtsbehörde zur Befürwortung zu unterbreiten. Für die Pferdebahn-Angestellten beantragten unsere Genossen eine monatliche Lohnerhöhung von fünf Mark. Nach längerer Debatte wurde jedoch der Antrag mit 9 gegen 8 Stimmen abgelehnt. Ein Antrag des Gemeindevorstandes, für die Errichtung eines Denkmals König Friedrichs II. einen Zuschuß von 1000 Mark zu bewilligen, wurde von unsern Genossen bekämpft, aber gegen ihre Stimmen angenommen. Ein weiterer Antrag des Gemeindevorstandes, zur Widmar-Warte auf den Müggelbergen einen Beitrag von 300 M. zu bewilligen, wurde ebenfalls trotz des Protestes unserer Genossen angenommen. — Der Specialetat für das Realgymnasium, abschließend in Einnahme und Ausgabe mit 44 000 M., wurde ohne Widerspruch angenommen. — Bei der Festsetzung des Beitrages zur Kanalisation wurde nach dem Antrage des Gemeindevorstandes mit Mehrheit beschlossen, von den Grundbesitzern pro laufendes Meter der Straßenfront 20 M. und den Rest von 23 M. für die Abföhrlegung von der Gemeinde zu erheben. Die Beitragsordnung wurde ebenfalls nach dem Antrage des Gemeindevorstandes angenommen.

Steglitz. Die Gemeindevertretung beschloß sich in ihrer letzten Sitzung mit der Frage der Stadterweiterung unfrei Orts. Eine Specialkommission hat eine umfangreiche Denkschrift ausgearbeitet. Einstimmige Annahme fand ein Antrag des Referenten Rande: „Die Denkschrift vorbeschaltlich redaktioneller Änderungen zu genehmigen und zu beschließen, den Gemeindevorstand zu eruchen, die Erlangung der Stadterweiterung nachzusuchen.“ Weiter wurde beschlossen, zwei Lehrerinnenstellen an der höheren Mädchenschule zu errichten. Das Gehalt wurde auf Vorschlag der Schulkommission folgendermaßen festgelegt: Grundgehalt 1400 M., Alterszulage 140 M. und 400 M. Altersentschädigung. Zur Errichtung einer Freibank, welche der Landrat unfrei Orts auf Grund des neuen Reichsbeschau-Gesetzes fordert, bewilligt die Versammlung 3200 M. Die Freibank soll in einem Schuppen bei der Pumpstation untergebracht werden, der bis jetzt als Vauubureau benutzt wurde.

Gerichts-Zeitung.

Ein eigenartigen Erpressungs-Prozess hat der Obermeister der Klempner-Zunft, Herr Berger, gegen den Baukämmerer Diesner angestrengt. Der Sachverhalt ist folgender: Zwischen der Zunft und den im Metallarbeiter-Verband organisierten Bauklempnern ist im vorigen Jahre ein Tarifvertrag abgeschlossen worden, der auch von Herrn Berger als Obermeister mit unterzeichnet ist. Herr Berger bezieht es nun aber, mit seinen Arbeitern tarifwidrige Sonderabmachungen zu treffen und damit den Tarif zu durchbrechen. Diesner als früherer Brandvertreter der Bauklempner und Obmann der Arbeitnehmer in der Tarif-Schlichtungskommission erfuhr von dem Verhalten des Obermeisters und wandte sich an den Obmann der Arbeitgeber in der Kommission, damit dieser Herrn Berger zur Innehaltung des Tarifs veranlasse. Das Resultat war jedoch ein negatives, da Herr Berger sich keinerlei Vorstellungen zugänglich zeigte. Die Schlichtungskommission selbst bezeichnete in einer Sitzung die Sonderabmachungen des Obermeisters mit seinen Leuten als tarifwidrig und unzulässig, vermochte aber ebenfalls nicht Wandel zu schaffen. Da ging Diesner zu Herrn Berger und gab ihm zu verstehen, daß, wenn er die tarifmäßigen Bestimmungen in seinem Betriebe nicht aufrecht erhalte, dann die Gelegenheit möglicherweise durch die Presse der Deffentlichkeit übermitteln und sein Betrieb gesperrt würde. Da auch die Bergerischen Arbeiter mit Arbeitniedersetzung drohten, so sah sich Herr Berger wohl oder übel genötigt, tarifmäßige Löhne zu zahlen. In seinem Kerge aber benutzte er den Obmann Diesner hierauf bei der Staatsanwaltschaft wegen Erpressung, die von der Anklagebehörde denn auch in jenem Hinweis auf die Presse und die event. Sperrung des Betriebes erklärt wurde. Die gestrige Verhandlung vor der Strafkammer in dieser Sache mußte vertagt werden, weil das Gericht feststellen will, ob der Angeklagte im Auftrage der Bergerischen Arbeiter oder nur aus eigenem Antriebe bei dem Obermeister vorstellig geworden ist.

Wegen Unterschlagung von etwa 25 000 M. zum Schaden der Deutschen Bank wurde gestern der Landbeamte Fritz Linfener aus der Untersuchungsabteilung der dritten Strafkammer des Landgerichts I vorgeführt. Der Angeklagte war seit 7 Jahren bei der Deutschen Bank in der Centrale angestellt. Er ist ein unverheirateter junger Mann, der ein Einkommen von 2200 M. hatte. Er war bei der Hauptkasse beschäftigt und hatte insbesondere die dort von den einzelnen Filialen eingehenden Checs abzunehmen, sie buchmäßig zu bearbeiten, die Quittierung derselben und ihre Einlieferung zu veranlassen. Er hat in fünf verschiedenen Fällen die Checs in Höhe von 4000, 3000, 1170, 1420 und 6070 M. unterschreiben lassen, die Beträge selbst einstaschiert und die Gelder unterschlagen. Am 31. Oktober v. J. verlor er diese Stelle und erhielt eine andre Arbeit. Sein Nachfolger in der Checbearbeitung legte die Checs bis zur vollständigen Erledigung der vorgeschriebenen buchmäßigen Arbeiten in einen Korb und dem Angeklagten gelang es, in vier Fällen Checs in Höhe von 2500, 3000, 2000 und 2000 M. dort herauszunehmen und für sich einzulassieren. Er ist dann flüchtig geworden und schließlich in Brüssel der Behörde in die Hände gefallen. Summen gelassen hat, ist nicht ganz aufgelistet worden, da von dort ist er hierher ausgeliefert worden. Bei seiner Verhaftung sind ihm noch 3000 M. und 100 Fr. abgenommen worden. Wo er die großen Geldsummen gelassen hat, ist nicht ganz aufgeklärt. Es ist nur festgestellt, daß er viel mit Mädchen verkehrt, mit einer Witwe ein Verhältnis unterhalten und allerlei Sportneigungen gehabt, u. a. sich ein Automobil gehalten hat. Der Angeklagte gab dies zu und behauptete, daß er das Geld auch zum Vergleichen alter Schulden benutzt habe. Als er die erste Unterschlagung begangen, sei er darauf gefaßt gewesen, daß sie nach wenigen Tagen entdeckt werden müßte. Zu seiner Verteidigung sei dies nicht der Fall gewesen und da sei ihm der Appetit beim Essen gekommen und er sei in den Veruntreuungen immer weiter gegangen. Mit Rücksicht auf den bodenlosen Leichtsinne des Angeklagten, der eigentlich gar nichts zu seiner Entschuldigend beibringen konnte, ferner auf den großen Vertrauensbruch und die bekundete gemeine Gesinnung erkannte der Gerichtshof auf 3 Jahre Gefängnis und fünfjährigen Ehrverlust.

Nochmals die deutschen und amerikanischen Scharfmacher. Um die deutsch-feindliche Haltung des „New Yorker Herald“ handelte es sich bei einer zweiten Privatklage, die Herr James Gordon Bennett in Paris und der Korrespondent des „New Yorker Herald“, Herr Gordon Smith, zur Zeit in Berlin, diesmal gegen den Redakteur Kreuzberg von der „Deutschen Tageszeitung“ angestrengt hatten. Sie stand gestern vor dem Schöffengericht zur Verhandlung an. Die Privatkläger wurden wiederum vom Justizrat Dr. Sello, der Angeklagte vom Rechtsanwalt Ulrich vertreten; als litterarische Sachverständige waren Chefredakteur Volkrat und Redakteur Grodd eingeladen. Zur Anlage stand ein Artikel der „Deutschen Tageszeitung“ vom 4. Oktober v. J. Darin wurde von den Heheereien des „New Yorker Herald“ gesprochen und hervorgehoben, daß ein beiseitiger Verdacht von der Vereinigten Staaten-Korrespondenz dahin bestätigt worden sei: die angeblichen Originaltelegramme des „New Yorker Herald“ aus Berlin würden in Wahrheit den Nachrichten verschiedener deutscher Wäiter entnommen, in Paris in deutsch-hebräischem Sinne zurückgeführt und dann nach New York telegraphiert. — Die gestrige Verhandlung vereinfachte sich durch den Zufall, daß der Privatkläger Gordon Smith beim Austritt der Sache noch nicht an Gerichtsstelle erschienen war. Der Gerichtshof beschloß infolgedessen, die Privatklage des Herrn Smith als zurückgenommen zu betrachten und das ihn betreffende Verfahren einzustellen. Damit erledigte sich auch die Widerklage, die der Angeklagte gegen Smith erhoben hatte. — Was den Privatkläger Bennet anbetrifft, so machte der Angeklagte gegen diesen den Mangel der Aktilegimitation geltend und versicherte, daß er Herrn Bennet absolut nicht gemeint habe. Der Artikel habe sich lediglich gegen die Zeitung gerichtet, die das größte Vergerniß wegen ihrer Haltung gegenüber

Deutschland gegeben habe. Seine Angriffe hätten sich vorzugsweise auf Gordon Smith bezogen, er habe auch gar nicht gewußt, daß Herr Gordon Bennet 996 Aktien des „New Yorker Herald“ besitze und sein erster Direktor ist. — Klägerseite wurde der Hauptnachdruck auf die Deffentlichkeit gelegt, daß angebliche Berliner Specialtelegramme in Wahrheit in Paris fabriciert würden. Durch diesen kränklichen Vorwurf fühle sich Herr Bennet besonders beleidigt, da ihm damit imputiert werde, ein journalistischer Schwindler zu sein. — Nach kurzer Verhandlung einigten sich die Parteien über die Grundlage eines demnächst abzuschließenden Vergleichs. Der Angestellte erklärte sich bereit, die Behauptung bezüglich der Rückführung des Berliner Specialkorrespondenten zurückzunehmen und in der „Deutschen Tageszeitung“ zu erklären, daß die Person des Herrn James Gordon Bennet nicht habe getroffen werden sollen. Zum Abschluß dieses Vergleichs wurde eine Frist von vier Wochen gestellt.

Vom Polizeikampf gegen Streikposten. Das Schöffengericht hatte gestern wieder in drei Fällen darüber zu entscheiden, ob sich Streikposten anlässlich des Gärtler- und Druckerstreiks gegen die Berliner Straßenordnung vergriffen hätten. Die Verhandlung ergab das alte Bild. Vorwärts Fortwärtigen der Streikposten durch die Schutzleute, Weigerung der Fortgewiesenen unter Berufung auf das Noalitionsrecht, darauf die übliche Sittierung und schließlich das gepfeifte Strafmandat. Wie schon in vielen Fällen, so stellte das Gericht auch hier wieder fest, daß während des Streiks nicht das geringste vorgekommen war, was die Polizei zu ihrem Vorgehen gegen die Streikenden berechtigt hätte, sondern diese fortgewiesen seien, lediglich weil sie ihr gutes Recht des Streikpostenstehens ausübten. Es erfolgte mithin die Freisprechung der Angestellten.

Vermischtes.

Schwere Schiffsunfälle werden uns vom Sonntag gemeldet. Nach einer Depesche aus Dublin stieß die deutsche Bark „Rona“ gestern 25 Meilen östlich vom Kish-Leuchtschiff mit der in Swansea beheimateten 1100 Tonnen großen Bark „Lody Cahrus“ zusammen. Die letztere sank rasch und obgleich die „Rona“ zur Hilfeleistung bei ihr blieb, wurde von Mannschaften oder Reisenden nichts mehr gesehen. Später wurde die „Rona“ nach Dublin eingeschleppt. — Ein andres Telegramm aus St. Catherine's Point meldet folgenden Doppelschiffsunfall: Der von New York kommende Dampfer der American Line „New York“ strandete gestern früh am Kap de la Hague westlich von Cherbourg. Der Dampfer kam mit Beschädigung des Bodens ohne fremde Hilfe wieder los und landete drei Meilen und Post in Cherbourg. Darauf setzte er die Reise nach Southampton fort. Auf dieser Fahrt stieß die „New York“ gestern nachmittags unweit Hurst Castle mit dem Transportdampfer „Aflage“ zusammen, der mit 500 Mann Truppen nach Indien ausgelaufen war. Die „Aflage“ erlitt starke Beschädigungen. Beide Schiffe haben nunmehr den Hafen von Southampton aufgesucht.

Wegen jahrelangiger Fälschung hatte sich der Vorarbeiter Karl Grosse aus Breitenbrunn vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts in Weimar zu verantworten. Unter seiner Aufsicht wurden zu Anfang dieses Jahres am Weimar-Geraer Bahnhof in Jena Erdbewegungsarbeiten ausgeführt. Da er es aber an den nötigen Schutzvorrichtungen fehlen ließ, stürzten, wie seiner Zeit berichtet, am 22. Januar aus einer Höhe von etwa 10 Metern schwere Erdmassen auf die Arbeiter herab, töteten zwei und verletzten noch einige andre. Das Urteil gegen Grosse lautete auf einen Monat Gefängnis!

Ausbruch aus dem Gefängnis. In der Nacht zu gestern brachen aus dem Untersuchungsgefängnis am Klapperfeld zu Frankfurt a. M. neun Untersuchungsgefangene aus, die meist wegen geringer Vergehen in Haft genommen waren. Sie hatten ein Loch durch die Mauer gebrochen und waren so ins Freie gelangt. Dem Vernehmen nach sind die meisten bereits wieder festgenommen worden.

Berunglückter Luftschiffer. Wie aus Barcelona gedrahtet wird, fiel dort ein Luftschiffer gestern bei dem Versuch, einen Aufstieg zu unternehmen, ins Meer und ertrank.

Dreißig Pest-Todesfälle. Im indischen Viertel von Johannesburg (Südafrika) sind, wie uns ein Telegramm mitteilt, 30 Todesfälle durch die Pest vorgekommen. Acht von dieser Krankheit Befallene befinden sich im Lazarett, zwei Verdächtige stehen unter Beobachtung. Nur Asiaten sind von dieser furchtbaren Krankheit ergriffen worden. Die Polizei hat das Viertel abgesperrt.

Kurzschluß auf der Pariser Untergrundbahn. Durch Eintreten eines Kurzschlusses wurde Sonntagnachmittag 2 1/2 Uhr auf dem Place de l'Étoile der Stadtbahn unter den Fahrgästen des betreffenden Zuges Entsetzen hervorgerufen. Die Reisenden drängten einander, um den Ausgang zu gewinnen, wobei vier Personen Verletzungen erlitten. Noch ein andrer Unfall hat sich vorgestern ereignet, indem auf dem Untergrundbahnhof „Porte de la Chapelle“ ein leerer Zug auf einen andren vollbesetzten auffuhr. Dabei sind 13 Personen leicht verletzt worden, meist durch Glassplitter. Der Betrieb wurde nicht unterbrochen.

Ueber eine Mordthat wird aus Wien berichtet: In der vergangenen Nacht schlich sich der Fleischhauergehilfe Ebner in die Wohnung des Fleischhauers Svatos in Dittling ein und ermordete diesen sowie dessen Frau durch Messerschläge, danach auch einen Lehrling und eine Dienstmagd. Der Mörder hatte die Absicht, die eiserne Kasse des Fleischhauers zu berauben, durch die Hilferufe der Magd wurde er aber daran verhindert. Ebner wollte durch das Fenster die Flucht ergreifen, durch einen vorbeikomenden Soldaten und einen Kadefahrer wurde er indessen festgenommen. Darauf machte er einen Selbstmordversuch.

Meeresfische am Strande. In einem Privatbriefe aus Rana im Britisch-Colombien finden wir folgende Mitteilung: Auf eine halbe englische Meile ist hier das Meer mehrere Fuß hoch mit Heringen bedeckt. Die Flucht der Tiere vor den Walen im Ocean hat diese eigentümliche Namalität herbeigeführt. Vor zwei Jahren erlebten wir hier dieselbe Unannehmlichkeit.

Marktpreise von Berlin am 19. März 1904

nach Ermittlungen des Igl. Polizeipräsidenten.

Ware	Preis	Ware	Preis	Ware	Preis	
*Weizen, gut D.-Gr.	17,40	17,38	Kartoffeln, neue D.-Gr.	8,00	8,00	
mittel	17,36	17,34	Rindfleisch, Reule 1 kg	1,80	1,20	
gering	17,32	17,30	do. Bauz	1,40	1,10	
*Roggen, gut	12,95	12,94	Schneefleisch	1,60	1,00	
mittel	12,93	12,92	Rohfleisch	1,80	1,20	
gering	12,91	12,90	Dammfleisch	1,80	1,20	
*Gerste, gut	14,20	14,20	Butter	2,80	2,00	
mittel	14,10	14,10	Eier	60 Stck	4,00	2,80
gering	14,00	14,00	Karpfen	1 kg	2,40	1,20
*Hafer, gut	15,10	14,30	Wale	3,00	1,40	
mittel	14,10	13,30	Länder	3,00	1,20	
gering	13,10	12,30	Rechte	2,20	1,20	
Richtstroh	4,00	3,32	Darfe	2,00	0,80	
Hen	7,00	4,80	Schleie	3,00	1,40	
Erbsen	40,00	28,00	Schleie	1,40	0,80	
Speisebohnen	50,00	28,00	Rebfe	per Schof	15,00	3,00
Linien	60,00	25,00				

* ab Bahn. † frei Wagen und ab Bahn.

Witterungsübersicht vom 21. März 1904, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer	Wind	Witterung	Stationen	Barometer	Wind	Witterung		
Emmende	769	SW	2 bedekt	4	Saparanda	760	SW	6 bedekt	—
Damberg	768	SW	2 bedekt	1	Petersburg	774	SW	1 bedekt	—
Berlin	768	SW	1 wolkt	7	Cost	—	—	—	—
Frankf. a. M.	765	SW	1 wolkt	1	Herden	—	—	—	—
München	765	SW	1 wolkt	0	Paris	764	S	1 bedekt	2
Wien	766	SW	1 Dunst	—					

Wetter-Prognose für Dienstag, den 22. März 1904. Etwas kühler, vorübergehend wolkt, mit leichten Regenschauern und schwachen nordwestlichen Winden.

